

Stifterverband
für die Deutsche Wissenschaft

10 Jahre danach
Stifterverband

10 Jahre danach

Zur Entwicklung der Hochschulen und
Forschungseinrichtungen in den neuen Ländern und Berlin



Stifterverband
für die Deutsche Wissenschaft

10 Jahre danach

**Zur Entwicklung der Hochschulen und
Forschungseinrichtungen in den neuen Ländern und Berlin**

Dokumentation des gemeinsamen Symposiums von
Wissenschaftsrat, Stifterverband und VolkswagenStiftung
am 8. und 9. Februar 2002 im Berliner Rathaus

Herausgeber

Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft e. V.
Barkhovenallee 1
45239 Essen
Tel.: (02 01) 84 01-0
Fax: (02 01) 84 01-3 01
E-Mail: mail@stifterverband.de
Internet: www.stifterverband.de

Verantwortlich

Dr. Angela Lindner

Redaktion

Dr. Leonie Loreck
Katja Sproß

Fotoredaktion

Cornelia Herting

Optische Konzeption und Layout

GESTALTmanufaktur GmbH
Westenhellweg 52, 44137 Dortmund

Litho und Druck

Laupenmühlen Druck GmbH & Co. KG
Hüttenstraße 3-9, 44795 Bochum

Fotos

David Ausserhofer
B. Tonon (S. 10/11)

Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen,
der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten.

© 2002, Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft, Essen

Inhalt

AUFTAKT

| | | |
|--|-------|---|
| Manfred Erhardt Der Erneuerungsprozess – Stärken und Schwächen | Seite | 6 |
|--|-------|---|

DIE TRANSFORMATION DER HOCHSCHULEN IN DEN NEUEN LÄNDERN

| | | |
|---|-------|----|
| Dagmar Schipanski Konstruktiv und kreativ EINFÜHRUNG | Seite | 12 |
|---|-------|----|

| | | |
|--|-------|----|
| Hans-Jürgen Block Die Realität im Blick DIE NEUGESTALTUNG DER HOCHSCHULEN – PRINZIPIEN UND ERGEBNISSE | Seite | 14 |
|--|-------|----|

| | | |
|--|-------|----|
| Johanna Wanka Erfolgreich verpflanzt FACHHOCHSCHULEN ALS NEUER HOCHSCHULTYP | Seite | 19 |
|--|-------|----|

| | | |
|--|-------|----|
| Gerhard Maeß Allzu konsequente Anpassung UNIVERSITÄTEN – AUF- UND UMBAU OHNE INSTITUTIONELLE ABWICKLUNG | Seite | 24 |
|--|-------|----|

| | | |
|--|-------|----|
| Jürgen Mittelstraß Unverzichtbar, schwer kontrollierbar DIE STRUKTURKOMMISSION – ALIBI ODER ZEITGEMÄSSES INSTRUMENT DER HOCHSCHULPOLITIK? | Seite | 29 |
|--|-------|----|

| | | |
|----------------------------------|-------|----|
| Diskussion mit dem Plenum | Seite | 33 |
|----------------------------------|-------|----|

DIE TRANSFORMATION DER AKADEMIE-EINRICHTUNGEN IN DEN NEUEN LÄNDERN

| | | |
|--|-------|----|
| Benno Parthier Mit Abstrichen gelungen EINFÜHRUNG | Seite | 42 |
|--|-------|----|

| | | |
|---|-------|----|
| Wilhelm Krull Die Wiedervereinigung vorausdenken DIE NEUGESTALTUNG DER AUSSERUNIVERSITÄREN FORSCHUNGSEINRICHTUNGEN – PRINZIPIEN UND ERGEBNISSE | Seite | 44 |
|---|-------|----|

| | | |
|--|-------|----|
| Jens Reich Ein existenzieller Durchgriff DIE NEUGESTALTUNG IN DEN BIEWISSENSCHAFTEN | Seite | 48 |
|--|-------|----|

| | | |
|--|-------|----|
| Horst Franz Kern Eine gigantische Aufgabe DIE NEUGESTALTUNG IN DER MEDIZIN | Seite | 51 |
| Gerhard Neuweiler Experiment geglückt DIE NEUGESTALTUNG IN DEN NATURWISSENSCHAFTEN | Seite | 55 |
| Manfred Bierwisch Konsolidiert, aber nicht etabliert DIE NEUGESTALTUNG IN DEN GEISTESWISSENSCHAFTEN | Seite | 59 |
| Diskussion mit dem Plenum | Seite | 63 |

OST UND WEST IN EINEM LAND: BERLIN

| | | |
|---|-------|----|
| Erich Thies Ziele verwirklicht EINFÜHRUNG | Seite | 68 |
| Manfred Erhardt Gemeinsame Strukturen finden DER „MASTERPLAN“ ZU BEGINN DER 90ER JAHRE | Seite | 70 |
| Richard Schröder Konkurrieren und sich ergänzen DREI UNIVERSITÄTEN IN EINER STADT | Seite | 74 |
| Hans Meyer Verschiedene Verletzungen DIE HUMBOLDT-UNIVERSITÄT: ELITE UND MASSE? | Seite | 78 |
| Dieter Markusch Chancen genutzt DER AUFBAU EINER FACHHOCHSCHULE IN OST-BERLIN | Seite | 82 |
| Uwe Schlicht Wettbewerb statt Demontage WENN ICH EINEN WUNSCH FREI HÄTTE ... | Seite | 85 |
| Diskussion mit dem Plenum | Seite | 90 |

WO STEHEN WIR? WAS STEHT AN?

| | | |
|--|-------|----|
| Max Kaase Integration gelungen EINFÜHRUNG | Seite | 96 |
|--|-------|----|

| | | |
|--|-------|------------|
| Hans Joachim Meyer Die Aufbauleistung ist zukunftsweisend GESELLSCHAFTLICHE UND POLITISCHE HERAUSFORDERUNGEN IN DEN NEUEN LÄNDERN | Seite | 99 |
| Christoph Mühlhaus Starke Forschung lockt Unternehmen WIRTSCHAFTLICHE PROBLEME IN DEN NEUEN LÄNDERN | Seite | 103 |
| Dieter Simon Das Märchen von Berlin WIE REAGIERT DIE HOCHSCHUL- UND WISSENSCHAFTSPOLITIK? | Seite | 106 |
| Diskussion mit dem Plenum | Seite | 109 |

FOLGERUNGEN UND AUSBLICK

| | | |
|---|-------|------------|
| Wilhelm Krull Entwicklungschancen nutzen | Seite | 112 |
| Winfried Schulze Vor dramatischen Herausforderungen | Seite | 115 |

SCHLUSSWORT

| | | |
|--|-------|------------|
| Karl Max Einhüpl Die Analyse vertiefen | Seite | 118 |
|--|-------|------------|

ANHANG

| | | |
|------------------------------|-------|------------|
| Teilnehmer | Seite | 120 |
| Abkürzungsverzeichnis | Seite | 132 |

Manfred Erhardt

Der Erneuerungsprozess – Stärken und Schwächen

Die Erneuerung von Wissenschaft und Hochschule in den neuen Bundesländern ist gelungen – sofern man sie an den Vorgaben des Einigungsvertrages misst. Diese Ansicht äußert der Generalsekretär des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft in seiner Einführung und benennt gleichzeitig sehr deutlich die Struktur­mängel, die vom Westen in den Osten übertragen worden sind.

Wer klug ist, wird Vergangenes bedenken, Gegenwart gestalten und in die Zukunft lenken. Nach diesem Motto wollen wir Bilanz ziehen – zehn Jahre nach der notwendigen Erneuerung von Wissenschaft und Forschung im Beitrittsgebiet, wie sie der Artikel 38 des Einigungsvertrags vorsah. Wir wollen die „blühenden Landschaften“ – so die Verheißung von Helmut Kohl – besichtigen.

Es geht um die strukturelle, personelle und fachliche Erneuerung von Hochschulen und den Instituten der Akademie der Wissenschaften. Es geht um die Rolle des Wissenschaftsrates im Erneuerungsprozess, um seine Empfehlungen und deren Umsetzung durch Bund und Länder. Es geht um das Schicksal von Menschen und von Institutionen. Es geht aber auch um die Wirtschaft als Partner von Wissenschaft und um das fatale Wegbrechen der Industrieforschung in

den neuen Bundesländern nach dem Fall der Mauer und des Eisernen Vorhangs.

Der durch Beitritt und Einigungsvertrag in Gang gesetzte Transformations- und Erneuerungsprozess, der unterschiedliche Systeme, Strukturen und Beschaffenheiten in Ost und West zu vergleichbarer Qualität und Gestalt entwickeln und zusammenführen sollte, wird hier auf den Prüfstand gestellt. Das gilt für Ziele, Verfahren, Instrumente und Ergebnisse gleichermaßen. Die „10 Jahre danach“ machen wir fest am Gründungsdatum für die außeruniversitären Forschungseinrichtungen in den neuen Bundesländern, die ja allesamt am 1. Februar 1992 ins Leben gerufen wurden.

Die Leitziele befolgt

Schon im Jahre 1990 hatte der Wissenschaftsrat gefordert, selbstkritisch zu prüfen, inwieweit das bundesrepublikanische Bildungs- und Forschungssystem der Neuordnung bedürfe, bevor es auf das Beitrittsgebiet übertragen werde. „Diese Prü-

”

Es geht um die strukturelle, personelle und fachliche Erneuerung von Hochschulen und den Instituten der Akademie der Wissenschaften.



Tagungsort: das Rote Rathaus in Berlin.

fung ist nicht erfolgt“, schrieb Jürgen Mittelstraß im Herbst 1993 in der ZEIT. „Am Ende werden wir im Osten nur den Westen wieder finden mit seiner Stärke – sprich Wissenschaftsfreiheit – und mit seiner Schwäche – sprich Reformunfähigkeit.“ Ob Zusammenführung und Integration gelungen sind, sollte deshalb nicht nur an den Leitzielen festgemacht werden, die der Einigungsvertrag vorgegeben hat, nämlich:

- Einpassung von Wissenschaft und Forschung in die gemeinsame Forschungs-

struktur der Bundesrepublik Deutschland.

- Neuaufbau einer Forschungslandschaft nach den Empfehlungen des Wissenschaftsrates und den Beschlüssen der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung.
- Einbeziehung der neuen Länder in die Gemeinschaftsaufgaben Hochschulbau sowie Bildungsplanung und Forschungsförderung.
- Überführung des wissenschaftlichen Personals der Hochschulen in die Per-

sonalkategorien des Hochschulrahmengesetzes.

- Erlass von HRG-konformen Landeshochschulgesetzen binnen drei Jahren. Unter diesen im Einigungsvertrag ausgebrachten Leitzielen betrachtet, ist der Erneuerungsprozess zweifellos gelungen. Die Empfehlungen des Wissenschaftsrates sind, so weit ich sehe, ohne Abstriche erstens von der BLK übernommen, zweitens von Bund und Ländern verwirklicht und drittens dann auch von Bund und Ländern finanziert worden. Die Wissenschaftslandschaft im Osten ist nicht weniger blühend als die im Westen.

Systemmängel implantiert

Hat die Cassandra Jürgen Mittelstraß also nur einen Fehlalarm ausgelöst? Wahrscheinlich nicht. Zwar ist die Erneuerung der Hochschulen in den neuen Bundesländern – und ich spreche jetzt über die

Hochschulen – erstaunlich rasch und gut gelungen. Gleichwohl dürfen wir die Augen nicht davor verschließen, dass wir Systemmängel implantiert haben, die auch im Westen schon die Universitäten – jedenfalls teilweise – deformiert hatten. Insofern sind die Blüten im Osten die gleichen wie die im Westen. Sieben will ich nennen:

- *Zu geringe Differenzierung der Bildungswege und der Bildungsgänge*
Sämtliche Ingenieurschulen, Ingenieurhochschulen, viele Fachschulen und Höhere Fachschulen sind ohne Not geschlossen worden, und zwar deshalb, weil sie sich im Bildungs- und Vergütungsgefüge West nicht haben abbilden lassen. Zwar wurden Fachhochschulen eingerichtet, Berufsakademien aber nur

in drei Ländern, Sachsen, Berlin und Thüringen.

- *Keine Mitwirkung der Hochschulen bei der Hochschulzulassung*

Die fatale Wegweisung des Bundesverfassungsgerichts, das Abitur als grundrechtlich geschütztes Teilhaberecht zu interpretieren und damit den Hochschulen das Auswahlrecht zu nehmen, zwang auch die Hochschulen in den neuen Ländern dazu, sich am planwirtschaftlichen Zuteilungsverfahren der Vergabestelle in Dortmund zu beteiligen sowie auf Abiturdurchschnittsnote und Wartezeit abzustellen, statt auf Studierfähigkeit, Studienmotivation und Fachinteresse.

- *Übernahme der Kapazitätsverordnung*
Mit ihrer unheilvollen Gleichsetzung von Personal- und Aufnahmekapazität, ihrem 25-prozentigen Überlastzuschlag und den im Interesse der Offenhaltung zu niedrig angesetzten curricularen Normwerten verhinderte die Kapazitätsverordnung Betreuungsrelationen, wie sie in der DDR üblich und im Sinne der Sache nützlich waren.
- *Abschaffung von Leistungskontrollen, Teilnahmepflicht und Studienzeitsbegrenzung*
Selbstredend dienten die intensive Betreuung und Kontrolle der Studierenden in der DDR auch der politischen Überwachung und auch der ideologischen Gängelung. Gleichzeitig sorgten aber das relativ verschulte System und die hervorragende personelle Ausstattung für individuelle fachliche Betreuung und Beratung, für die Einhaltung der Regelstudienzeit und eine sehr hohe Erfolgsquote.
- *Abschaffung des Fernstudiums*
Mindestens ein Drittel der Weststudenten geht neben dem Hochschulstudium einer Erwerbstätigkeit nach, die ein reguläres Studieren erschwerte. Speziell für Berufstätige wurde in der DDR ein Fern-

“ Die Wissenschaftslandschaft im Osten ist nicht weniger blühend als die im Westen. Gleichwohl dürfen wir die Augen nicht davor verschließen, dass wir Systemmängel implantiert haben.

studium angeboten, und zwar durchaus mit den nämlichen Inhalten wie das reguläre Studium, allerdings mit einer Organisation und einer zeitlichen Disposition, die das Studieren für Berufstätige tatsächlich ermöglichte. Nach der Wende wurde dieses – weil ebenfalls im Westen so nicht vorhanden – flächendeckend abgeschafft.

- *Neo-Politisierung der Hochschulen*
Gruppenuniversität und Gremienunwesen haben jedenfalls anfangs auch den Hochschulen der neuen Länder als Muster gedient, zumal das Hochschulrahmengesetz ihnen keine Alternative ließ.
- *Rechtliche, administrative, finanzielle Gängelung der Hochschulen*

Eine Vielzahl von Rechts- und Verwaltungsvorschriften sowie das kameralistische Haushaltswesen trafen auf eine darauf nicht vorbereitete Hochschulverwaltung. Wo ausreichend qualifiziertes Personal fehlte, stellten sich alsbald Überforderungssymptome ein, die zu einer weiteren Reglementierung von oben und zu einer Bürokratisierung der internen Verwaltungsabläufe führten.

Misst man also den Erneuerungsprozess in den Hochschulen der neuen Bundesländer am Maßstab des westlichen Hoch-

schulsystems, so darf er in der Tat als voll gelungen bezeichnet werden. Freiheit von Forschung und Lehre sowie Autonomie der Hochschulen sind rasch wieder hergestellt worden.

Misst man ihn aber am Reformbedarf, den auch die Westhochschulen angesammelt hatten, so haben mit

der Verwestlichung der Osthochschulen auch Strukturängel und Reformdefizite Einzug gehalten. Auch darüber, ob es den Hochschulen Ost im letzten Dezennium besser gelungen ist als den Hochschulen

West, sich von diesen Systemmängeln nach und nach zu befreien, soll hier geregelt werden.

Diejenigen, die hier auf dem Podium das Wort ergreifen, waren allesamt aktiv Mitwirkende, Mitgestaltende des Erneuerungsprozesses. Sie waren Täter und Mit-täter, Anstifter, Gehilfen, teilweise auch Opfer des Transformationsprozesses. Alle haben mit unglaublichem Engagement und hoher Kompetenz der gemeinsamen Sache gedient. Eine solche solidarische Teilnahme an einer nationalen Aufgabe habe ich – und ich bin jetzt immerhin über 60 Jahre alt – nie wieder und nie zuvor erlebt.

Unter Zeitdruck gehandelt

Beim Villa Hügel-Gespräch des Stifterverbandes 1990 – bei dem es bereits um die Wege zu einer deutschen Wissenschaftslandschaft, um Konzepte und Perspektiven ging – war man sich nicht einig, ob der Zeitdruck, unter dem gehandelt werden musste, Segen oder Fluch sei. Ich würde mich freuen, wenn wir am Ende unseres Symposiums zu einer positiven Einschätzung gelangen könnten – nämlich dass es gut und nützlich war, dass man so rasch gehandelt hat, und dass man doch im Allgemeinen recht klug vorgegangen ist. Ich bedanke mich, dass Sie alle gekommen sind, um Rückschau zu halten, die Gegenwart zu bewerten und Zukunft zu gewinnen.

Prof. Dr. Manfred Erhardt ist Generalsekretär des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft. Von 1991 bis 1996 war er Senator für Wissenschaft und Forschung in Berlin.

” Misst man den Erneuerungsprozess am Reformbedarf, den auch die Westhochschulen angesammelt hatten, so haben mit der Verwestlichung der Osthochschulen auch Reformdefizite Einzug gehalten.





Die Transformation der Hochschulen in den neuen Ländern

Dagmar Schipanski
Konstruktiv und kreativ

EINFÜHRUNG

Seite 12

Hans-Jürgen Block
Die Realität im Blick

DIE NEUGESTALTUNG DER HOCHSCHULEN –
PRINZIPIEN UND ERGEBNISSE

Seite 14

Johanna Wanka
Erfolgreich verpflanzt

FACHHOCHSCHULEN ALS NEUER HOCHSCHULTYP

Seite 19

Gerhard Maeß
Allzu konsequente Anpassung

UNIVERSITÄTEN – AUF- UND UMBAU
OHNE INSTITUTIONELLE ABWICKLUNG

Seite 24

Jürgen Mittelstraß
Unverzichtbar, schwer kontrollierbar

DIE STRUKTURKOMMISSION – ALIBI ODER ZEITGEMÄSSES
INSTRUMENT DER HOCHSCHULPOLITIK?

Seite 29

Diskussion mit dem Plenum

Seite 33

Dagmar Schipanski

Konstruktiv und kreativ

EINFÜHRUNG

Sehr gegensätzliche Entwicklungen wurden beim Einigungsprozess im Hochschulbereich zusammengeführt. Dabei spielten strukturelle, inhaltliche und menschliche Aspekte gleichermaßen eine Rolle, gibt die Thüringer Wissenschaftsministerin und damalige Informatik-Professorin in Ilmenau zu bedenken.

Vor allem die ersten Jahre – von 1989 bis 1993 – waren von Umbruchprozessen geprägt, die wir in ihrer Tragweite damals nicht einzuschätzen vermochten. Deshalb ist es so wichtig, dass wir über das Vergangene diskutieren und die Gegenwart aus der Vergangenheit heraus bestimmen.

Es waren zwei ganz verschiedene Systeme, die vereinigt werden mussten. Von 1945 an hatten die Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR eine völlig unterschiedliche Entwicklung genommen. In der Bundesrepublik war die Szene gekennzeichnet durch freien Hochschulzugang, Massenuniversitäten und die



Neugründung von Universitäten und Fachhochschulen in einem fast beispiellosen Ausmaß. In der ehemaligen DDR gab es spezialisierte Hochschulen, Fachschulen, Ingenieurschulen, und es wurde in der ganzen Zeit keine einzige neue Universität gegründet. Der Zugang zu den Hochschulen war strikt beschränkt, die Forschung ausgelagert an Akademie-Institute, aber es gab eine sehr enge Verbindung von Hochschulen und Industrie.

Auf den ersten Blick waren das sehr gegensätzliche Entwicklungen. Aber wir hatten beim Vereinigungsprozess die Chance, verschiedene Dinge abzuwehren und gemeinsam voran zu bringen. Dabei haben strukturelle Gesichtspunkte ebenso eine Rolle gespielt wie inhaltliche und Qualitäts-Gesichtspunkte. Nicht zuletzt war es auch ein menschlich sehr bewegender Prozess, denn es ging nicht nur um sachlich-fachliche, sondern häufig um personelle Entscheidungen.

Wir haben all denen zu danken, die diesen Prozess konstruktiv, kreativ und



Dagmar Schipanski: Wir haben all denen zu danken, die diesen Prozess mit so viel Engagement begleitet haben.

mit so viel Engagement begleitet haben. Wir in den neuen Bundesländern sind ihnen dankbar, dass in kurzer Zeit eine solche Umwandlung gelungen ist. In welchem Maße die Veränderungen – auch in den alten Bundesländern –, gelungen sind, werden wir hier zu bewerten haben.



Prof. Dr. Dagmar Schipanski ist Präsidentin der Kultusministerkonferenz und war von 1996 bis 1998 Vorsitzende des Wissenschaftsrates.

Hans-Jürgen Block

Die Realität im Blick

DIE NEUGESTALTUNG DER HOCHSCHULEN – PRINZIPIEN UND ERGEBNISSE

Von den politischen Rahmenbedingungen ausgehend, beurteilt der frühere Referatsleiter im Wissenschaftsrat die Umsetzung der Leitlinien bei der Erneuerung der Hochschullandschaft im Osten. Er sieht Erfolge, aber auch Enttäuschungen und verpasste Chancen.

Zwei Rahmenbedingungen waren für die Neugestaltung maßgebend. Es ist wichtig, sich diese in Erinnerung zu rufen, um den vom Wissenschaftsrat maßgeblich beeinflussten Prozess der Neuorganisation zu verstehen und zu einem fairen Urteil zu kommen.

Die erste Rahmenbedingung war die politische Realität der Wiedervereinigung. Fakt ist: Die untergehende DDR trat bei. Das bedeutete auch für das Hochschulsystem die Einpassung in Weststrukturen. Die Freiheitsgrade für abweichende Lösungen waren gering. Dies musste auch der Wissenschaftsrat erfahren (zum Beispiel bei den Empfehlungen zur Kapazitätsverordnung, Personalstruktur, Verwaltungs-FH, Lehrerbildung).

Realitätssinn gefordert

Die zweite Rahmenbedingung war die föderale Realität von Zuständigkeit und finanzieller Armut. Mit der Vereinigung galten Grundgesetz und Finanzverfassung. Die neuen Länder wurden für die Hochschulen zuständig, und die neuen Länder waren bettelarm.

Diese Realitäten waren anfangs nicht allen Beratern, Planern und Gründern klar – auch nicht allen Hochschulpolitikern. Mein Eindruck ist, dass der Wissenschaftsrat rasch mit diesen Realitäten konfrontiert wurde. Seine Vorschläge haben sich auch weitgehend daran ausgerichtet. Dieser Realitätssinn ist Ursache für den Erfolg der Arbeit des Wissenschaftsrates – Erfolg, gemessen an der Umsetzung der Empfehlungen.

Der Wissenschaftsrat orientierte sich an folgenden Leitlinien:

Leitlinie 1: *Priorität hat die Erneuerung der Lehre in den ideologisch belasteten Disziplinen. Rasches Handeln ist geboten.*

Es ging darum,

- die ideologische Basis für das untergegangene System zu ersetzen durch eine auf Freiheit und Demokratie begründete Wissenschaft,
- die Abwanderung der Studierenden zu verhindern und an den Hochschulen rasch eine wettbewerbsfähige Ausbildung anzubieten.

Die politische Konsequenz war Entlassung und Abwicklung in den „belasteten“ Disziplinen und einiger „Spezialhoch-

schulen“, wie zum Beispiel der Hochschule für Ökonomie. Die Handlungsempfehlung des Wissenschaftsrates an die Politik war: Für diesen Prozess der Neugestaltung muss die Hochschulautonomie ausgesetzt werden. Er empfahl Strukturkommissionen, Gründungsdekanen mit Machtfülle und Externe für die Berufungskommissionen.

Kein Platz für mehr Forscher

Diese Leitlinie wurde nicht von allen Ländern mit gleicher Konsequenz und in gleichem Tempo umgesetzt. Das Ergebnis: Wir haben heute wettbewerbsfähige Hochschulen im Osten, auch in den „ideologisch anfälligen“, personell erneuerten Fächern. Es wurde kurzfristig erstaunlich viel erreicht. Der politische Mut zur Abwicklung wurde belohnt. Probleme haben die Hochschulen, bei denen die Länder zögerten und auf die Strategie „Erledigung durch Zeitablauf“ setzten.

Leitlinie 2: *Stärkung der Hochschulforschung durch Integration von Wissenschaftlern aus den Akademie-Instituten in die Hochschulen.*

Ergebnis: Diese Leitlinie wurde nur ansatzweise umgesetzt. Es gab eine große Enttäuschung bei den Betroffenen, denn dieser Leitlinie lag eine krasse Fehleinschätzung der Ausgangslage zu Grunde:

- Die Hochschulen waren personell überbesetzt und die Länder arm. Sie konnten sich die Integration von zusätzlichen Wissenschaftlern in die Hochschulen überhaupt nicht leisten.
- In vielen Fächern (Natur-, Ingenieur-, Agrarwissenschaften) bestand kein Ausbaubedarf, im Gegenteil – in manchen Disziplinen (Agrarwissenschaften) waren die Kapazitäten völlig überdimensioniert.
- Die Hochschulen waren außerdem selbst Träger der Forschung, auch wenn

diese den Anwendungsbezug stark betonte und in Kooperation mit der Wirtschaft erfolgte – für die Westdeutschen ein ungewohntes und auch nicht von allen geschätztes Profil.

- In den Ausbaufächern (Jura, VWL etc.) gab es keine berufungsfähigen Akademiewissenschaftler.
- Fazit: Angebot an Akademiewissenschaftlern und Nachfrage der Hochschulen passten fachlich nicht zusammen.
- Notwendig wäre außerdem die Totalabwicklung der Hochschulen gewesen. Wer sollte das verantworten?

Kann es also verwundern, dass diese Leitlinie nicht umgesetzt wurde? Eine persönliche Anmerkung: Das Motiv für diese Leitlinie war eine Lösung der Akademieprobleme und nicht eine Lösung der Hochschulprobleme. Die Problemverlagerung in die Hochschulen konnte nicht funktionieren.

Leitlinie 3: *Zusammenarbeit von außeruniversitären Forschungseinrichtungen und Hochschulen intensivieren.*

Dies war die „Second-best solution“, wenn schon die außeruniversitäre Forschung nicht zu verhindern war. Der Wissenschaftsrat hat rasch die Maxime ausgegeben, die Akademieforschung in die westdeutschen Trägerinstitutionen für außeruniversitäre Forschung einzupassen. Es war politisch klug, die Realitäten zu akzeptieren, weil politische und finanzielle Rahmenbedingungen Alternativen (zum Beispiel in Form einer eigenen Trägerorganisation für die Akademie-Institute) nicht zuließen.

Mein Eindruck ist, dass viel erreicht wurde. Es gibt beispielgebende Kooperationen, hier kann der Westen noch viel vom Osten lernen. Dies ist ein spannendes Thema für eine Evaluation. Was funk-

Die Hochschulen konnten sich die Integration von zusätzlichen Wissenschaftlern aus den Akademie-Instituten überhaupt nicht leisten.

tioniert? Wo hakt es? Was könnte ausgebaut werden?

Leitlinie 4: *Spezialhochschulen in Universitäten integrieren.*

Spezialhochschulen passten zur Planwirtschaft, sie passten aber nicht zur Marktwirtschaft. Und nicht zur Philosophie einer Universitas mit dem Primat Grundlagenforschung und Anwendungsferne, wie dies auch vom Wissenschaftsrat bisweilen – die Realitäten verklärend – propagiert wurde.

Die Leitlinie wurde gern umgesetzt, wenn das Ziel Universität hieß. Dagegen gab es heftige Konflikte, wenn das Ziel eine Fachhochschule war. Die Konsequenz hieß allzu oft – jedenfalls in der Bewertung des Wissenschaftsrates, der dies dann akzeptieren musste: Gründung einer neuen Universität. Bis auf Schwerin hat heute jede Landeshauptstadt eine Universität.

Dichtes Netz von Fachhochschulen

Diese Leitlinie hatte aber auch zur Folge, dass die früher gut funktionierenden Aufgaben der Spezialhochschulen im Technologietransfer durch Auftragsforschung für die Betriebe weniger gut erfüllt werden konnten. Einerseits brachen viele Betriebe weg und insbesondere die Industrieforschung. Andererseits konzentrierten sich die Universitäten – westdeutschen Wertvorstellungen und Kriterien der DFG gemäß – stärker als früher auf die akademisch gesteuerte Grundlagenforschung.

Leitlinie 5: *Leistungsfähige Fachhochschulen schaffen.*

Fachhochschulen gab es nicht, dafür ähnliche Institutionen: zum einen viele Fachschulen, die alle Fachhochschulen werden wollten; zum anderen einige noch junge Technische Hochschulen, die sich aus In-

genieurhochschulen entwickelt hatten und eine Art zweite TH-Liga bildeten.

Die westdeutsche Hochschulpolitik hatte große Sympathie für die Fachhochschulen – zumindest verbal. Deswegen wurde wie selbstverständlich der Hochschultyp FH auch für die neuen Länder propagiert und empfohlen. Was wurde erreicht?

- Es gibt heute ein dichtes Netz von Fachhochschulen, auch in den früher mit Hochschulen unterversorgten Regionen.
- Die regionalen Ungleichgewichte in der Ausstattung mit Hochschulen wurden beseitigt.



Hans-Jürgen Block: Die neuen Länder waren für die Hochschulen zuständig, und die neuen Länder waren bettelarm.

- Der FH-Anteil im Osten ist hoch: Alle neuen Länder liegen bei der Zahl der flächenbezogenen Studienplätze pro Einwohner über dem Durchschnitt der westdeutschen Länder.

” Der Anteil an Fachhochschulen im Osten ist hoch. Alle neuen Länder liegen bei der Zahl der Studienplätze pro Einwohner über dem Durchschnitt der westdeutschen Länder.

Eine Erfolgsbilanz also? Mein Urteil ist zwiespältig: Die Ausbaubilanz ist beeindruckend, die Akzeptanz durch Studierende erstaunlich, aber zugleich wurden auch die im Westen längst

bekanntesten Konstruktionsfehler des Hochschultyps FH nur wenig abgemindert in den Osten übertragen.

Wo liegen diese Konstruktionsfehler der vielgelobten Fachhochschulen?

- Wir haben kein durchlässiges, arbeitsteiliges Gesamtsystem im Sinne eines „California System of Higher Education“ errichtet. Vielmehr grenzten sich auch im Osten die Universitäten rasch von den Fachhochschulen ab.
- Die Kooperation mit den Universitäten ist nur zufällig und personenabhängig. Sie wird zurückgehen, wenn im Generationenwechsel neue Professoren berufen werden, die keine gemeinsame Forschungsbiographie in den früheren Technischen Hochschulen haben.
- Defizitäre Bedingungen für angewandte FuE und Technologietransfer wurden auch im Osten geschaffen. Fachhochschulen sind forschungsunfreundlicher als die alten Technischen Hochschulen und Ingenieurhochschulen.
- Nach wie vor gibt es keine Trägerorganisation für die Finanzierung FH-typischer angewandter FuE. Wer soll denn die FH-Forschung finanzieren, wenn die Fachhochschulen stärker noch als Fraunhofer-Institute und Universitäten auf Grundausstattung als Voraussetzung für Erfolge im Drittmittelwettbewerb angewiesen sind?

Leitlinie 6: *Erneuerung vor Neugründung.*

Der Wissenschaftsrat wollte mit dieser Leitlinie (sehr früh!) eine Notbremse vor überschäumender Gründungseuphorie ziehen. Notbremse aus zwei Gründen:

- Der Finanzbedarf war immens, die Länder waren aber arm. Deswegen der Rat: Nicht zu viele Baustellen auf einmal.
- Die Personalbasis für Berufungen war außerordentlich schmal, der Wissenschaftsrat und viele Fachleute wurden von der Sorge vor Zweit- und Drittklassigkeit bei den Neuberufungen umgetrieben.

Diese Leitlinie führte zu Konflikten, aber auch zu Einsichten, zum Beispiel bei der Verschiebung der Neugründung in Erfurt. Trotzdem: Alle neuen Länder nahmen sich viel vor – manchmal zu viel – und mussten hinterher immer wieder schmerzliche Korrekturen und Abstriche an überdimensionierten, nicht finanzierbaren Ausbauplänen vornehmen.

” Die neuen Länder nahmen sich viel vor – manchmal zu viel – und mussten hinterher schmerzliche Abstriche machen an überdimensionierten, nicht finanzierbaren Ausbauplänen.

Leitlinie 7: *Studienstrukturen und Studieninhalte den im Westen vorherrschenden Strukturen anpassen.*

Konsequenz dieser Leitlinie war die Entspezialisierung der früher auf eng definierte berufliche Anforderungen ausgerichteten Studienpläne. Dies war notwendig, weil es keine Bedarfsplanung für Studenten und keine Angebotslenkung für Absolventen mehr gab. Die Absolventen mussten sich vielmehr auf einen schwer vorhersehbaren Arbeitsmarkt einstellen und ein hohes Maß an Flexibilität akzeptieren, da enge Spezialisierung nur hinderlich wäre.

Die neuen Studienstrukturen betonen die Grundlagen, vielfach auch disziplinäre, an Forschung ausgerichtete Inhalte. Die neuen Strukturen führen aber auch

zur Entprofessionalisierung des Studiums, beispielsweise bei der Juristenausbildung, wo die Berufsausbildung erst im Referendariat erfolgt. Ein anderes unrühmliches Beispiel für die Entprofessionalisierung ist die Neuordnung der Lehrerausbildung,

” Ein Beispiel für Entprofessionalisierung ist die Neuordnung der Lehrerausbildung, die im Osten vielfach besser war. Das Ergebnis ist ein Qualitätsverlust.

die im Osten vielfach besser war. Das Ergebnis ist ein Qualitätsverlust. Ich hätte mir gewünscht, dass die internationalen Vergleichsstudien TIMMS und PISA zehn Jahre früher durchgeführt worden wären. Dann wäre die Neuordnung der

Lehrerausbildung sicher anders verlaufen, und es hätte eine realistische Chance gegeben, dass der Westen vom Osten lernt.

In sieben Punkten habe ich die wesentlichen Prinzipien der Neugestaltung der Strukturen geschildert. Dies ist keine Bilanz der Neugestaltung der Hochschulen. Dazu müsste man eine Leistungsbilanz in Lehre, Forschung und Technologietransfer aufstellen. Ein spannendes Thema, das noch auf Bearbeitung wartet.

Prof. Dr. Hans-Jürgen Block ist Direktor der Technologiestiftung Schleswig-Holstein, Kiel, und war bis 1993 Referatsleiter in der Geschäftsstelle des Wissenschaftsrates.

Johanna Wanka

Erfolgreich verpflanzt

FACHHOCHSCHULEN ALS NEUER HOCHSCHULTYP

Die Ergebnisse beim Aufbau der Fachhochschulen in den neuen Bundesländern misst die Wissenschaftsministerin des Landes Brandenburg an den Schwächen der Fachhochschulen im Westen. Dabei schneidet der Osten gut ab.

Für den Ausbau der Fachhochschulen in den neuen Bundesländern waren die Empfehlungen des Wissenschaftsrates von 1991 ganz wesentlich. Sie gingen von der Überzeugung aus, dass das Hochschulsystem in ganz Deutschland strukturell kompatibel sein soll. Aber es waren auch Änderungen vorgesehen, sowohl im Fächerspektrum als auch in den Strukturen.

Gar nicht so neu

Zwei Anmerkungen vorab: Fachhochschulen, so wird immer wieder gesagt, seien als neuer Hochschultyp in den neuen Bundesländern eingeführt worden. Sicher ist richtig, dass das Hochschulsystem in der DDR nicht so differenziert war wie in den alten Bundesländern. Chemie studierte man an den Universitäten und Technischen Hochschulen. Im Grundstudium war das Curriculum identisch. Diese Ausbildung aber hatte viele Komponenten, die in den alten Bundesländern als fachhochschultypisch bezeichnet werden: ein strukturiertes Studium, relativ straff organisiert, eine sehr gute Betreuungsrelation, kleine Gruppen, sehr viel in seminaristischer Form und auch sehr stark praxisorientiert. Auch die Universitäten schrie-

ben mehrmonatige Betriebspraktika in den technischen Disziplinen vor. Der Typ Fachhochschule war in der ehemaligen DDR also eigentlich nicht völlig unbekannt, man kannte ihn nur nicht unter diesem Begriff und mit weiteren Akzenten, wie beispielsweise einem umfangreicheren theoretischen Anteil im Curriculum.

Die zweite Anmerkung zielt auf die empfohlenen Studiengänge: Wenn man sich die Empfehlungen der Strukturkommissionen in den einzelnen Ländern anschaut, dann fällt auf, dass es immer wieder die gleichen sind: Maschinenbau, Elektrotechnik, Betriebswirtschaft, Sozialwesen und – in ganz kleinen Dosen – einmal etwas anderes, wie Design oder ein „grüner“ Studiengang. Anfang der 90er Jahre wurde also ein Fächerkanon importiert, der eigentlich Ende der 80er Jahre in den alten Bundesländern schon in Frage zu stellen war.

Hätte man das verhindern können? Ich weiß es nicht. Vielleicht hätte man mit einem anderen Instrument als der Strukturkommission oder mit einem korrespondierenden Instrument anders agieren kön-

Der Typ Fachhochschule war in der ehemaligen DDR nicht völlig unbekannt, man kannte ihn nur nicht unter diesem Begriff und mit anderen Akzenten.

nen. Ein Problem ist für mich in diesem Zusammenhang die Monopolstellung, die einzelne Personen in der Aufbausituation hatten, seien es Gründungsdekane oder einzelne Professoren in Bereichen, die abgewickelt wurden. Da wurden Netzwerke gestrickt, da wurde auch manchmal Mittelmaß importiert.

Die Fachhochschulen sind also in ein anderes Klima verpflanzt worden, und ich denke, insgesamt hat es gut funktioniert. Die Fachhochschulen werden inzwischen gut angenommen. Die Studienanfängerzahlen weisen seit 1996/1997 in den

” Im Osten hat ein schnelles und strukturiertes Studium einen höheren Stellenwert als im Westen. Von dieser Grundhaltung profitieren die Fachhochschulen.

meisten neuen Bundesländern konstante Zuwachsraten auf – auch wenn jetzt vielleicht eine gewisse Sättigung erreicht ist. Der prozentuale Anteil der Studierenden an Fachhochschulen liegt zum Teil wie in den alten Bundesländern bei 30

Prozent, insgesamt liegen wir in den neuen Bundesländern – und da spielen Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern eine positive Rolle – bei über 40 Prozent.

Im Bereich der angewandten Forschung liegt die Drittmittelinwerbung pro Professor an den Fachhochschulen natürlich weit unter dem der Universitäten, aber dabei – und ich sage das jetzt nur für Brandenburg – holen die Fachhochschulen deutlich auf. Unsere jährlichen Zuwächse liegen in den vergangenen drei Jahren immer über den Zuwachsraten der Universitäten.

Der Erfolg der Fachhochschulen ist verschiedenen Faktoren zuzuschreiben. Zum einen ihrer Eigenschaft, indirekt in die Region hinein zu wirken und wirtschaftliches Wachstum zu befördern. Darauf wurde von Anfang an und wird immer noch großer Wert gelegt. Ein zweiter Erfolgsfaktor ist die straffe Ausbildung

und damit die rasche Gewinnung von akademisch gebildeten Nachwuchskräften. Bei der Studienmotivation von jungen Leuten gibt es einen deutlichen Unterschied zwischen Ost und West. Im Osten hat ein schnelles und strukturiertes Studium einen höheren Stellenwert. Von dieser Grundhaltung profitieren die Fachhochschulen noch immer.

Ein dritter Faktor – und auf den werde ich gleich etwas länger eingehen – ist die Tatsache, dass es den Fachhochschulen im Osten zumindest ansatzweise gelungen ist, die Schwächen der Fachhochschulen in den alten Bundesländern zu kompensieren. Als vierter Faktor sei die erfolgreiche Profilschärfung der einzelnen Hochschulen genannt.

Ich möchte hier fünf Schwächen der Fachhochschulen in den alten Bundesländern nennen und aufzeigen, wie man in den neuen Bundesländern darauf reagiert hat und wo es gelungen ist, dieselben Fehler zu vermeiden, beziehungsweise wo dies nicht gelungen ist.

Zum ersten: Die Übernahme des alten, oftmals nicht so qualifizierten Personals bei der Neugründung der Fachhochschulen in den alten Bundesländern hat sich lange negativ ausgewirkt. Auch im Osten hat man Fehler gemacht. In manchen Fachrichtungen, zum Beispiel in Technik und Naturwissenschaften, wurden in großem Maße Professoren an die Fachhochschulen berufen, die vorher an Universitäten tätig waren. Dies hat manchmal Probleme geschaffen, wenn es um den Praxisbezug ging.

Lange Lehrerfahrung

In nicht wenigen Fällen aber hat man Personen aus dem ehemaligen so genannten Mittelbau berufen. Das waren zum Teil exzellente Personen, die zu DDR-Zeiten aus politischen Gründen keine Möglich-

keit hatten, Dozent oder Professor zu werden. Ein Vorteil für die Fachhochschulen war, dass diese Mittelbauvertreter oft eine sehr gute und lange Lehrerfahrung hatten. Dagegen ist es ein Mangel des Systems in den alten Bundesländern, dass bei Berufungen an die Fachhochschulen oftmals auf Lehrerfahrungen wenig Wert gelegt wird.

Schief gelaufen ist es meiner Ansicht nach im Bereich der Verwaltung. Es gab – und natürlich war das notwendig – einen Import von Verwaltungspersonal aus den alten Bundesländern für den Aufbau der Fachhochschulen im Osten, insbesondere für die leitenden Positionen. Da haben manche Personen Quantensprünge in der Karriere gemacht, aber dies hat die Qualität dessen, was aufgebaut wurde, nicht immer befördert. Wir haben Verwaltungsapparate, die in der ersten Stunde mit großer Euphorie aufgebaut wurden, die aber

nicht unbedingt realistisch sind und an denen wir immer noch kranken.

Ärgerlich war, dass das Schema der Verwaltung aus den alten Bundesländern einfach in den Fachhochschulbereich der neuen Länder transportiert wurde. Ich weiß bis heute nicht, warum man eine Fachhochschule unbedingt wie eine kleine Universität organisieren muss.

Vorreiter in angewandter Forschung

Zum zweiten: Das notwendige Primat der Lehre geht an den Fachhochschulen im Westen teilweise mit einer mangelnden Akzentuierung der angewandten Forschung einher. Die Lehre hat an der Fachhochschule natürlich einen besonderen Stellenwert. Aber in den Hochschulgesetzen der neuen Bundesländer wurde fachorientierte Forschung von Beginn zur obligatorischen Dienstaufgabe erklärt. Das ha-



Johanna Wanka: Wegen Schnelligkeit Chancen nicht voll genutzt.

ben wir bis jetzt noch nicht in allen alten Bundesländern.

In Brandenburg oder in Sachsen-Anhalt wurde von Anfang an gesetzlich vereinbart, dass entsprechende wissenschaftliche Mitarbeiterstellen an den Fachhochschulen eingerichtet werden. Ich denke, auch hier hatten die neuen Bundesländer eine Vorreiterfunktion.

Wenn man qualifizierte Forschung betreiben will, sind 18 Stunden Lehrdeputat sehr hoch. Alle neuen Bundesländer haben dieses Deputat übernommen, nur Sachsen-Anhalt hat 16 Semesterwochenstunden und wird deshalb häufig gescholten. Sachsen-Anhalt hat aber für die Jahre 1992 bis 1999 die bundesweit höchste Anzahl an DFG-Bewilligungen für den Fachhochschulbereich, ungefähr doppelt so viele wie Nordrhein-Westfalen, das unvergleichlich viel größer ist. Das ist sicher nicht allein auf die zwei Semesterwochenstunden zurückzuführen. Aber es hat doch etwas mit der Haltung gegenüber der angewandten Forschung zu tun.

Die Versuche, Forschung an den Fachhochschulen von Anfang an zu etablieren, haben also Früchte getragen. Die DFG-Bewilligungen der neuen Bundesländer sind im Verhältnis zur Bevölkerungszahl und der Zahl der Fachhochschulen weitaus höher, als es diesen Zahlen entspricht. Und auch bei dem BMBF-Programm zur anwendungsorientierten Forschung sind die Fachhochschulen im Osten sehr präsent.

Insgesamt muss man leider sagen, dass in Deutschland ein strukturelles Problem besteht: Es fehlen die

Geldquellen für die anwendungsorientierte Forschung in Fachhochschulen. Nun gibt es zwar intensive Gespräche von

den Fachhochschulen mit der DFG, aber eigentlich will man damit an einen Topf heran, der für etwas anderes gedacht ist.

Wenn man den Vergleich mit Japan und anderen Ländern zieht, dann müsste diese Forschung auch bei uns von Seiten der Industrie stärker gefördert werden. Zum Beispiel indem man schon im Vorfeld der angewandten Forschung die Mittel zur Verfügung stellt – und nicht erst im Zuge konkreter Auftragsforschung.

Mehr Promotionen als im Westen

Zum dritten: Ein Webfehler der Fachhochschulen in den alten Bundesländern ist der Mangel an Promotionsmöglichkeiten für die guten Absolventen. Im Gegensatz dazu war das kooperative Promotionsverfahren von Anfang an in den Hochschulgesetzen der neuen Bundesländer verankert. Die Analysen der HRK zeigen, dass die Promotionszahlen im Osten wesentlich höher liegen als im Westen.

Zum Beispiel Brandenburg: An der Universität Potsdam haben wir zurzeit 17 Absolventen von Fachhochschulen im Promotionsverfahren und an der Technischen Universität Cottbus neun. Das ist für so ein kleines Land ein herausragendes Ergebnis. Es kommen auch Absolventen aus den alten Bundesländern, weil sie wissen, sie können im Osten eher kooperativ promovieren. Allerdings spielen dabei persönliche Kontakte eine wichtige Rolle. Die Habilitierten an den Fachhochschulen haben eine hohe Akzeptanz bei den Kollegen an der Universität. Das heißt: Es ist auch in den neuen Bundesländern noch nicht so, wie es sein sollte. Ein Fachhochschulabsolvent mit einem exzellenten Diplom kann auch hier nicht einfach an die Universität gehen und sich um ein Promotionsstudium bewerben. Er braucht den persönlichen Kontakt. Wir müssen



Die Versuche, Forschung an den Fachhochschulen von Anfang an zu etablieren, haben Früchte getragen. Die DFG-Bewilligungen der neuen Bundesländer sind im Verhältnis zur Bevölkerungszahl und der Zahl der Fachhochschulen weitaus höher, als es diesen Zahlen entspricht.

aber erreichen, dass die kooperative Promotion institutionell funktioniert.

Zum vierten: Wir haben sehr häufig das eingeschränkte Fächerspektrum aus den alten Bundesländern übernommen. Doch es gab in den vergangenen Jahren auch Veränderungen. Zum Beispiel ist ein Modellversuch der Technischen Fachhochschule Wildau in Wirtschaft, Recht und Verwaltung mittlerweile überall anerkannt. Studiengänge wie Rehabilitationspsychologie, Kulturarbeit oder Musik-

schullehrerausbildung sind jetzt möglich. Aber einen Paradigmenwechsel haben wir nicht erreicht.

Grundlegende Ideen wie die, Berufsschullehrer an den Fachhochschulen auszubilden, haben wir zum Beispiel nicht durchgesetzt. Aber wir bemühen uns intensiv, duale Studiengänge stärker an den Fachhochschulen zu verankern. Aller-

dings sehe ich darin auch Gefahren. Ich bin sehr für diese anwendungsorientierten Studiengänge, aber wenn man sich zu sehr an momentanen wirtschaftlichen Notwendigkeiten orientiert, kann das für die Fachhochschulen längerfristig auch tödlich sein. Die Ausbildung an den Fachhochschulen ist ja eine Hochschul- und keine Fachschulausbildung.

Zum fünften: Bei der Internationalisierung haben die neuen Bundesländer aufgeholt. Aber im Zusammenhang mit Bachelor- und Master-Studiengängen haben wir auch wieder Verwerfungen zwischen Fachhochschulen und Universitäten. Da lauern Gefahren für das Hochschulsystem insgesamt, weil eine Nivellierung über eine eigentlich ganz andere Intention erfolgen könnte. Wenn es nicht gelingt, für die Fachhochschulabsolventen Master-Abschlüsse zu schaffen, mit denen eine ent-

sprechende Eingruppierung in den höheren Dienst erreicht wird, dann ist der Paradigmenwechsel, der bei der letzten Hochschulnovelle versucht wurde, eigentlich gescheitert.

Bei der Entwicklung des Fachhochschulsystems im Osten hatte man große Chancen. Man hat sie nicht so genutzt, wie es vielleicht möglich gewesen wäre, aber das hat auch etwas mit der Schnelligkeit zu tun, mit der alles geschehen musste. Es hat auch mit den Leuten aus dem Osten zu tun, die damals gar nicht einschätzen konnten, worauf man hätte achten müssen. Wir haben Möglichkeiten – und die letzten Empfehlungen vom Wissenschaftsrat zu den Fachhochschulen sind gar kein schlechter Anfang –, vieles von dem, worüber wir jetzt klagen, zu verändern. Wenn wir es gemeinsam wollen.



Ein Fachhochschulabsolvent mit einem exzellenten Diplom kann sich nicht einfach um ein Promotionsstudium an der Universität bewerben. Er braucht den persönlichen Kontakt. Die kooperative Promotion muss aber institutionell funktionieren.

Prof. Dr. Johanna Wanka ist Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg.

Gerhard Maeß

Allzu konsequente Anpassung

UNIVERSITÄTEN – AUF- UND UMBAU OHNE INSTITUTIONELLE ABWICKLUNG

Der frühere Rostocker Rektor bedauert, dass viele eigene Reformbemühungen seiner Universität durch die Vorgaben des Wissenschaftsrates erstickt wurden. Die per Landesgesetz verordnete Umgestaltung der Hochschulen im Osten sieht er kritisch.

Eine Vereinigung ist fruchtbar, wenn etwas Neues entsteht. Wir wollen prüfen, ob dies für die Vereinigung des west- und des ostdeutschen Bildungssystems zutrifft.

Es fing alles ganz optimistisch und verheißungsvoll an. Im Herbst 1989 haben wir bei uns an der Universität in Rostock aus eigener Kraft ein neues System eingeführt. Wir haben eine modifizierte Drittelparität geschaffen. Ich weiß, dass alle, die schlechte Erfahrung mit '68 gemacht haben, die Hände nach oben reißen. Wir hatten einen Senat, der im Verhältnis 8 : 8 : 4 : 4 aus Professoren, wissenschaftlichen Mitarbeitern, Studenten und technischen Mitarbeitern zusammengesetzt war. Rektor, Prorektor (wir hatten seinerzeit nur einen) und die Dekane hatten kein Stimmrecht.

Die Universität umgekrempelt

Die Zeit mit diesem Senat ist mir als die kreativste in Erinnerung. Die acht Professoren, acht wissenschaftlichen Mitarbeiter

und auch die Studenten und technischen Mitarbeiter sind mit Ideen gekommen und haben die Universität umgekrempelt. Wir haben die politische Einflussnahme beseitigt, und eine meiner ersten Bemühungen war, dass wir die politische Indoktrination nicht mit umgekehrten Vorzeichen wiederholen.

Der Senat hat versucht, neben der natürlich vorhandenen Aufgabe der Ausbildung den Bildungsaspekt wieder stärker in den Vordergrund zu rücken – Studium generale sei hier als Stichwort genannt. Wir haben benachbarte Fachbereiche zusammengefasst zu Fakultäten, um nicht eine Fakultät für Mathematik oder eine Fakultät für Physik zu haben, sondern für die wissenschaftliche Qualifizierung eine wechselseitige Einflussnahme zu sichern.

Wir haben Strukturkommissionen gegründet, die nicht intern, sondern überregional zusammengesetzt waren. Da sollte nach wissenschaftlichen und wissen-

Wir haben die politische Einflussnahme beseitigt. Meine erste Bemühung war, dass wir die Indoktrination nicht mit umgekehrten Vorzeichen wiederholen.

schaftspolitischen – nicht nach politischen – Kriterien gesucht werden, wie die Strukturen an der Universität zu schaffen seien. Wir hatten vorgeschrieben, dass alle Berufungskommissionen interdisziplinär und überregional zusammensetzen seien. Das sind Dinge, die ich heute noch – obwohl sie inzwischen abgeschafft sind – für ausgesprochen wichtig halte.

Hochschule ohne Beamte?

Wir hatten das Ziel, alle Entscheidungen auf die jeweilige Kompetenzebene zu verlagern. Wir hatten vorher eine ausgesprochen autoritäre, tiefgestaffelte bürokratische Leitungshierarchie – und die wollten wir durch effektive Verwaltungsstrukturen ersetzen; das ist nur sehr kurzzeitig gelungen. Für alle Leitungsfunktionen hatten wir begrenzte Amtszeiten vorgesehen, übrigens auch für die leitenden Verwaltungsangestellten. Pluralität, Interdisziplinarität, Internationalität, Mobilität – das waren unsere Stichworte, die ich hier nicht im Detail ausführen will.

Zur Förderung des Wettbewerbs unter den Hochschullehrern und den Fachbereichen wollten wir Leistungsindikatoren verwenden. Ich hatte seinerzeit vorgeschlagen – und das hatte auch in Rostock keine einstimmige Zustimmung gefunden – die Wiedervereinigung dazu zu nutzen, das Beamtentum im Osten auslaufen zu lassen bzw. nicht wieder einzuführen, natürlich unter Besitzstandswahrung und all dem, was dazu gehört. Ich halte eine solide Grundhonorierung für Professoren und befristete Zuschläge für die Leistungsträger für weitaus vorteilhafter als Steigerungen nach Dienstjahren.

Dann kam der 3. Oktober, und wir bekamen eine neue Landesregierung. Beim ersten Anruf, der aus Schwerin kam, stellte man die Frage: In welcher Partei ist denn der Rektor? Es wurde nicht nach

meiner Qualifikation gefragt. Ich finde es schlimm, dass so schnell wieder die wissenschaftliche der parteilichen Zugehörigkeit zumindest nebengeordnet wurde. Ich will hier klar stellen: Ich war früher in keiner Partei und bin es auch bis jetzt nicht, obwohl man mich mehrfach und für verschiedene Parteien werben wollte.

Zu unserem großen Leidwesen wurde die gerade errungene Autonomie wieder abgeschafft. Sie müssen sich das einmal psychologisch vorstellen – wir hatten gerade eine 40 Jahre, für manche bereits 60 Jahre dauernde Reglementierung abgelegt. Und nun setzte der Wissenschaftsrat die Autonomie der Hochschule außer Kraft. Es war alles rechtens – der Landtag hat beschlossen, und durch ministerielle Verordnung und Landesgesetze und unterstützt durch eilfertige und durch eine Busch-Zulage zusätzlich motivierte Ministerialbeamte wurde die ostdeutsche Hochschullandschaft dem alt-bundesdeutschen Bildungssystem angepasst.

Ich will die Einzelheiten nicht aufzählen, aber eines soll hier genannt sein: die drastische Personalreduzierung, in Rostock auf 33 Prozent in den nichtmedizinischen Fakultäten und auf etwa 80 Prozent in der Medizinischen Fakultät. Ich will das einmal an der Zahl der Hochschullehrer deutlich machen: Durch Fusionierung mit der Pädagogischen Hochschule aus Güstrow, einer Seefahrtsschule und einem Lehrerbildungsinstitut hatte die Universität 540 Professoren. Die neue Regelung schrieb uns 330 vor. Das war dem bundesdeutschen System angepasst.

Die reiche Bundesrepublik Deutschland hatte also weniger Geld für die Bildung als ein armer Staat wie die DDR. Der ist – so kann man vielleicht argumentieren – darunter ja auch zusammengebrochen.

Wir hatten eine 40 Jahre dauernde Reglementierung abgelegt. Und nun setzte der Wissenschaftsrat die Autonomie der Hochschule außer Kraft.



Gerhard Maeß: Die Vorteile des DDR-Bildungssystems für die reformbedürftige Hochschullandschaft nutzen.

Die 330 Stellen wurden nun aber nicht mit den vorhandenen Professoren besetzt, sondern es gab ein politisches und fachliches Überprüfungsverfahren. Ich will den Kommissionen, die daran gearbeitet haben, auch gern große Fairness bestätigen. Auch wenn zum Beispiel in Schwerin einer dafür zuständig war, der sich Professor nannte, aber, wie sich herausstellte, aus dem Mittelbau der Universität Augsburg kam. Das hat natürlich keinen guten Eindruck gemacht. Aber die Kommissionen haben, so denke ich, insgesamt gut gearbeitet.

Wer nun die Prüfung der politischen und persönlichen Integrität überstanden hatte, durfte sich auf seine eigene Stelle,

oder – falls die gestrichen war – auf eine andere bewerben. Von den 540 Professoren haben dies 70 geschafft. (Sie dürfen raten, welche Partei die anderen jetzt wählen.) Weitere 100 – und das ist sehr positiv – sind aus dem Mittelbau auf Professorenstellen gekommen, 160 wurden offen ausgeschrieben.

Für eine Institution ist dies eine Riesenchance. Ich möchte einmal die Rektorkollegen aus München, Hamburg oder auch Berlin fragen, ob sie die Chance nicht wahrnehmen würden, wenn sie schlagartig ihre gesamte Professorenschaft einer überregionalen Bewertung unterziehen könnten. Und wenn sie dann vielleicht nur einen gewissen Prozentsatz wieder übernehmen und die übrigen durch jüngere Professoren oder durch inzwischen nachgewachsene aus anderen Ländern ersetzen könnten. Ich sage noch einmal: Für die Institution ist es phantastisch. Für die Betroffenen ist es eine Katastrophe.

Keine konsequente Anpassung

Ich möchte hier natürlich nicht verschweigen, dass wir durch die Aufnahme in das bundesdeutsche System sehr viele Vorteile hatten. Zum Beispiel durch den Anschluss an das Hochschulbauförderungsgesetz. Dass das erst nach zwölf Jahren wirkt, liegt an dem komplizierten Algorithmus. In diesem Jahr haben wir einen ersten Bauabschnitt des Naturwissenschaftlichen Instituts einweihen können, einige Medizinische Institute schon vorher. Mit Hilfe des Stiferverbandes und anderer Förderungseinrichtungen hat es auch ganz schnell funktioniert, den Buchbestand, der ja katastrophal einseitig war, zu ergänzen. Und mit der technischen Ausstattung waren wir nach zwei Jahren so weit, dass manche meiner lieben Rektorkollegen in westlichen Ländern etwas neidisch wurden.

Nun könnte man sagen: wenn schon, dann auch konsequente Anpassung auf der ganzen Linie. In zumindest einem Punkt aber ist die Anpassung bis heute nicht vollzogen. Wenn einer westlicher Herkunft ist oder wenigstens rechtzeitig in den Westen gegangen und dann wieder an eine östliche Universität zurückgekommen ist, dann bekommt er, unabhängig von seinen Leistungen, ein Westgehalt. Der östliche Kollege an derselben Universität erhält – ebenfalls unabhängig von seinen Leistungen – das Ostgehalt. Nun gut, das sind heute 90 Prozent.

Gehen aber die beiden in den wohlverdienten Ruhestand, dann bekommt der Westkollege etwa 70 Prozent seines letzten West-Gehalts, der Ost-Kollege dagegen nur 20 Prozent seines niedrigeren Ost-Gehalts. Juristen haben versucht, mir zu erklären, dass das rechtens sei – ich habe es nicht verstanden. Und die Betroffenen verstehen es auch nicht. Und was nicht nur in einem Wahljahr schlecht ist: Vertrauen in den Rechtsstaat wächst dadurch nicht.

In der euphorischen Aufbruchstimung des Herbstes 1989 hatten wir gemeint, in eine pluralistische Gesellschaft zu kommen. Eine Gesellschaft, so hat man uns immer erzählt, in der Konkurrenz und

Wettbewerb herrschen, in der Ideen und Initiativen gefragt sind, in der Personen und Institutionen ex post nach ihren Leistungen und nicht ex ante nach bürokratischen Formalien beurteilt werden. Wir haben es als demütigend empfunden, dass

unsere Reformbemühungen nicht berücksichtigt, ja nicht einmal wahrgenommen wurden, man uns vielmehr einer neuen Reglementierung unterwarf, kaum dass wir aus eigener Kraft die alte beseitigt hatten.

Ich vermute, dass vielen der Reglementierer weder die unbestreitbar vorhandenen Nachteile – darüber will gar keiner hinwegreden – noch die eben auch vorhandenen Vorteile des ostdeutschen Bildungssystems überhaupt im Detail bekannt waren. Sie waren einfach überzeugt, dass das Bildungssystem ebenso schlecht sein müsse wie die Wirtschaft des zusammengebrochenen Staates.

Ich gebe Ihnen eine kleine Auflistung der Vorteile:

- Zentralabitur nach zwölfjähriger Schulzeit mit soliden Kenntnissen übrigens in Mathematik und in den Naturwissenschaften. Ich denke da an PISA.
- Die frühe Förderung leistungsfähiger Schüler in Spezialeklassen für Sport, Musik, Mathematik, auch Chemie und Informatik. Wir hatten manchmal schon Meisterschüler an der Universität, die noch zur Schule gingen, und die stiegen dann gleich ins zweite oder dritte Studienjahr ein.
- Der Einfluss der Fachbereiche auf die Auswahl der Studienanfänger.
- Das medizinisch-praktische Jahr für alle Medizinstudenten.
- Ein elternunabhängiges Stipendium für alle Studierenden in Höhe von 20 Prozent des Durchschnittseinkommens.
- Ein hoher Anteil weiblicher Studierender und Nachwuchswissenschaftler – bei den Studierenden über 50 Prozent, bei den Nachwuchswissenschaftlern etwas weniger.
- Ein gutes Betreuungsverhältnis.
- Die regelmäßige Kontrolle durch Zwischenprüfungen.
- Die frühe Einbeziehung leistungsfähiger Studenten in die Forschung. Es war nicht unüblich, dass Studenten ihre erste Veröffentlichung im vierten oder

”
Vielen der Reglementierer waren die eben auch vorhandenen Vorteile des ostdeutschen Bildungssystems im Detail nicht bekannt.

”
Wir haben es als demütigend empfunden, dass unsere Reformbemühungen nicht berücksichtigt, ja nicht einmal wahrgenommen wurden.

fünften Studienjahr schreiben, eventuell gemeinsam mit dem Betreuer.

- Die semesterweise Auswertung der Lehrleistungen aller Hochschullehrer durch die jeweils betroffenen Studentengruppen. Und das nicht nur unter politischen Gesichtspunkten.
- Eine enge Zusammenarbeit der praxisrelevanten Fächer mit der Wirtschaft durch Praktika.
- Gemeinsame Betreuung von Praktikums- und Diplomarbeiten mit Kollegen aus der Praxis.
- Eine streng begrenzte Studienzeit.
- Die Vermittlung aller Absolventen in eine mindestens drei Jahre dauernde erste Anstellung. Es hat auch etwas Vorteilhaftes, wenn der Weg nicht gleich in die Arbeitslosigkeit führt.

Wenn nun dem einen oder anderen von Ihnen bei dieser Aufzählung Themen der unzähligen Bildungsdebatten in den Sinn kommen, die wir alle in den vergangenen zwölf Jahren mitgemacht haben, dann ist das nicht zufällig, sondern beabsichtigt. Dahinter verbirgt sich die Hoffnung, dass vielleicht doch noch manches Eingang finden könnte in diese seit 25 Jahren reformbedürftige deutsche Hochschullandschaft. Sie können ja dann sagen: „Es kommt aus den USA!“

Jürgen Mittelstraß

Unverzichtbar, schwer kontrollierbar

DIE STRUKTURKOMMISSION – ALIBI ODER ZEITGEMÄSSES INSTRUMENT DER HOCHSCHULPOLITIK?

Die Strukturkommission ist unverzichtbar für den Aufbau neuer Hochschulstrukturen im Osten, so sieht es der Konstanzer Philosoph und Mitglied etlicher Strukturkommissionen. Die Grenzen des Verfahrens zeigten sich jedoch, als die Strukturkommissionen der Länder primär ihren regionalen wissenschaftspolitischen Zielen folgten.

Die mir gestellte Frage: „Alibi oder zeitgemäßes Instrument der Hochschulpolitik?“, bezogen auf die neue Institution der Strukturkommission, ist unbeantwortbar. Nicht weil es dem Befragten an realistischem oder visionärem Vermögen mangelt, sondern weil es auf die Kommissionen selbst, ihre Auftraggeber und ihre Adressaten, die wissenschaftlichen Institutionen, ankommen wird, ob sie erfolgreich sein können oder nicht.

Ich will im Folgenden – bezogen auf die Rolle des Wissenschaftsrates im wissenschaftlichen Vereinigungsprozess der beiden deutschen Staaten – erstens auf die Hoffnung des Wissenschaftsrates in Sachen Hochschulstrukturentwicklung, zweitens auf die Wirklichkeit der Strukturkommission im Vereinigungsprozess und drittens auf die Zukunft der Institution Strukturkommission zu sprechen kommen.

Die Chance, mit dem Instrument der Strukturkommission ein Wissenschaftssystem zukunftsorientiert zu verändern, ist groß.

Die Gefahr der Alibifunktion ist groß. Die Chance, mit dem Instrument der Strukturkommission ein Wissenschaftssystem zukunftsorientiert zu verändern, aber auch. Optimismus ist geboten, wenn auch Optimismus aus Pflicht. Ohne eine derartige Kant'sche Maxime – alle Leidenschaften und Griesgrämigkeiten beiseite – geht eben nichts.

Einflussreiche Ohnmacht

Die Empfehlungen zur künftigen Struktur der Hochschullandschaft in den neuen Bundesländern und dem Ostteil von Berlin, zwischen Ende 1990 und Mitte 1992 verabschiedet und in fünf Bänden publiziert, stellen ein eindrucksvolles Dokument des Willens und der intellektuellen Stärke des Wissenschaftsrates im Systematischen wie im Planerischen dar: wie er in einer historischen Stunde zu Werke

ging und was er in erstaunlich kurzer Zeit bewirkte, und wie immer man aus einer Hegelschen Eulenerspektive auch die Kraft, die aus den Empfehlungen spricht, beurteilen mag, als im Bunde mit dem objektiven, wenn nicht gar dem absoluten wissenschaftlichen Geist oder – in den Worten des damaligen Vorsitzenden Dieter Simon – als neues Dokument einflussreicher Ohnmacht. Die hier dokumentierte

Arbeit des Strukturausschusses ist ein Teil dieser Kraft und dieser Ohnmacht. Im Unterschied zum Evaluationsausschuss und seinen Kommissionen verlor der Wissenschaftsrat mit seinem Strukturausschuss alsbald die Herrschaft über die Strukturentwicklung in den neuen Bundesländern. Zum einen, weil ihm keine übergreifende hochschulpolitische Instanz, die hier nützlich gewesen wäre – zum Beispiel die Westdeutsche Rektorenkonferenz oder die Kultusministerkonferenz – zu Hilfe kam. Zum anderen, weil die Karte „Kulturhoheit der Länder“ alsbald auch im Osten stach und jedes Land in bewusst gewollter, jedenfalls praktizierter Isolierung gegenüber den anderen Ländern in gleicher Lage – das heißt, nach westdeutschem Vorbild, Ländergrenzen als Vorstellungsgrenzen feiernd – seine eigenen Wege ging und dabei oft auch noch über seine Verhältnisse lebte.

Auch hier sprang ein sehr westdeutscher Funke auf den Osten über, eben die Lust am grenzensetzenden Föderalismus ohne Grenzen. Der Wissenschaftsrat hatte wohl einen Augenblick verblüfft über seine eigene ungewohnte Allkompetenz von der Sternstunde einer wissenschaftsgeteuerten Reform auch aller Hochschulverhältnisse geträumt. Er wurde alsbald an den normalen Uhgengang westdeutscher Hochschulverhältnisse gemahnt, der wissenschaftlichen wie der wissenschaftspolitischen.

An Länderinteressen orientiert

Die Aufgabe, nunmehr im Wesentlichen Länderinteressen zu fördern, erfüllten die Strukturkommissionen entweder wissenschaftsnah, das heißt primär orientiert an den Bedürfnissen der Wissenschaft, oder politiknah, das heißt primär orientiert an den Bedürfnissen einer länderspezifischen Wissenschaftspolitik. Und dass beide, Wissenschaft und Wissenschaftspolitik,

”

Die Aufgabe, im Wesentlichen Länderinteressen zu fördern, erfüllten die Strukturkommissionen entweder wissenschaftsnah, das heißt primär orientiert an den Bedürfnissen des Wissenschaftsrates, oder politiknah, das heißt primär orientiert an den Bedürfnissen einer länderspezifischen Wissenschaftspolitik.

Arbeit des Strukturausschusses ist ein Teil dieser Kraft und dieser Ohnmacht.

Neben dem Evaluationsausschuss, dessen Aufgabe Vorschläge zur strukturellen Transformation der Akademieforschung waren, befasste sich der Strukturausschuss mit Vorschlägen zur strukturellen Erneuerung des Hochschulsystems, zugleich aber auch mit Empfehlungen zur Einsetzung von Ausschüssen auf Länderebene sowie zu deren Arbeit. Stichworte waren etwa: personelle Mindestausstattungen, Gründungsprofessuren.

Die Strukturausschüsse oder Hochschulstrukturkommissionen auf Länderebene sollten aus der Sicht des Wissenschaftsrates das Geschäft des Strukturausschusses und seiner Kommissionen fortsetzen und zum Abschluss bringen. Faktisch war dies aber nur sehr bedingt der Fall. Die Strukturkommissionen auf Länderebene gaben sich sehr bald eigene Ziele und eigene Geschäftsordnungen, das heißt Verfahren, die oft in eine ganz andere Richtung liefen, als vom Wissenschaftsrat vorgesehen. Sie wurden entweder zu wissenschaftsdominierten Reformkommissionen, wie in Berlin, oder zu politikdominierten Transformationskommissionen, wie in Sachsen oder in Sachsen-Anhalt.

sich glücklich in den Armen liegen, ist ein eher seltenes Phänomen.

In Berlin schien es sich unter dem klugen Protektorat des damaligen Wissenschaftssenators Manfred Erhardt eine Weile einzustellen, doch eben nicht auf Dauer. Es bedurfte einer erneuten Intervention des Wissenschaftsrates, seiner Empfehlungen zur Strukturplanung der Berliner Hochschulen, um dieses Phänomen und die Empfehlungen der Berliner Landeshochschulstrukturkommission noch einmal wach zu küssen.

liefen auseinander, und so ist es geblieben.

Wie aber soll es weitergehen? Da Sternstunden wie der Einigungsprozess selten sind und die Normalität auch die Hochschulen und die Hochschulpolitik längst eingeholt hat, wird es – wenn man überhaupt noch etwas verändern will – notwendig sein, sich in Sachen Strukturkommission etwas einfallen zu lassen. Diese ist zwar als Institution zwischen Hochschule und Land zu schwach, um sich als Element einer grundlegenden Reform des Hochschulwesens begreifen zu können, aber oft stark genug, um beide das Fürchten zu lehren – meist auf dem Papier, manchmal aber auch auf der institutionellen Haut, im operativen Alltag der Hochschulen.

„Gründungsdekane und ihre Ausschüsse stellten Strukturkommissionen häufig vor vollendete Tatsachen, bevor diese ihr Geschäft richtig begonnen hatten.“

Außerdem stimmte die zeitliche Koordination bald nicht mehr. Gründungsdekane und ihre Ausschüsse stellten Strukturkommissionen häufig vor vollendete Tatsachen, bevor diese selbst ihr Geschäft richtig begonnen hatten. Und beide,

Gründungs- wie Strukturkommission, schufen häufig Fakten, die auch der Wissenschaftsrat nicht übersehen konnte, weil er selbst mit der Aufgabe überfordert war, die Arbeit seines Evaluationsausschusses und die seines Strukturausschusses miteinander zu koordinieren. Die Wege des Wissenschaftsrates und die Wege der Strukturkommissionen

Auf Kommissionen nicht verzichten

Auch in Zukunft wird gelten, dass man auf sie nicht verzichten kann, wenn es darum geht, wirklich neue, zukunfts-trächtige Strukturen durchzusetzen. Die aber sind noch immer dringend erforderlich. Noch immer gilt schließlich, dass die Wissenschaftsentwicklung in Deutschland den gegebenen Strukturen und Institutionen folgt, statt dass die Strukturen und

Jürgen Mittelstraß: Föderalismus hat Grenzen gesetzt.



Institutionen der Wissenschaftsentwicklung folgten.

Pflichtgemäßer Optimismus lässt hoffen, dass Strukturkommissionen hier anders denken. Auch diese reproduzieren zwar in ihren Resultaten meist nur den intellektuellen Durchschnittswert ihrer Mitglieder, aber sie können durchaus Ursprung emergenter Prozesse sein, das heißt, etwas Neues bewerkstelligen, obgleich sie doch nur das Alte tun. Wie sollte es auch sonst mit der Welt, auch der akademischen, weitergehen?

Erlauben Sie mir noch eine persönliche Schlussbemerkung: Wenn ich als altes Wissenschaftsratsmitglied, das sowohl im Evaluationsausschuss als auch im Strukturausschuss und in vielen Kommissionen beider Ausschüsse gedient hat, einen Wunsch freihaben sollte, dann den, dass wir – und sei es auch nur auf eine mehr oder weniger symbolische Weise – gutzumachen versuchen, was damals, bewirkt durch die Empfehlungen des Wissenschaftsrates, an persönlichem Unrecht geschah gegenüber Akademieangehörigen, die, obgleich von bewiesener Leistungsfähigkeit, freigestellt, unzureichend weiterfinanziert und schließlich doch fallengelassen wurden. Und ebenso gegenüber Hochschullehrern, die wiederum trotz dokumentierter Leistungsfähigkeit der Abwicklung ihrer Einrichtungen zum Opfer fielen. Hier ist in zu vielen Fällen nicht nur fahrlässig mit der Ressource Geist umgegangen worden, sondern auch Würde und Leben einzelner Wissenschaftler verletzt worden.

Der Wissenschaftsrat muss deshalb nicht in Sack und Asche gehen, denn wir wollen nicht vergessen: Nicht der Wissenschaftsrat ging beim Neu- und Umbau

von Wissenschaftseinrichtungen mit Feuer und Schwert durchs Land, sondern eher eine neue Spezies von Wendehälsen, die alte Rechnungen zu begleichen hatten und ein zweifelhaftes Glück an der Seite neuer Mächtiger zu finden suchten. Rafften wir uns auf, hier noch einmal – das Endliche im Blick und das Versöhnliche im Herzen – etwas Selbstverständliches zu tun.

”

Nicht der Wissenschaftsrat ging mit Feuer und Schwert durchs Land, sondern eher eine neue Spezies von Wendehälsen, die alte Rechnungen zu begleichen hatten und ein zweifelhaftes Glück an der Seite neuer Mächtiger zu finden suchten.

Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Jürgen Mittelstraß lehrt an der Universität Konstanz und ist Direktor des Zentrums Philosophie und Wissenschaftstheorie.



Diskussion mit dem Plenum

Dagmar Schipanski:

Herr Maess, einen Umstrukturierungsprozess, wie Sie ihn geschildert haben, würde ich für die Hochschule, die ich in dieser Zeit begleitet habe – die TU Ilmenau – nicht in dieser Rigorosität bestätigen. Sie haben zum Beispiel die dreizehn Jahre bis zum Abitur genannt, und dass die Praktika abgeschafft sind.

Ich glaube aber, es gab Einflussmöglichkeiten der Hochschulen, bestimmte Akzente zu setzen. Wir haben in Thüringen nach wie vor das Abitur nach zwölf Jahren, und wir haben an der Hochschule neue, nach wie vor gut strukturierte Studiengänge eingerichtet, die transparent sind und Praktika während des Studiums ermöglichen. Und Studenten können nach wie vor ihre Diplomarbeit in der Industrie durchführen. Wir haben uns bemüht, an vielen Stellen das Positive aus der DDR-Zeit zu integrieren.

Ich will nicht sagen, dass das reibungslos gegangen ist. Und ich bin mir bewusst, dass viel von der Person eines Gründungsdekans oder von den westlichen Beratungskommissionen abhing. Aber es war nicht so, dass wir nichts erhalten konnten. Ich sehe auch nach wie vor an den Fachhochschulen und den Universitäten in den neuen Bundesländern Modelle und Beispiele, die von den alten Bundesländern jetzt noch übernommen werden können.

Gerhard Maeß:

Zwölf Jahre Schulzeit haben sich in Mecklenburg-Vorpommern nicht halten können – das wurde durch die Landesregierung anders verfügt. Aber auch wir haben uns natürlich bemüht, so viel wie

möglich zu erhalten. In der Informatik zum Beispiel haben wir das Praktikum behalten, aber nur deshalb, weil sie zur ingenieurwissenschaftlichen Fakultät gehört. In anderen Fällen ist es schwierig aufgrund der Vorstellungen mancher Leute im Ministerium, die letztlich entscheiden.

Die Durchführung von Industriepraktika hat natürlich auch ganz entscheidend darunter gelitten, dass die uns umgebende Industrie quasi zusammengebrochen ist. Aber das ist nur ein kleiner Aspekt. Ich bin ganz Ihrer Meinung: Wer immer strebend sich bemüht... Wir bemühen uns ja auch weiter.

Dagmar Schipanski:

Herr Mittelstraß, ich möchte Sie zu dem Auseinanderdriften der Empfehlungen des Wissenschaftsrates und der Strukturkommissionen fragen: An welchen Entscheidungen der Länder machen Sie das fest? Ich persönlich habe das im Übergangsprozess nicht in der Weise empfunden, wie Sie es gesagt haben.

Jürgen Mittelstraß:

Man wird es nicht unmittelbar an den Ergebnissen selbst ablesen können, eher am Habitus oder an den Einstellungen, mit denen die Kommissionen arbeiten. Der Wissenschaftsrat hatte gehofft, dass es zu einer durchgehenden, strukturell klaren Lösung der Entwicklung an den Hochschulen in den neuen Bundesländern kommt; und dass das zu Entwicklungen auch im Westen führen würde. Er hat diese Hoffnung allerdings schnell verloren.

>>>

”



Jürgen Mittelstraß (links) im Gespräch mit Ulrich Bopp.

Es waren zum Teil die unterschiedlichen Orientierungen, der die Kommissionen gefolgt sind. Die eine Richtung war die, dass man sich sehr stark an den Bedürfnissen der Wissenschaft orientierte, während andere Kommissionen sich – sicherlich gedrängt von den entsprechenden Länderministerien – in erster Linie in der Rolle der Zubringerdienste für die Hochschulgesetzgebung in den Ländern verstanden.

So sind zum Teil Resultate herausgekommen, die schwer miteinander vergleichbar waren. Das mag dienlich gewesen sein, es war aber sicherlich nicht das, was der Wissenschaftsrat mit seiner Empfehlung, solche Kommissionen auf Länderebene zu bilden, im Sinn hatte.

Hans-Jürgen Block:

Frau Wanka hat hinsichtlich der Fachhochschulen eine andere Bilanz gezogen

als ich. Ich sehe das zugegebenermaßen aus der Westsicht. Aber zwei Dinge sind mir wesentlich, und ich glaube, da haben wir Konsens.

Wir haben damals im Wissenschaftsrat versucht, auf allen Gebieten, wo es uns praktikabel schien, neue Studiengänge an den Fachhochschulen zu empfehlen. Wir sind an einigen Stellen daran gescheitert, dass der Status quo der Westlösung so stark war. Denken Sie an die Verwaltungsfachhochschulen. Unsere Empfehlung war, dies als Public Management in die Fachhochschulen hineinzunehmen.

Oder in Ihrem Land, Frau Schipanski, ist eine Forstfachhochschule wieder neu gegründet worden. Das war absolut gegen die Vorstellung des Wissenschaftsrates, aber da war die Macht der Innenministerien und der sie tragenden Verbände des Öffentlichen Dienstes offensichtlich stärker. Unser Anliegen war jedenfalls immer,

das doch sehr stark auf die Technikwissenschaften fokussierte Fächerangebot zu erweitern. An einigen Stellen ist das auch gelungen, aber es ist sehr viel weniger umgesetzt worden, als gewollt war. Zum zweiten Punkt: Hinsichtlich der Forschung an den Fachhochschulen bin ich vielleicht zu pessimistisch. Aber auch wenn den Fachhochschulen in den neuen Ländern der eine oder andere DFG-Antrag genehmigt wird – seien wir doch ehrlich, das sind Peanuts. Ich habe gemeinsam mit HIS untersucht, was heute in die FuE-Mittel an den Fachhochschulen fließt. Wir sollten uns da nichts vormachen. Selbst wenn einmal irgendwo ein 500.000 Euro-Forschungsprojekt genehmigt wird – das kann uns nicht zufriedenstellen.

Die Fachhochschulen im Osten – ob in Merseburg, Jena oder Wismar – sind aus Einrichtungen entstanden, die geforscht haben. Dort unterrichten Menschen, die aus einer forschungsorientierten Universität oder Technischen Hochschule kommen. Ich bin mir nicht sicher, was passiert, wenn diese Generation von Wissenschaftlern – die noch kollegiale Beziehungen zu ihren alten Kollegen in der Technischen Hochschule nebenan unterhält – in den Ruhestand geht. Und wir berufen dann wieder nach dem Muster, das jetzt gilt: Industrieerfahrung, das heißt raus aus der Forschung. Und es gibt dann kein persönliches Netzwerk mehr. Insofern komme ich zu einer etwas modifizierten Einschätzung der Forschung an den Fachhochschulen.

Und schließlich: Wir engagieren uns dafür, dass zwischen Wirtschaft und Wissenschaft ein engerer Kontakt entsteht. Wir investieren Mittel in eine Transferinfrastruktur, in neue Institute. Und in den neuen Bundesländern haben wir die Einrichtungen, die das hervorragend gemacht haben,

beseitigt, weil sie nicht in unsere Strukturen hineinpassten.

Jürgen Schlegel:

Die BLK hat die Umwandlung der Akademieinstitute mitbetrieben und die Veränderung der Hochschulen über das Hochschulentwicklungsprogramm. Angelehnt an Herrn Erhardts Frage würde ich heute sagen: der schnelle Schnitt in der außeruniversitären Forschung war eindeutig die bessere Lösung als die langsame Umwandlung. 50 Prozent der vorherigen Stellen fielen weg; die Haushalte waren so bemessen, dass die Institute gut leben können und wissenschaftlich Hervorragendes leisten, wie man an den Evaluationen der folgenden Jahre hat sehen können.

Ich habe aber den Eindruck, dass die Hochschulen in den neuen Bundesländern in den zehn Jahren nicht zur Ruhe gekommen sind. Zuerst war es das Problem des Stellenabbaus, dann das Problem, dass die Wissenschaftlerintegration in die Hochschulen nicht gelungen ist. Wir hatten uns vorgenommen, innerhalb von zwei Jahren 2.000 Wissenschaftler aus den Akademien in die Hochschulen zu integrieren. Dass dieser Prozess immer weiter perpetuiert wurde – bis heute ist es, glaube ich, bei 200 Leuten immer noch nicht geschafft – ist eine außerordentlich bedauerliche Situation. Im Verhältnis zur Gesamtzahl derer, die in neue Strukturen gekommen sind, ist dies allerdings ein sehr kleiner Teil.

Josef Lange:

Der Wissenschaftsrat hat Strukturen empfohlen und hat sich dann gewundert, dass diese in den Hochschulen nicht

>>>

”

so schnell umgesetzt wurden. Die Hochschulen hatten im Unterschied zu den außeruniversitären Forschungseinrichtungen nicht die Möglichkeit, bei laufendem Betrieb den scharfen Schnitt zu machen. Es waren Studierende immatrikuliert, und diese mussten weiter studieren können. Das ist auch gelungen.

Der Wissenschaftsrat hat mit seinen Empfehlungen auch zum Teil westdeutsche Wunschvorstellungen in die neuen Bundesländer transportiert, die in Westdeutschland nicht zu finanzieren waren und in den neuen Bundesländern schon gar nicht. Die Empfehlungen zu den juristischen Fakultäten beispielsweise oder auch zu den Wirtschaftswissenschaften sahen eine Mindestzahl von Professuren vor, die deutlich über dem lagen, was an neu gegründeten Universitäten in Westdeutschland in Funktion war – sowohl in

der Lehre als auch in der Forschung. Hier ist die Wissenschaftsdominanz der Fachkultur und der Fachgesellschaften übergeschwappt über die Vermittlungsfunktion zwischen Wissenschaft und Politik, die der Wissenschaftsrat nach seiner Definition als Beratungsgremium der Regierungen des Bundes und der Länder haben sollte.

Ein zweites sind die Warnungen, das Fachschulsystem nicht zu zerschlagen. Die westdeutsche Hochschulrektorenkonferenz hat in Teilen tatsächlich den Wissenschaftsrat damals nicht unterstützt, weil wir der Auffassung waren, es brauche mehr Differenzierung. Und wir haben dann in der Tat das Problem gehabt, das hier angesprochen worden ist: Die Fachschulen sind beseitigt worden, entweder nach oben oder nach unten, und der Zwischenschritt fehlt.



Josef Lange: Westdeutsche Wunschvorstellungen in die neuen Länder transportiert.

Eine dritte Bemerkung: Herr Mittelstraß, selbstverständlich ist es aus der Sicht des Wissenschaftsrates und der Hochschul- und Wissenschaftsplanung sinnvoll und angemessen, in sich konsistente Strukturen zu empfehlen und diese dann mit Leben zu erfüllen. Aber ich kann mir bei manchen Empfehlungen des Wissenschaftsrates die Bemerkung nicht verkneifen, dass der historische Hintergrund von Hochschulen und Regionen nicht ernst genommen wurde. Herr Maess hat aus Mecklenburg-Vorpommern berichtet. Der Wissenschaftsrat hat sich in mehreren Empfehlungen zu den Hochschulen dieses Landes geäußert. Ein Land, das aus Mecklenburg und Vorpommern besteht, kann man nicht mit einer Universität beglücken. Landschaften oder Regionen, die über Jahrhunderte unterschiedliche Entwicklungen gehabt haben, kann man nicht nach zwölf plus fast 50 Jahren in eine neue Struktur bringen. Ich glaube, da ist auch heute noch in vielen Bereichen mehr Augenmaß angebracht.

Hartmut Grübel:

Auch mir fehlt bei dieser Bilanz ein klein wenig die Messlatte. Sie, Herr Maess, haben – wie ich finde, völlig überzeugend – gesagt: Wenn eine Vereinigung stattfindet, dann muss man sie daran messen, was daraus Neues entsteht. Dies beschreibt für mich ein Grundmissverständnis, das in Ost und West gleichermaßen geteilt wird. Es war keine Vereinigung, sondern ein Beitritt. Auf einer Veranstaltung im März 1990 in Hofen bei Bregenz trafen sich Sozialwissenschaftler aus Ost und West, und da gab es noch den schönen Titel eines Lehrstuhlinhabers für Revolutionstheorie. Und dann – das war kurz vor der Volkskammerwahl – wurde besprochen, was der Begriff „Verlust

der Utopie“ bedeute. Und für die Westler war – flinkzünftig – ein Gegenstand der Befassung entfallen, für die Ostler – schwer getroffen – stand ihr ganzes Lebenswerk in Frage.

Dies ist die Messlatte: Der Transport des westlichen Systems nach Osten war gewollt. Die Alternative wäre ein isolierter Ostweg gewesen. Sie, Herr Maess, haben die Utopie über Monate geträumt: den dritten Weg. Und viele im Westen haben ihre Träume in den Osten transportiert. Aber ich glaube, wir haben den Weg des Machbaren gehen müssen, denn es gibt nicht nur eine Ethik der Versöhnungsappelle, sondern auch eine Ethik der Vermittlung zwischen dem Wünschbaren und dem Machbaren. Gemessen an dieser Ethik, war der Weg in den Jahren 1990 bis 1994 gar nicht so schlecht.

Gerhard Maeß:

Natürlich haben Sie formaljuristisch Recht, was übrigens die Juristen etwas beunruhigt, denn eigentlich hätten die Länder wohl einzeln beitreten müssen. Ich hätte mir aber ein bisschen mehr Flexibilität gewünscht, nach dem Motto: Macht Ihr mal und dann beurteilen wir, wie es läuft und können möglicherweise korrigierend einwirken. Das wäre mir sympathischer gewesen als das Wegwischen: So wird es gemacht, wir wissen, wie es geht. Das haben wir lange genug gehabt, 40 Jahre lang, oder 60.

Larissa Klinzing:

Ein Punkt hinsichtlich der Biographien von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern in dem Transformationsprozess ist bisher nicht benannt worden: die

>>>

”

Praxis der Fristverträge. Man hat sich eines Modells bedient, das davon ausgeht, dass man über Fristverträge irgendwann einmal mit 40 Jahren in dem System drin ist. Für die Personen, die mit Mitte 40 wegevaluert worden sind, war die Perspektive mit Fünf-Jahres-Verträgen nicht lösbar.

Ich kann Herrn Schlegel nicht zustimmen, wenn er sagt, man hätte gleich einen sauberen Schnitt machen können, weil das die Lösung nach dem Prinzip „gleiches Unrecht für alle“ gewesen wäre. Das wäre für die ostdeutschen Bundesländer eine noch größere Katastrophe gewesen als diejenige, die mit dem enormen Abbau des wissenschaftlichen Personals einherging.

Ich weiß, dass in den neuen Bundesländern viel Gutes gelungen ist. Aber es ist uns nicht gelungen, wissenschaftliche Erfahrungen, die lebenslang an bestimmten Projekten auch zum Vorteil des Wissenschaftssystems gesammelt wurden, so zu nutzen, dass das Entwicklungspotenzial in den neuen Bundesländern ausgeschöpft worden wäre. Ich warte immer noch darauf, dass die versprochene Qualifizierungsoffensive Ost greift und wir die Forschungsingenieurinnen und -ingenieure nicht in die Bereiche umschulen müssen, die Dienstleistung heißen.

Dagmar Schipanski:

Lassen Sie mich aus dieser Diskussion folgendes Resümee ziehen: Aus dem Trans-



Auf dem Podium (von links): Dagmar Schipanski, Hans-Jürgen Block und Johanna Wanka.

formationsprozess ist eine lebendige Hochschul- und Wissenschaftslandschaft in den neuen Bundesländern hervorgegangen. Eine Landschaft von Universitäten und Fachhochschulen, die sich zunehmend im Wettbewerb der Bundesrepublik Deutschland und im internationalen Wettbewerb behauptet. Man darf nicht vergessen, dass wir aus einer Situation der völligen Isolation gestartet sind. Diese Isolation ist überwunden.

Ich fand die Bilanz, die Frau Wanka über die Fachhochschulen gezogen hat, die Bilanz des Tages. Wir haben Fachhochschulen gegründet, und sie haben teilweise die Erwartungen der alten Bundesländer erfüllt und teilweise unsere. Es ist wichtig, dass wir uns klar werden über die Vorstellungen, die wir hatten und die sich nicht erfüllt haben, damit wir es in Zukunft anders machen können.

Eine Bemerkung noch zu dem, was wir über die menschlich bewegenden Schicksale hier gehört haben: Ich glaube, das ist der Teil des Einigungsprozesses, den wir über der Geschäftigkeit beim Übernehmen der Strukturen am meisten vernachlässigt haben. Und das fällt uns in der heutigen politischen Diskussion immer wieder auf: Wie viel Aggression und wie viel Resignation sich aus diesem Prozess ergeben haben.

Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass das System, das wir in der DDR gehabt haben, ein System der Vollbeschäftigung war. Bei der Umwandlung mussten wir einen extremen Stellenabbau vornehmen. Dabei geht es nach Kriterien, die nicht immer mit Gerechtigkeit und Rechtsempfinden verbunden sind. Wir haben zwar versucht, diesen Prozess so transparent wie

möglich und menschlich integer zu gestalten. Die Verquickung mit bestimmten Verwaltungsvorgängen hat meiner Meinung nach diese Transparenz zerstört und zu solchen Frustrationen geführt. Wir sollten daraus Schlussfolgerungen ziehen für das, was sich bei uns jetzt im Lande abspielt. Ich hoffe, dass wir für die Veränderungen unseres jetzigen Bildungs- und Ausbildungssystems sehr viel aus der heutigen Diskussion mitnehmen werden.



350

Die Transformation der Akademie-Einrichtungen in den neuen Ländern

Jahre Leopoldina
1652 - 2002



Benno Parthier

Mit Abstrichen gelungen

EINFÜHRUNG

Seite 42

Wilhelm Krull

Die Wiedervereinigung vorausdenken

DIE NEUGESTALTUNG DER AUSSERUNIVERSITÄREN
FORSCHUNGSEINRICHTUNGEN – PRINZIPIEN UND ERGEBNISSE

Seite 44

Jens Reich

Ein existenzieller Durchgriff

DIE NEUGESTALTUNG IN DEN BIOWISSENSCHAFTEN

Seite 48

Horst Franz Kern

Eine gigantische Aufgabe

DIE NEUGESTALTUNG IN DER MEDIZIN

Seite 51

Gerhard Neuweiler

Experiment geglückt

DIE NEUGESTALTUNG IN DEN NATURWISSENSCHAFTEN

Seite 55

Manfred Bierwisch

Konsolidiert, aber nicht etabliert

DIE NEUGESTALTUNG IN DEN GEISTESWISSENSCHAFTEN

Seite 59

Diskussion mit dem Plenum

Seite 63

Benno Parthier

Mit Abstrichen gelungen

EINFÜHRUNG

Wie der Wissenschaftsrat die Aufgabe bewältigt hat, die Institute der Akademien der Wissenschaften in die gesamtdeutsche Forschungslandschaft zu integrieren, skizziert Benno Parthier. Er selbst war Leiter eines solchen Instituts und führte es nach der Neugründung 1992 fünf Jahre als Institut für Pflanzenbiochemie in der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz weiter.

Im Jahr 1990 umfasste die Akademie der Wissenschaften 60 Institute mit 24.000 Beschäftigten und die Akademie der Landwirtschaftswissenschaften 47 Institute mit 11.000 Beschäftigten. Das waren die wichtigsten außeruniversitären Forschungsinstitute der DDR.

Nach der Wende hieß das Ziel der Wissenschaftspolitik Transformation oder „Einpassung“ der Institute – so die Wahl im Paragraph 38 des Einigungsvertrages – in die bestehende außeruniversitäre Forschungslandschaft der Bundesrepublik Deutschland. Die Durchführung dieser „Einpassung“ hatte der Wissenschaftsrat übernommen. Seine Instrumente dabei waren Arbeitsgruppen, Ausschüsse und Kommissionen zur Evaluierung der Einzelinstitute, aber auch des Gesamtsystems.

Der Wissenschaftsrat hatte bei dieser Aufgabe drei Möglichkeiten: Die drastischste war die Auflösung von Instituten, so geschehen bei einigen geistes- oder gesellschaftswissenschaftlichen Instituten der Akademie der Wissenschaften; dann konnten Institute übernommen werden, mit der Option späterer Veränderungen,

und drittens konnte es eine Neugründung geben, meist unter erheblicher personeller Reduzierung.

Ich möchte auf die naturwissenschaftlich-medizinischen und agrarwissenschaftlichen Institute der beiden Akademien eingehen. Es standen vier außeruniversitäre Einrichtungen der alten Bundesrepublik zur Verfügung, in die die Institute transformiert werden konnten.

Zunächst die Max-Planck-Gesellschaft: Sie übernahm zwei Akademieinstitute, gründete sie um und plante 16 weitere Institute völlig neu. Außerdem gründete die MPG 27 selbstständige Arbeitsgruppen an ostdeutschen Universitäten für fünf Jahre mit der Möglichkeit, sich zu bewähren und später von den Universitäten übernommen zu werden.

Institute übernommen

Die Fraunhofer-Gesellschaft übernahm etwa zehn Institute, die auf dem Territorium der neuen Bundesländer entstanden.

Die Hermann von Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren gründete drei Institute neu.

Die Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz (damals Blaue Liste) nutzte die hohe Flexibilität und Variabilität ihrer Mitgliedseinrichtungen. Nach den Kriterien „überregionale Bedeutung“ und „gesamtstaatliches Interesse“ wurden 34 Institute übernommen beziehungsweise neu gegründet.

Das Fazit nach zehn Jahren: Die Transformation ist mit Abstrichen gelungen. Wichtig erscheinen mir fünf Fragen:

- War der Paragraph 38 des Einigungsvertrags eine gute Idee für die Transformation von außeruniversitären Einrichtungen? Unbedingt: Man konnte auf diese Weise politisch belastete Wissenschaftler entlassen. Frische Kräfte brachten neuen Wind in die Institute.
- Ist die gewollte Flexibilität erreicht worden? Weitgehend: Forschungsformen von der Grundlagenforschung bis hin zu den Ausgründungen sind möglich geworden.
- Ist die Modernisierung der außeruniversitären Forschungseinrichtungen gelungen? Ja, sowohl was die Ausstattung als auch neue Mitarbeiter betrifft.
- Ist die Kooperation zwischen außeruniversitären Einrichtungen und Universitäten geglückt? Weitgehend: Es gibt viele gemeinsame Berufungen zwischen diesen Institutionen.
- Ist die regionale Ausgewogenheit, die man sich am Anfang noch auf die Fahne geschrieben hatte, erreicht? Das ist leider nur teilweise geschehen.

Prof. Dr. Benno Parthier ist Präsident der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina, Halle/Saale.



Benno Parthier: Die Modernisierung der außeruniversitären Forschungseinrichtungen ist gelungen.

Wilhelm Krull

Die Wiedervereinigung vorausdenken

DIE NEUGESTALTUNG DER AUSSERUNIVERSITÄREN FORSCHUNGSEINRICHTUNGEN –
PRINZIPIEN UND ERGEBNISSE

Der Generalsekretär der VolkswagenStiftung und frühere Referatsleiter im Wissenschaftsrat erläutert die Unterschiede zwischen den Wissenschaftssystemen West und Ost und die damit verbundenen prinzipiellen Schwierigkeiten einer Transformation. Allerdings hätten die Erfahrungen mit der Neustrukturierung auch zu Reformen an westdeutschen Wissenschaftseinrichtungen geführt.

Die Dimensionen ehrenamtlichen Engagements, die mit der Neustrukturierung der ostdeutschen Forschungslandschaft verknüpft waren, waren bemerkenswert: 500 Gutachter waren in den verschiedenen Arbeitsgruppen des Wissenschaftsrates tätig, darunter rund 100 aus dem Ausland, davon wiederum die Hälfte aus der Schweiz und Österreich.

Es ging bei der Neustrukturierung im außeruniversitären Bereich um rund 130 Einrichtungen mit etwa 34.000 Beschäftigten. Dabei war für viele Fachwissenschaftler mit dem Einsatz in einer Arbeitsgruppe des Wissenschaftsrates die Tätigkeit längst nicht beendet. Viele haben anschließend als Berater mitgewirkt, sei es an Hochschulen, in Berufungskommissionen oder

auch in Gründungsausschüssen der außeruniversitären Einrichtungen. Ich möchte betonen, dass alles, was der Wissenschaftsrat geleistet hat, auf genau diesem ehrenamtlichen Engagement basiert. Als ich Anfang Dezember 1989 damit begann, mich mit dem Wissenschaftssystem der DDR genauer vertraut zu machen, war rasch klar, dass eine bloße Lektüre von Vorträgen, Artikeln und Büchern – so hilfreich sie zunächst auch erscheinen mochte – nicht weiterhelfen würde. So verdienstvoll manche Studie über das Wissenschaftssystem der DDR war, so sehr wurde klar, dass aus der veralteten Datengrundlage kaum Schlüsse über die tatsächliche Situation gezogen werden konnten.

Als uns die Bundesregierung gebeten hatte, in der Januarsitzung 1990 eine Arbeitsgruppe einzusetzen, die sich mit den deutsch-deutschen Wissenschaftsbeziehungen und deren Ausbau beschäftigen sollte, war ebenfalls klar, dass es für den

”

Die Dimensionen ehrenamtlichen Engagements waren bemerkenswert: 500 Gutachter waren in den verschiedenen Arbeitsgruppen des Wissenschaftsrates tätig, darunter rund 100 aus dem Ausland.

Wissenschaftsrat auf diesem Gebiet nichts zu gewinnen gab. Die deutsch-deutschen Wissenschaftsbeziehungen hatten sich längst dezentral entwickelt. Dem Wissenschaftsrat blieb keine andere Möglichkeit, als alles auf eine Karte zu setzen, nämlich die deutsch-deutsche Wiedervereinigung vorauszu-

nach diesem Modell die Aufgabe zu, Grundlagenforschung in anwendungsfreie Innovationen zu transformieren. Dazu sollte eine früh einsetzende und eng geknüpfte Kooperation mit den Kombinat der DDR-Wirtschaft dienen. Die Verknüpfung von Grundlagenforschung, Technologie-Entwicklung und Planung hatte letztlich fatale Auswirkungen, wobei technologieorientierte Aufgaben immer dominanter wurden. So führten fehlende Kapazitäten an den Universitäten und das Zurückdrängen der Grundlagenforschung an der Akademie zu Gunsten vordergründiger Industrieforschung, die Nachentwicklungen zum Erreichen des staatlich vorgegebenen Ziels der Importunabhängigkeit zu einer gravierenden Vernachlässigung der Grundlagenforschung insgesamt.“

„ Ebenso wenig wie die Grundstrukturen des Gesamtsystems kompatibel waren, waren es die beiden Wissenschaftssysteme.

denken und zu hoffen, im richtigen Moment das richtige Konzept zu präsentieren. Im Juli 1990 legten wir ein Konzept vor, die so genannten zwölf Empfehlungen.

Mit der Wiedervereinigung begann dann ein sehr komplexer Prozess, bei dem es schwierig war, das richtige Gefühl dafür zu entwickeln, was tatsächlich geleistet werden konnte. Ein zentralstaatlich organisiertes, sozialistisches System stieß auf ein föderales, marktwirtschaftliches System. Ebenso wenig wie die Grundstrukturen des Gesamtsystems kompatibel waren, waren es die beiden Wissenschaftssysteme.

Während im Westen die Akademien als Gelehrtenvereinigungen existierten, sich aber der Ausbau der außeruniversitären Forschungseinrichtungen an den Akademien vorbei in außeruniversitären Trägerorganisationen vollzogen hatte, waren in der DDR nach sowjetischem Vorbild die Akademien selbst zum Träger von Forschungseinrichtungen geworden.

Für jemanden aus dem Westen ist es schwierig, das ostdeutsche System zu charakterisieren. Deshalb möchte ich ein Zitat des letzten Präsidenten der Akademie der Wissenschaften der DDR, Horst Klinkmann, vorlesen: „Die Konzentration der außeruniversitären Forschung an der Akademie erfolgte entsprechend dem Vorbild der sowjetischen Akademie und findet sich in allen Ländern des Warschauer Paktes“, so Klinkmann. „Der Akademie fiel

Tiefe Gräben

Noch problematischer erwies sich die Situation in den Geistes- und Gesellschaftswissenschaften. Eine ganz wesentliche Aufgabe bestand darin, die politische und parteipolitische Steuerung des Systems zu unterstützen. Aber gerade in den geisteswissenschaftlichen Akademie-Instituten hatte eine Vielzahl von Wissenschaftlern Nischen gefunden. Sie haben dort Disziplinen weitergeführt, die an den Universitäten nicht länger geduldet wurden. Es gab auch eine Reihe von Forschern, die an Akademie-Institute „verbannt“ wurden, damit sie keine Multiplikatorenfunktion an einer Hochschule mehr ausüben konnten.

Vor diesem Hintergrund musste die Umwandlung des außeruniversitären Forschungssystems der DDR in ein international kompetitives System auf große Schwierigkeiten stoßen. Zu-

„ In den geisteswissenschaftlichen Akademie-Instituten hatte eine Vielzahl von Wissenschaftlern Nischen gefunden.

mal mit der Entscheidung der beiden deutschen Regierungen für ein föderativ geeintes Deutschland zugleich die Vorstellung verbunden war, dass das Subsidiaritätsprinzip außeruniversitärer Forschung auch auf die DDR übertragen werden sollte. Dementsprechend sollten künftig die außeruniversitären Einrichtungen ihre Aufgabe auf folgenden Feldern sehen:

- in einer Förderung herausragender Persönlichkeiten der Grundlagenforschung auf solchen Gebieten, die nicht oder noch nicht geeignet sind, von den Universitäten aufgegriffen zu werden (Max-Planck-Gesellschaft);
- in der Wahrnehmung überregionaler und gesamtstaatlicher Aufgaben (Blaue Liste beziehungsweise WGL);
- in der ressort- oder industriebezogenen Auftragsforschung (Fraunhofer-Gesellschaft);
- oder in national bedeutsamen, beziehungsweise international eingebetteten Großforschungseinrichtungen mit ihren Programmen wie etwa in der Weltraumforschung (Helmholtz-Zentren).

Nicht nur das Denken in den Kategorien universitärer und außeruniversitärer Forschung war in beiden deutschen Staaten völlig unterschiedlich, sondern auch das Vernetzen dieser beiden Bereiche. Dabei will ich nicht behaupten, dass in den alten Bundesländern die Kooperation zwischen außeruniversitären Forschungseinrichtungen und Hochschulen

in allen Punkten optimal organisiert war. Im Gegenteil: Eine Untersuchung des Wissenschaftsrates am Beispiel der Zusammenarbeit von Großforschungseinrichtungen und Hochschulen

ergab, dass auch dort – um es vornehm zu sagen – noch Optimierungsbedarf bestand. Gleichwohl war klar, dass man eine engere Verflechtung durch das Entwickeln

einer Kooperationskultur erst auf den Weg bringen musste, denn es gab durchaus tiefe Gräben zwischen Akademie-Instituten und Universitäten.

Ein weiteres Feld, auf dem sich die DDR-Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mit einem radikalen Wandel konfrontiert sahen, war der Drittmittelmarkt. Das System garantierte die Vollbeschäftigung, weshalb ein Einwerben von Drittmitteln, um Personal zu finanzieren, nicht erforderlich war.

Empfehlungen unbedingt umsetzen

Nie hat sich der Wissenschaftsrat so intensiv um die Umsetzung seiner Empfehlungen gekümmert wie bei den Akademie-Instituten. Es wurde eigens eine Umsetzungsdelegation eingesetzt, in der die administrativen Schritte im Einzelnen ausgehandelt wurden. Es gab regelmäßige Ministertreffen. Mit anderen Worten: Durch Umsetzungsberichte, Umsetzungsdelegationen, durch das Zusammenwirken mit der Bund-Länder-Kommission hat man in einer unglaublichen Intensität darauf geachtet, dass die Empfehlungen auch in entsprechende institutionelle Strukturen und Finanzierungen übergeführt wurden.

Gleichwohl haben sich teilweise extrem schwierige Situationen ergeben. So sollte das Wissenschaftler-Integrations-Programm einer Stärkung von Kapazitäten in den Hochschulen dienen. Allerdings bestand das Problem, dass aufgrund unterschiedlicher rechtlicher Vereinbarungen im Übergangsprozess Kapazitäten gar nicht frei waren, wohin diese Personen hätten gehen sollen. Es war ein Problem der völlig getrennten Kulturen – Universitäten und Akademien – die sich nicht ohne weiteres aufeinander zu bewegen wollten.

Betrüblich ist für mich die Entwicklungsgeschichte der Geisteswissenschaft-

“ Nie hat sich der Wissenschaftsrat so intensiv um die Umsetzung seiner Empfehlungen gekümmert wie bei den Akademie-Instituten.



Wilhelm Krull: Universitäten und Akademien waren völlig getrennte Kulturen.

ten. In der entsprechenden Arbeitsgruppe im Wissenschaftsrat haben wir lange darüber gestritten, welche Form der Institutionalisierung man wählen sollte. Führende Fachvertreter haben sich bei einer grundsätzlichen Abneigung gegen außeruniversitäre Institutionen zu einer Lösung außerhalb der etablierten Formen von Förderung durchgerungen. Damit haben sie die Institutionen in eine höchst prekäre Situation gebracht, die zum Teil bis heute anhält. Träume des Westens sind hier geträumt worden.

Eine andere Folgeerscheinung möchte ich zum Schluss ansprechen: Eine Systemevaluation, eine Betrachtung der Leistungsfähigkeit der Deutschen Forschungsgemeinschaft, der Max-Planck-Gesellschaft oder auch die gesamtdeutsche Evaluation der Umweltwissenschaften wäre nicht zustande gekommen, wenn nicht die entsprechenden Erfahrungen aus der Neustrukturierung der ostdeutschen For-

schungslandschaft einen Anlass geboten hätten. Die Reformschritte der letzten Zeit weichen alte Verkrustungen auf und weisen in die richtige Richtung. Um mit Georg Lichtenberg zu enden: „Ich kann freilich nicht sagen, ob es besser werden wird, wenn es anders wird, aber soviel kann ich sagen, es muss anders werden, wenn es gut werden soll.“

Dr. Wilhelm Krull ist Generalsekretär der VolkswagenStiftung und war bis 1993 Referatsleiter in der Geschäftsstelle des Wissenschaftsrates.

Jens Reich

Ein existenzieller Durchgriff

DIE NEUGESTALTUNG IN DEN BIOWISSENSCHAFTEN

Der renommierte Molekularbiologe beschreibt, wie er die Evaluation durch den Wissenschaftsrat als Mitglied der Akademie erlebt hat. Sein Fazit lautet: Die Empfehlungen waren gut, aber die Arbeit des Wissenschaftsrates muss weitergehen.

Das Leben der Privilegierten in der DDR, die in der Wissenschaft nach oben gelassen wurden, die kläglichen Restriktionen derer, die sich einem politischen Engagement verweigerten – diese Zeiten in der DDR, in der ich gelebt habe, kann ich nur andeuten. Die Selbstbefreiung der Bevölkerung der DDR 1989 war auch eine Selbstbefreiung der Wissenschaftler und führte zu dem Prozess, über den wir heute sprechen: der Umgestaltung des Wissenschaftssystems nach den Empfehlungen des Wissenschaftsrates. Das war schon einmalig. Ich spreche nicht als Subjekt dieses Vorgangs, sondern eher als Gegenstand. Es ist einmalig gewesen, was damals in die Wege geleitet wurde, aber es ist auch merkwürdig.

” Die Selbstbefreiung der Bevölkerung der DDR 1989 war auch eine Selbstbefreiung der Wissenschaftler.

Stellen Sie sich vor, der Bundestag würde in diesem Jahr mit Mehrheit beschließen, in einem Vertrag, sagen wir mit Frankreich, die Max-Planck-Gesellschaft nach Artikel 38 aufzulösen. Was das für

ein Durchgriff ist, der sich bis in die Existenz des Einzelnen bemerkbar macht, ist kaum vorstellbar. Um es an einem Beispiel deutlich zu machen: In der biologisch-medizinischen Forschung waren 25 Akademie-Institute mit 5.700 Mitarbeitern tätig.

Nur zwei Institute verschwunden

Ich habe mir angesehen, was daraus nach den Empfehlungen des Wissenschaftsrates geworden ist. Nur zwei Institute sind ganz verschwunden, die meisten sind bei der Helmholtz-Gemeinschaft oder der WGL untergekommen, zum Teil heute als freie Unternehmen tätig oder beim Land Sachsen und Thüringen gelandet. Die Zahl der Beschäftigten hat sich um 60 Prozent auf etwa 2.300 vermindert. Da kann man sich ausmalen, was das für die einzelnen Wissenschaftler bedeutet hat, welche Resentiments durch diesen Prozess entstanden sind.

Die Evaluation, die dem Wissenschaftsrat von der Politik damals zur Aus-



Jens Reich: Publikationen in russischer Sprache wurden vom Wissenschaftsrat kaum zur Kenntnis genommen.

führung übergeben wurde, ist meiner Ansicht nach aber trotz der Personalreduzierung um 60 Prozent fair gewesen. Sie ist fair gewesen nach den Kriterien internationaler Evaluation. Allerdings haben genau diese Kriterien den Wissenschaftlern der DDR erhebliche Probleme bereitet: Bei

Berufungen kommt man ohne ausreichende und idiomatische Englischkenntnisse nicht in Frage – das Russische, meine erste Fremdsprache, ist schon damals nicht mehr verwendbar gewesen und ist es auch

heute nicht. Ebenso sind Publikationen in russischer Sprache vom Wissenschaftsrat – in meinem Fall wie in vielen anderen Fällen – kaum zur Kenntnis genommen worden. Wir hatten selbstverständlich nicht die internationalen Bindungen, wie sie gewünscht wurden. Unsere Kooperationspartner stammten aus Ländern, die

nun mit ihren eigenen Problemen zu kämpfen hatten. Wissenschaftler aus diesen Ländern wurden auch nicht in die Evaluationskomitees des Wissenschaftsrates berufen.

Es war ein schmerzhafter Prozess. Heute bestehen, wie gesagt, praktisch noch alle Institute, insbesondere die, die eine lange Tradition in der Akademie hatten. Sie mögen eine kleinere Zahl von Angestellten haben als früher und sich in ihren Forschungsschwerpunkten geändert haben. Trotzdem konnten sie den Anschluss finden, wie das Institut für Pflanzengenetik und Kulturpflanzenforschung Gatersleben, das hervorragend aus dem ganzen Prozess als Neugründung hervorgegangen ist.

Neue Institute gegründet

Die Max-Planck-Gesellschaft verfolgte die Strategie, Institute nicht zu übernehmen oder umzugründen, sondern neu zu grün-



Die Evaluation durch den Wissenschaftsrat ist meiner Ansicht nach trotz der Personalreduzierung um 60 Prozent fair gewesen.

den. In der Biomedizin gibt es jetzt sechs Max-Planck-Institute. Sicher wurde der überwiegende Teil der Max-Planck-Gründungsinitiative seit 1990 in den Osten verlagert. Erstklassige, international führende Institute sind entstanden, mit neuen Themen:

„Die Abwicklung und Neugründung von Instituten wurde auf dem Gebiet der Biomedizin zweifellos zur Einführung innovativer Themen genutzt und nicht einfach zu einer Weiterschreibung dessen, was im Osten früher gut oder nicht so gut gewesen sein mag.“

beispielsweise evolutionäre Anthropologie, die es früher nicht gegeben hat, oder Infektionsbiologie.

Eine ganze Reihe von Sonderforschungsbereichen ist entstanden. In der Biomedizin sind es neun SFB, die an den Universitäten Berlin, Magdeburg und Jena gegründet worden sind, auch an der FU Berlin unter Einbeziehung von Forschern, die früher im Osten

tätig waren. An den großen Universitäten in Ostdeutschland gibt es heute etwa 15 Graduiertenkollegs, mit zum Teil sehr innovativen Themen, etwa Intrazelluläre Kommunikation im Nervensystem oder Intrazelluläre Kommunikation und Transduktion in der Zellbiologie. Zudem wurden acht Innovations-Kollegs gegründet. Die Abwicklung und die Neugründung von Instituten wurde auf dem Gebiet der Biomedizin zweifellos zur Einführung innovativer Themen genutzt und nicht einfach zu einer Weiterschreibung dessen, was im Osten früher gut oder nicht so gut gewesen sein mag.

selbsttragende Aufschwung kommt nicht zustande. Es wäre jetzt eine Aufgabe für den Wissenschaftsrat, darauf zu drängen, dass auch die ostdeutschen Bundesländer, die nach 50 Jahren Trennung dazugekommen sind, in ihrer Entwicklung so gefördert werden, dass wir vielleicht in zehn Jahren sagen können, dass nunmehr auch die Dichte und Leistungsfähigkeit pro Kopf der Bevölkerung mit den anderen großen Wissenschaftsregionen der EU vergleichbar sind.

Den Osten weiter stärken

Der Wissenschaftsrat hat meiner Ansicht nach sinnvolle Empfehlungen abgegeben. Was zu beklagen bleibt, ist die geringe Dichte wissenschaftlicher Institutionen und das noch immer zu geringe universitäre Gewicht in den Ostländern im Vergleich mit den alten Bundesländern. Es ist also Gutes geleistet worden, aber der

Prof. Dr. med. Jens Reich leitet das Max-Delbrück-Centrum für Molekulare Medizin (MDC) in Berlin-Buch

Horst Franz Kern

Eine gigantische Aufgabe

DIE NEUGESTALTUNG IN DER MEDIZIN

Wie Struktur und Arbeit der Evaluationsgruppen aussahen, erläutert der Präsident der Universität Marburg. Inhaltlich war für die Tätigkeit der medizinischen Arbeitsgruppe durch zwei kurz zuvor gegebene Empfehlungen des Wissenschaftsrates ein Maßstab gesetzt worden.

Klare Schnitte in den Biowissenschaften bluten. Dass es nach getaner Arbeit geblutet habe, ist dieser Arbeitsgruppe des Wissenschaftsrates vorgeworfen worden.

Die Aufgabe war so gigantisch, dass der Wissenschaftsrat ein sonst unübliches Grundprinzip anwenden musste: Die einzelnen Arbeitsgruppen konnten nur von zwei Mitgliedern des Wissenschaftsrates geleitet werden, die meisten Wissenschaftler, die untersucht und Empfehlungen abgegeben haben, waren Sachverständige von außerhalb des Wissenschaftsrates. Das heißt, der Wissenschaftsrat hat die Einschätzungen und Empfehlungen dieser Sachverständigen als seine Empfehlungen verabschiedet und Bund und Ländern übergeben.

Gutachter mit Renommee

In der Arbeitsgruppe Medizin haben wir von Anfang an Wert darauf gelegt – und das war eine sehr schwierige Aufgabe –, dass nur solche Wissenschaftler tätig werden sollten, die durch ihr internationales Renommee vor den Kollegen in der ehemaligen DDR glaubwürdig waren. Wir

wollten es nicht zulassen, dass jemand, der nach internationalen Standards nicht zu den Besten zählte, den Kollegen in den neuen Bundesländern strukturelle Ratschläge geben und Bewertungen ihrer Arbeit vornehmen durfte.

Ein weiteres Kriterium war die Bereitschaft zur kontinuierlichen Mitarbeit. Die Gutachter mussten für den Wissenschaftsrat mindestens ein halbes Jahr tätig sein und nicht nur einmal für eine Begehung. Es ging darum, den Gesamtprozess auf dem Gebiet der Biowissenschaften und Medizin zu begleiten. Man kann sich vorstellen, wie schwierig es war, wissenschaftlich herausragende Kolleginnen und Kollegen zu überreden, ein halbes Jahr lang in einem alten Bus der ehemaligen DDR-Akademie – der im Winter mit einem Schweißbrenner warm gemacht werden musste, weil er nicht ansprang, wenn der Diesel fest war – durch die Lande zu fahren.

Wir haben auch großen Wert auf eine möglichst hohe Anzahl von ausländischen Kollegen gelegt, damit in den Evalua-

In der Arbeitsgruppe Medizin haben wir von Anfang an Wert darauf gelegt, dass nur solche Wissenschaftler tätig werden sollten, die durch ihr internationales Renommee vor den Kollegen in der ehemaligen DDR glaubwürdig waren.

tionsprozess die internationale Perspektive einfließen konnte. Um gleichzeitig den Bezug zu Deutschland zu haben, haben wir ausländische Forscher, die in Deutsch-

”

Wir haben großen Wert auf eine möglichst hohe Anzahl von ausländischen Kollegen gelegt.

land tätig waren, oder im Ausland tätige Deutsche berufen. Außerdem waren ursprünglich drei, später zwei Kollegen aus der ehemaligen DDR dabei.

Der eigentlichen Arbeit war in den Biowissenschaften und in der Medizin durch zwei gerade vorher verabschiedete Empfehlungen des Wissenschaftsrates ein Maßstab gesetzt worden. Das war erstens die Empfehlung zur Lage der klinischen Forschung in Deutschland und zweitens die Empfehlung zur Zusammenarbeit zwischen Großforschungseinrichtungen und Hochschulen. Glücklicherweise gab es einige Kollegen, die sowohl in einer dieser beiden Arbeitsgruppen tätig gewesen waren als auch in der

Arbeitsgruppe Biowissenschaften und Medizin.

Ich sage glücklicherweise, denn wir mussten sicherstellen, dass neben der fachlichen, international anerkannten Brillanz gleichzeitig forschungspolitisches Verständnis vorhanden war. Unsere Aufgabe war es ja, das System zu analysieren und strukturelle Empfehlungen zu geben, anhand eines durch den Wissenschaftsrat vorgegebenen forschungspolitischen Konzepts. Deshalb hat diese Arbeitsgruppe die Hoffnung, man könne das Problem der Umgestaltung der Akademie-Einrichtungen durch die Gründung einer Großforschungseinrichtung ganz einfach lösen, enttäuscht. Diese Arbeitsgruppe hat auch das Max-Delbrück-Centrum für Molekulare Medizin in Berlin-Buch nicht als Großforschungseinrichtung vorgeschlagen, so steht es in den Empfehlungen. Es musste aber aus finanziellen Gründen eine solche Einrich-



Horst Franz Kern: Die Gründung einer Großforschungseinrichtung konnte das Problem nicht lösen.

tung werden. Man muss eben auch realistisch sein.

”

Die Einheit der Grundlagenforschung mit der Klinischen Anwendung, also ein Forschungsinstitut mit einer Forschungsklinik, sollte wiederbelebt werden. Eine solche Form der Zusammenarbeit gab es im Westen nicht.

Einige unserer Ziele: Die klinische Forschung sollte besser strukturiert und organisiert werden als die klinische oder biomedizinische Forschung im Westen. Insbesondere sollte die molekulare Zellbiologie in ihrer Anwendung auf die Medizin gestärkt werden. Dieses Ziel ist an vielen Orten, beispielsweise in Jena und Berlin,

erreicht worden. Es sollte außerdem die Einheit der Grundlagenforschung mit der Klinischen Anwendung, also ein Forschungsinstitut mit einer Forschungsklinik, wiederbelebt werden. Eine solche Form der Zusammenarbeit gab es im Westen nicht. In der ehemaligen DDR gab es aber drei oder sogar vier solcher Einrichtungen im Rahmen der Akademie. In den Empfehlungen schlugen wir aber nicht Großgruppen, sondern flexiblere Arbeitsgruppen von etwa zehn bis 14 Leuten vor – zur Hälfte von Drittmitteln finanziert.

Ein anderes Ziel konnten wir nicht erreichen. Es gab in der ehemaligen DDR sehr sauber geführte Datensammlungen, Grundvoraussetzung für epidemiologische Studien, die es im gesamten Westen nicht oder nur fragmentarisch gibt: das Krebsregister, eine Ernährungsdatensammlung, eine Datensammlung zur Zuckerkrankheit. Wir wollten versuchen, diese zu erhalten, weil in den Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Klinischen Forschung die völlig fehlende Epidemiologie in Deutschland als ein schweres Handicap für die Forschung angesehen wurde. Dies konnte allerdings beim Übergang eines Systems in das nächste nicht geleistet werden, ich nenne als Stichwort nur den Datenschutz.

Die Bilanz: In bestimmten Bereichen ist eine konkurrenzfähige biomedizinische Forschung mit Anbindung an die Klinik und einer engen Verbindung zu den Universitäten geleistet worden. Das Herz des Wissenschaftsrates schlägt stark für die Universitätsforschung, denn der Nachwuchs und die Innovationen kommen aus den Universitäten. Deshalb sollte bei diesem Umstrukturierungsprozess möglichst viel der in die Akademie aus den Hochschulen heraus verlagerten Forschung zurück in die Universitäten gebracht werden.

Kompetentes Forschungsinstrument

Nur konnte dies im Jahr 1990 nicht mit Verantwortung empfohlen werden. Man hätte die Kollegen in die Nicht-Finanzierung empfohlen, weil klar war, dass die Länder mit den Entwicklungen ihrer Universitäten und Hochschulen überhaupt noch nicht so weit waren. Das hat dazu geführt, dass die WGL (Blaue Liste) durch die Empfehlungen des Wissenschaftsrates verdoppelt wurde. Wenn man das heute beurteilt, insbesondere nach der Evaluation der Blauen Liste Ost und West, dann ist aus dieser Leibniz-Gemeinschaft ein hochkompetentes Forschungsinstrument geworden, das sich mit allem messen kann, was es an Forschungseinrichtungen in der Bundesrepublik Deutschland gibt.

Da unsere Aufgabe darin bestand, strukturelle Empfehlungen für die Zukunft der Wissenschaft abzugeben, mussten wir schuldig werden. Denn es war völlig klar, dass eine Übernahme des gesamten Personals an den Akademie-Instituten nicht finanzierbar war. Wir wussten, je stringenter wir auf die internationale Kompetenz der

”
Je stringenter wir auf die internationale Kompetenz der künftigen ostdeutschen Wissenschaft bei unseren Empfehlungen achteten, desto mehr mussten wir uns an einer Generation versündigen.

künftigen ostdeutschen Wissenschaft bei unseren Empfehlungen achteten, dass wir uns an einer Generation versündigen mussten. Übergangsregelungen haben – ob-

”

We not only managed all the complex issues, but somehow one felt that the human and social component was also there.

wohl sie massiv formuliert und empfohlen wurden – nicht gegriffen. Das ist ein politisches Faktum, das heute weiter wirkt.

Eines der ausländischen Mitglieder der Arbeitsgruppe war Kai Simons, damals

Leiter des Bereichs Zellbiologie an den Europäischen Molekularbiologischen Laboratorien in Heidelberg, heute Direktor in einem international führenden Max-Planck-Institut in Dresden. Er hat mir am Ende des ganzen Prozesses geschrieben: „I have been extremely impressed by the commission that you have been chairing. It is indeed amazing that a progressive group of biologists and medical scientists could be assembled even if the assignment was impossibly difficult. We not only managed all the complex issues, but somehow one felt that the human and social component was also there. Of course in the end the proposal is harsh. But there is no other choice, if we want to create a flourishing scientific community in the whole of Germany.“ Das war auch meine Überzeugung und ist meine Überzeugung heute.

Prof. Dr. Horst Franz Kern ist Präsident der Universität Marburg. Er leitete die 1990 eingesetzte Arbeitsgruppe Biowissenschaften und Medizin des Wissenschaftsrates.

Gerhard Neuweiler

Experiment geglückt

DIE NEUGESTALTUNG IN DEN NATURWISSENSCHAFTEN

Werden die „Forschungsperlen“ schon von anderen abgeworben? Bleibt dem Wissenschaftsrat nur „der Rest“ zur Evaluation? Der ehemalige Vorsitzende des Wissenschaftsrates schildert die Unsicherheiten am Beginn des Transformationsprozesses. Die enge Kooperation zwischen Wissenschaft und Politik nennt er als einen wichtigen Grund für den Erfolg dieses Prozesses.

Der 14. November 1990 ist mir unvergesslich. Zum ersten Mal hat an diesem Tag an unseren Beratungen im Wissenschaftsrat eine Delegation aus einer Welt teilgenommen, die uns bislang bei unseren Sitzungen im Reichstag nur mit Wachtürmen, mit Schießseisen, mit grauen, stummen Passanten in unerreichbarer Nähe – anders kann man das gar nicht ausdrücken – hinter Betonmauern begegnet war. Was für ein Ereignis! Was für ein unerhörter Wandel! An jenem Mittwoch waren wir schon in den Startlöchern für die Evaluation der Akademie-Institute.

„Wir fühlten uns unbehaglich bei dem Gedanken, dass wir dabei waren, diese DDR-Wissenschaft in ein System zu integrieren, das der Wissenschaftsrat selbst jahrelang aus guten Gründen kritisiert hatte.“

Die Stimmung war ziemlich nervös. Es kursierten Gerüchte, dass bereits Piloten unterwegs seien, die für Interessenten dunkler Provenienz die Forschungslandschaft im Osten ausspähten, um eventuelle „Forschungsperlen“ in die eigene Tasche zu stecken. Und wir hatten allmählich das Gefühl, dass der Wissenschaftsrat nur

das weniger Glanzvolle zur Abwicklung überlassen bekommt. Zu diesem Misstrauen gesellte sich dann noch das Unbehagen, dass wir dabei waren, diese DDR-Wissenschaft in ein System zu integrieren, das der Wissenschaftsrat selbst jahrelang aus guten Gründen kritisiert hatte.

Funktionierende Systeme nutzen

Aber sowohl dieses Misstrauen als auch das Unbehagen verschwanden vollständig mit dem ersten Besuch in einem der Institute. Angesichts von einzelnen Forschungsinstituten, die man ob ihrer musealen Qualitäten am liebsten dem Denkmalpfleger übergeben hätte; angesichts von Labors, in denen man die Improvisationskunst bewundern musste, mit denen nicht vorhandene, nicht erhältliche, verbotene Technologie kompensiert wurde; angesichts der Vorhängeschlösser an den Labortüren, hinter denen dann nicht Ergebnisse veröffentlicht wurden, sondern in einer unbegreiflichen Geheimhaltungsmanie weggeschlossen wurden, und angesichts der sehr schweren



Gerhard Neuweiler: Die Evaluierungskommissionen haben dafür gesorgt, dass die Grundlagenforschung gestärkt wurde.

menschlichen Schicksale war allen Beteiligten sofort klar, dass der Transformationsprozess sehr rasch vollzogen werden muss. Dies war nur möglich, wenn man das Erhaltenswerte in bereits bestehende, funktionierende Systeme integrierte.

Aus einem Abstand von zehn Jahren können wir feststellen, dass dieses gewagte und einmalige Sortier- und Eingliederungsexperiment zumindest für die Naturwissenschaften zumindest für die Naturwissenschaften geglückt ist. Das Wissenschaftsspektrum in Deutschland ist durch diesen Transformationsprozess bereichert worden. Nun haben es die Naturwissenschaften wesentlich leichter gehabt als die Geisteswissenschaften. Die Forschungsgegenstände brachten es mit sich, dass die Arbeitsziele, die Metho-

den und sogar eine ganze Anzahl der Köpfe weniger ideologiedurchtränkt waren als in anderen Gebieten. Deshalb musste in den Naturwissenschaften keine Disziplin vollständig abgewickelt und erneuert werden. Es gab in vielen Instituten trotz der staatlich verhängten Isolation, die wohl das schlimmste Handicap gerade für die Naturwissenschaftler gewesen ist, gute und zum Teil sogar ganz hervorragende Gruppen, die es verstanden, mit ihrer Forschung im internationalen Kontext zu bleiben.

Die Naturwissenschaften hatten ein spezifisches Problem zu lösen: Sie fanden in den meisten Instituten eine erdrückende Dominanz angewandter Forschung, insbesondere in der Chemie. Für Grundlagenforschung war kein Geld vorhanden.

Die Evaluierungskommissionen haben deshalb in den Naturwissenschaften in ihren Empfehlungen ein Ziel konsequent verfolgt, und der heutige Erfolg gibt ihnen

„ Das gewagte und einmalige Sortier- und Eingliederungsexperiment ist für die Naturwissenschaften geglückt. Das Wissenschaftsspektrum in Deutschland ist durch diesen Transformationsprozess bereichert worden.

Recht. Sie haben dafür gesorgt, dass die Grundlagenforschung als Quelle jedes technischen und zivilisatorischen Fortschritts wieder ihren Platz in diesen Fächern bekommen hat.

Es war ursprünglich das erklärte Ziel des Wissenschaftsrates, die Akademieforschung so weit wie möglich wieder in die Universitäten zu integrieren. Dieses Ziel wurde in den Naturwissenschaften weit verfehlt und musste verfehlt werden, denn die Universitäten in den neuen Bundesländern mussten damals in großem Stil eigenes Personal entlassen und zeigten verständlicherweise wenig Interesse, ihr Lehrpersonal gegen die im alten Regime durchaus privilegierten Akademieforscher zu tauschen.

Akademieforschung integrieren

Der zweite Grund: Bei der Wiedervereinigung griff die westdeutsche Kapazitätsverordnung unerbittlich auch in den neuen Bundesländern. Sie nivellierte die einst vorzüglichen Betreuungsbedingungen an den Hochschulen auf Mittelmaß, sie schloss die Tore für von außen kommende Wissenschaftler.

In dieser Situation, in der gar keine Möglichkeit bestand, in die Universitäten zu reintegrieren, war es ein ausgesprochener Glücksfall, dass wir die außeruniversitären Forschungseinrichtungen für Akademieforscher öffnen konnten – allerdings zunächst gegen deren vehementen, teilweise wütenden Widerstand. Der Erfolg spricht für die Richtigkeit dieser Politik. Beispiele sind das Max-Delbrück-Centrum für Molekulare Medizin in Berlin-Buch, das GeoForschungsZentrum in Potsdam oder das Institut für Ostseeforschung in Warnemünde.

Was hat diesen Erfolg bei den Naturwissenschaften bewirkt? Das erste und entscheidende Kriterium war das Festhal-

ten am Maßstab des internationalen Forschungsniveaus. Die Evaluationsgruppen waren mit hervorragenden, international angesehenen Wissenschaftlern besetzt. Sie empfahlen nur solche Forschergruppen zur Weiterbeschäftigung, die dem internationalen Maßstab genügten.

In den Naturwissenschaften ließ sich das relativ gut auch bei den Begutachteten, den „Opfern“, durchsetzen, weil die Naturwissenschaften seit vielen Jahren eine internationale Gemeinschaft sind, in der es wenig Streit über das wissenschaftliche Niveau eines Faches gibt. Den Evaluationskommissionen war bewusst, dass nur solche Forschungseinrichtungen im Wettbewerb eine Chance haben werden, die dieses Niveau erreichen, dazu gehört übrigens auch der Personalschlüssel.

Für bestimmte Forschungsaufgaben musste der Personalstand auf internationales Niveau herauf- oder heruntergesetzt werden. Bei der Situation, die wir vorgefunden haben, war das immer ein Heruntersetzen. Das war hart. Aber wir hätten eine schlimmere Sünde begangen, wenn wir nicht so gehandelt hätten. Hätten wir andere Maßstäbe angesetzt, hätte der Wissenschaftsrat bei seiner Evaluierung fünf Jahre später einen Teil dieser Institute wieder geschlossen – das wäre für die Beteiligten katastrophal gewesen. Der zweite wichtige Punkt war die Fachkompetenz und die Integrität der Kommissionsmitglieder. Erst dadurch wurde den Empfehlungen eine Sicherheit und Belastbarkeit gegeben und konnte Neues entstehen.

Ich kann mich gut an Sitzungen bis spät in die Nacht erinnern, wo in der Evaluationskommission plötzlich so etwas wie eine kreative Stimmung entstand und über die Disziplinen hinweg neue Forschungskonzepte entwickelt wurden, die dann nachher in die Neugründungen hineinflös-

Der Personalstand musste auf internationales Niveau heruntergesetzt werden.

sen. Die Stimmung war außerordentlich produktiv. Auf der anderen Seite haben die Kommissionen sich auch nicht geschaut, die entsprechenden Schnitte zu empfehlen. Ein weiterer Grund für den Erfolg war die enge Kooperation zwischen Politik und Wissenschaft. So äußerten wir in einem Gespräch mit dem damaligen Staatssekretär Dr. Gebhard Ziller die Sorge, dass das von uns Empfohlene nicht finanziert werden könne. Ziller hat damals wörtlich geantwortet: „Kümmern Sie sich um die Wissenschaft, wir besorgen das Geld!“ Und er hat Wort gehalten. Nahezu

die Empfehlungen auf der intensiven Kooperation zwischen wissenschaftlicher, administrativer und politischer Expertise basierte.

Der letzte Faktor: die Mannschaft des Wissenschaftsrates. Sie hat nicht nur das, was sich die Wissenschaftler ausgedacht haben, in nachlesbare Sätze gebracht, sondern maßgeblich an der Strategie, wie eine solche Evaluation zu bewerkstelligen sei, mitgearbeitet.

” In den Kommissionen saßen nicht nur Wissenschaftler, sondern auch Ministerialbeamte, die manchmal recht phantasievolle Gedankengebäude der Wissenschaftler in umsetzbare Vorschläge ummünzten. Ihr Pragmatismus tat gut!

90 Prozent unserer Empfehlungen wurden tatsächlich umgesetzt.

Diese Entwicklung war nicht von vornherein abzusehen. Von Anfang an war ich an der Evaluation von 47 Instituten der agrarwissenschaftlichen Akademie beteiligt. Zu Beginn lud mich der damalige Leiter der Zentralabteilung, Dr.

Herward Schmidt, ins Landwirtschaftsministerium und machte mir in sehr klaren Worten deutlich, dass das Landwirtschaftsministerium kein Geld habe und auch keine Forschung brauche und wir deshalb „da drüben“ abzuwickeln hätten. Es war mir dann eine besondere Genugtuung, dass der Widerstand dieses Abteilungsleiters bereits bei der ersten Begegnung angesichts der Forschungslage, der Argumente der Experten und der Argumente seiner eigenen Beamten dahinschmolz.

In den Kommissionen saßen nicht nur Wissenschaftler, sondern auch Ministerialbeamte, die manchmal recht phantasievolle Gedankengebäude der Wissenschaftler in umsetzbare Vorschläge ummünzten. Ihr Pragmatismus tat gut! Die Transformation gelang deshalb so gut, weil

Prof. Dr. Gerhard Neuweiler ist Geschäftsführer des Zoologischen Instituts der Universität München. Er war von 1993 bis 1994 Vorsitzender des Wissenschaftsrates.

Manfred Bierwisch

Konsolidiert, aber nicht etabliert

DIE NEUGESTALTUNG IN DEN GEISTESWISSENSCHAFTEN

Nur ein Viertel der ehemaligen Mitarbeiter in den geisteswissenschaftlichen Akademie-Instituten wurde nach der Evaluation weiterbeschäftigt. Diese Zahl drückt das Spannungsverhältnis aus, von dem die Umgestaltung geprägt war. Der Linguistikprofessor, der selbst an der Akademie der Wissenschaften tätig war, schildert die Entstehung der Geisteswissenschaftlichen Zentren, die Kern der Empfehlungen waren und als Vorbild für ganz Deutschland dienen sollten.

Die Geisteswissenschaften gehörten in der Organisation der Akademie der Wissenschaften der DDR zu dem Forschungsbereich Gesellschaftswissenschaften. Das war nicht nur eine terminologische, sondern auch eine inhaltliche Festlegung. Der Bereich umfasste zwölf geistes- und sozialwissenschaftliche Institute mit insgesamt 1.661 Mitarbeitern. Nach unseren Empfehlungen verblieben Einrichtungen mit etwa 400 Mitarbeitern. In diesem Zahlenverhältnis drückt sich die ganze Spannung des Transformationsprozesses aus.

Es war aus wissenschaftspolitischen wie aus inhaltlichen Gründen weder möglich noch wünschenswert, die Akademie-Institute in der bestehenden Form weiterzuführen. Schon allein deshalb, weil für eine Weiterführung als Institutsverbund keine Trägerschaft zu finden gewesen wäre. Die neuen Bundesländer mussten aus mannigfaltigen Gründen danach streben,

die Wissenschaftsstruktur der Bundesrepublik Deutschland zu übernehmen, in sie einbezogen zu werden und nicht einen ostdeutschen Sonderweg zu gehen.

Vor allem in den Geisteswissenschaften waren Inhalte und Strukturen der Forschung von den Nachwirkungen der Parteilenkung zu befreien. Die Bewältigung dieser Aufgabe wurde mit den Empfehlungen des Wissenschaftsrates angestrebt. Zu den geisteswissenschaftlichen Instituten gab es deshalb eine eigene Empfehlung, auf die ich noch zurückkomme.

Die Empfehlungen haben – wie alle anderen Stellungnahmen zu den neuen Bundesländern oder deren Wissenschaftssystem – grundlegend zwei unstrittige, aber sehr asymmetrische Voraussetzungen: Erstens war die institutionelle Struktur durch das Wissenschaftssystem der

In den Geisteswissenschaften waren Inhalte und Strukturen der Forschung von den Nachwirkungen der Parteilenkung zu befreien.

Bundesrepublik Deutschland gegeben. Zweitens ging mit dem Umbau ein Eliten-austausch in der Wissenschaft einher, der nicht ausschließlich, aber doch weitgehend ein Austausch von West nach Ost war.

Auch der Wissenschaftsrat ging grundsätzlich davon aus, dass den Einrichtungen der neuen Bundesländer durch Führungspersonal geholfen werden müsste. Dagegen spielten Bewegungen in umgekehrter Richtung praktisch keine Rolle. Der Charakter eines solchen umgekehrten Austauschs wäre unter den Realitäten von 1990 auch nur schwer vorstellbar gewesen. Mit diesen beiden Feststellungen will ich nicht den verständlichen und oft artikulierten Ressentiments und Einwendungen gegen die Empfehlungen des Wissenschaftsrates beipflichten. Ich will nur sagen, dass es solche Einwände gegeben hat. Es ist notwendig, sich der Asymmetrie, die in diesen beiden Voraussetzungen steckt, bewusst zu sein.

Wiedergründung der Akademie

Was wurde im Einzelnen empfohlen? Zunächst die Fortführung von 30 Langzeitvorhaben, die in verschiedenen geisteswissenschaftlichen Instituten aus der Tradition der preußischen Akademie und durch Neugründungen in der Zeit der DDR-Akademie betrieben wurden. Sie wurden mit der 1993 vollzogenen Wiedergründung der Akademie der Wissenschaften als Berlin-Brandenburgische Akademie dort übernommen und durch sie betreut und fortgesetzt. Zweitens die Übernahme einer Reihe von Wissenschaftlern in bestehende Institute, insbesondere in das Institut für Deutsche Sprache in Mannheim, in die Historischen Kommissionen, in das Deutsche Archäologische Institut. Drittens die Neugründung – und das ist der entscheidende und in seinen Auswir-

kungen zu erörternde Punkt – von sieben geisteswissenschaftlichen Forschungszentren.

Das Konzept dieser Zentren nahm einen Vorschlag aus einer Denkschrift von Wolfgang Frühwald und anderen mit dem Titel „Geisteswissenschaft heute“ auf und modifizierte ihn. Es zielte auf universitätsunabhängige, aber universitätsnahe Institutionen mit eigenständigem Profil und hoher Flexibilität. Von den sieben in diesem Sinne empfohlenen Zentren ist eins später als Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte umgegründet worden. Die anderen – drei in Berlin, zwei in Potsdam, eins in Leipzig – sind als Geisteswissenschaftliche Zentren etabliert worden, zunächst betreut von der Max-Planck-Gesellschaft.

Die vierte Empfehlung, die der Wissenschaftsrat ausgesprochen hat, waren zwei Max-Planck-Arbeitsgruppen aus dem insgesamt von der Max-Planck-Gesellschaft angelegten Programm von Arbeitsgruppen. Da zu dem Gesamtbereich auch die Wirtschafts-, Rechts- und Sozialwissenschaften gehörten, wurde schließlich das Institut für Wirtschaftsforschung in Halle empfohlen, das der WGL (Blaue Liste) angehört, außerdem eine kleine Arbeitsgruppe für Sozialwissenschaften und Information im Rahmen der Gesellschaft Sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen (GESIS).

Dann blieb eine ganze Reihe von Einzelwissenschaftlern, für die nach ihrer ausdrücklichen Bewertung eine Eingliederung in bestehende Institutionen, vor allem in Universitäten, vorgesehen war. Das ist das tragische Kapitel des Wissenschaftlerintegrationsprogramms (WIP) – das, wie wir wissen, gescheitert ist. Es musste scheitern. Die Universitäten in den neuen Bundesländern wurden gerade durch die

Das Konzept der Zentren zielte auf universitätsunabhängige, aber universitätsnahe Institutionen mit eigenständigem Profil.



Empfehlungen zu drastischen Reduzierungen des Mittelbaus veranlasst. Ein Transfer in die alten Bundesländer war aus vielen Gründen weitgehend chancenlos. Das tragische Scheitern des WIP kann man nicht schönreden, aber auch nicht mehr beheben. Die Problematik löst sich inzwischen weitgehend biologisch.

Zur Perspektive der sechs Zentren, die – nach Umgründung der Wissenschaftsgeschichte zum Max-Planck-Institut – geblieben sind: Nach der Überwindung verschiedener – teils wissenschaftspolitischer, teils auch personeller – Probleme haben sich die Zentren insgesamt erfolgreich konsolidiert. Sie haben durch ihre Projekte, Veranstaltungen, Publikationen und das Gastwissenschaftlerprogramm an Attraktivität und Ausstrahlung gewonnen. Sie stellen tatsächlich ein Novum in der Beziehung zu den Universitäten dar. Das wechselweise Verhältnis wird beiderseits genutzt und begrüßt. Ihr eigenständiges Profil schwächt die Beziehungen nicht, sondern schafft neue Möglichkeiten; bei der Berufung der Leitungspositionen hat sich die Beziehung zu den Universitäten als ausgesprochen hilfreich erwiesen. Dabei waren die Schwierigkeiten in den Zentren unterschiedlich, auch der Status quo weist Unterschiede aus, die in den Jahresberichten der Institute nachgelesen werden können.

Existenz nicht gesichert

Nach der Gründungsphase, die die Max-Planck-Gesellschaft betreut hat, wurden die Projekte von der Deutschen Forschungsgemeinschaft begutachtet. Sie werden heute von der DFG und dem jeweiligen Sitzland finanziert. Gleichwohl ist der Zustand der Zentren noch keineswegs zufriedenstellend geklärt. Vor sechs Jahren, bei einem Kolloquium im Zentrum für Aufklärungsforschung in Pots-

dam, habe ich festgestellt: „Die Zentren werden insgesamt nur dann erfolgreich sein, wenn sie nicht zum ostdeutschen Sonderweg werden, sondern als Typus angenommen und zum Modell für entsprechende Entwicklung anderwärts werden können.“ Gemeint ist nicht die Proliferation von Zentren über das ganze Bundesgebiet, sondern die notwendige Akzeptanz des Modells auch unabhängig vom einigungsbedingten Anlass. Die Akzeptanz wird sich aber nur einstellen, wenn die Leistungsfähigkeit der Zentren, die Interessenheit ihrer Orientierung und die Überzeugungskraft ihrer Ergebnisse außer Frage stehen.



Manfred Bierwisch im Gespräch mit Jürgen Schlegel.

Heute kann man sagen, dass die Überzeugungskraft inzwischen belegbar ist. Die Zentren sind in unterschiedlicher Weise

”

Es besteht die Gefahr, dass die Geisteswissenschaftlichen Zentren als universitätsnahe, aber eigenständige Einrichtungen, als etwas, was als Novum aus dem Einigungsprozess hervorgegangen ist, doch zum Auslaufmodell werden könnten.

angesehene Adressen geworden. Die Etablierung ist gleichwohl offen. Ansätze zu Gründungen von zwei neuen Einrichtungen ähnlicher Art in den alten Bundesländern sind zurückgenommen worden zu Gunsten universitätsinterner Forschungskollegs, die in traditioneller Weise in der Verfügung der Fakultäten bleiben. Damit besteht die Gefahr, dass die

Zentren als universitätsnahe, aber eigenständige Einrichtungen, als etwas, das als Novum aus dem Einigungsprozess hervorgegangen ist, doch zum Auslaufmodell werden könnten.

Es scheint deshalb eine strenge, aber faire und ergebnisoffene Bewertung des Potenzials und des Profils aller sechs Zentren geboten zu sein. Ziel dabei ist eine belastbare Fixierung ihrer Perspektive. Die in der Gründungsempfehlung vorgesehene Evaluierung nach zehn Jahren über das Gesamtkonzept sollte für einen solchen Kassensturz ein geeigneter Anlass sein. Außerdem haben die Träger der Zentren die Verpflichtung, einen die Arbeitsfähigkeit garantierenden Förderungsmodus auf der Grundlage einer solchen Prüfung zu garantieren. Es darf nicht sein, dass durch falsche oder gar böswillige Orientierung am Ende die Geisteswissenschaften der Verlierer der Einheit sind – gerade da, wo etwas Innovatives aus dem Potenzial der Geisteswissenschaften der DDR hervorzugehen eine Chance hätte.

Prof. Dr. Manfred Bierwisch ist Linguist an der Humboldt Universität Berlin.



Diskussion mit dem Plenum

Reimar Lüst:

Die Max-Planck-Gesellschaft ist ja zunächst kritisiert worden, weil sie so zögerlich an die Gründung neuer Max-Planck-Institute herangegangen sei. Ich rechne es Hans Zacher hoch an, dass er diesem Druck widerstanden hat und dass nur solche Max-Planck-Institute gegründet worden sind, die den Prinzipien der Max-Planck-Gesellschaft entsprechen.

Und ich muss Ihnen widersprechen, Herr Reich. Die Anzahl der Max-Planck-Institute in den neuen Bundesländern entspricht der Anzahl in Westdeutschland – wenn man von Mecklenburg einmal abieht, aber immerhin ist dort das Plasma-Institut gelandet. Soweit ich weiß, sind die Ausgaben pro Kopf der Bevölkerung für die universitätsfernen Institute in Ostdeutschland die gleichen wie in Westdeutschland.

Hans Zacher:

Die Max-Planck-Gesellschaft hat seit 1991 Neugründungen nur in den neuen Bundesländern vorgenommen. Die einzige Westgründung war eine Projektgruppe für Recht der Gemeinschaftsgüter in Bonn vor zwei Jahren. Aber 18 Institute wurden in der Zeit von 1991 bis 1997 in den neuen Bundesländern gegründet. Im Westen gab es in dieser Zeit keine Neugründungen.

Gotthilf Hempel:

Die Umweltwissenschaften waren ein absoluter Sonderfall. Zu ihnen gab es ein fächer- und institutsübergreifendes Gutachten des Wissenschaftsrates, das universitäre und außeruniversitäre For-



Reimar Lüst (rechts) im Gespräch mit Konrad Adam.

schung zusammenfasste. Der Grund war: Offiziell gab es in der DDR keine Umweltwissenschaften, aber es gab viele Aktivitäten und einen großen Enthusiasmus. Damit war ein einmaliger Gestaltungsspielraum gegeben, und dieser wurde, dem Wissenschaftsrat folgend, von Bund und Ländern gut ausgefüllt. Es entstanden kleinere Institute und eine Großforschungseinrichtung.

Die Vernetzung zwischen den Instituten und den Universitäten ist relativ gut gelungen. Für die Umweltwissenschaften wurde tatsächlich eine blühende Landschaft geschaffen. In den folgenden Jahren konnten wir beobachten, dass die Landschaft stellenweise besser blühte als in Westdeutschland. Nach der Begutachtung der Umweltwissenschaften in der DDR gab es eine Begutachtung der westdeutschen Umweltwissenschaften, aber mit weit weniger Gestaltungsspielraum.

>>>

”

Ein besonderes Erlebnis bei der Evaluation in Ost- und später in Westdeutschland war für mich die Mitwirkung der ostdeutschen Gutachter. Ich preise deren große Geduld und Fairness. Ohne ihre Bereitschaft, uns vieles zu erklären, wären wir weit weniger erfolgreich gewesen. Bei der späteren Evaluation in Westdeutschland mussten unsere ostdeutschen Kollegen sehen, wie unsere Empfehlungen dort zu weit weniger drastischen Schnitten führten, als sie es an ihren eigenen Instituten in Ostdeutschland erlebt hatten. Diesen Kollegen und Kolleginnen gebührt unser ganz besonderer Respekt und Dank.

Konrad Jarausch:

Ich möchte Herrn Krull und Herrn Bierwisch für ihre Worte über die Geisteswissenschaften danken, denn sie sind in diesem Gremium etwas unterrepräsentiert. Als Amerikaner und Direktor von einem dieser Geisteswissenschaftlichen Zentren möchte ich betonen, dass unserer Erfahrung nach die Internationalität, die Innovation und Interdisziplinarität in diesen Einrichtungen in ganz erstaunlichem Maße gelungen sind. Sie sind auch ein Labor der Einheit wegen ihrer personellen Zusammensetzung aus Ost und West. Nun sind sie aber – wie Herr Bierwisch ausgeführt hat – ein Stück „unfinished business“, denn sie sind als Experiment auf Zeit konzipiert worden. Es besteht eine eklatante Ungleichheit zwischen der Behandlung der Naturwissenschaften und der Geisteswissenschaften in diesem Punkt. Ich denke, der Wissenschaftsrat ist in der Pflicht, sich diese Institute noch einmal anzusehen, damit sie nicht den Weg des Wissenschaftlerintegrationsprogramms gehen.

Winfried Eberhardt:

Ich bin der Leiter des Geisteswissenschaftlichen Zentrums in Leipzig, das sich mit der Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas befasst. In der Tat droht den Zentren das Schicksal des Wissenschaftlerintegrationsprogramms. Herr Bierwisch, Sie haben deutlich gemacht, dass der Typus der Zentren entscheidend ist und Akzeptanz finden soll. Ich kann das aus meiner Sicht nur bestätigen, denn die Zentren sind als Typus sehr erfolgreich. Sie sind positive Ergebnisse der Transformation.

Das Leipziger Zentrum und auch die anderen Zentren haben mit der personellen Durchmischung seit der Betreuung durch die Max-Planck-Gesellschaft Erfolg gehabt. Wir haben in Leipzig immer noch etwa acht Akademieforscher, aber inzwischen auch Nachwuchs aus den ostdeutschen Ländern. Der zweite gelungene Punkt ist die Drittmittelinwerbung unter Wettbewerbsbedingungen. Auch der Aufbau von Projekten, die eine bestimmte Struktur haben sollen, nämlich komparatistisch und multidisziplinär, ist gelungen.

Inzwischen sind in Leipzig 56 Mitarbeiter tätig, davon 46 Wissenschaftler in komplexen Gruppenprojekten. Diese Projekte sind die inhaltliche Bedingung des Erfolgs, über die Struktur hinaus gesehen. Das Renommee des Leipziger Zentrums ist im In- und Ausland, und zwar nicht nur in Ostmitteleuropa, sondern ebenso in Großbritannien und den USA entscheidend gewachsen.

Hans Joachim Meyer:

Ich habe die herzliche Bitte, dieses Symposium dazu zu benutzen, eine Legende zu beerdigen: Es hat in der Zeit der DDR keine wesentliche Übertragung von Forschungseinrichtungen aus den Universitäten in die Akademien gegeben! Ich kenne dieses be-

liebte Argument, aber es ist gleichwohl nicht wahr. Die Zahl der Einrichtungen, die im Zusammenhang mit der so genannten Akademie- und Hochschulreform von 1968 tatsächlich übertraten, zu zählen, dafür brauchen wir nicht einmal die Finger einer Hand. In Analysen wird klar gezeigt, dass es keine wesentlichen Unterschiede in den Proportionen zwischen universitärer und außeruniversitärer Forschung zwischen der alten Bundesrepublik und der DDR gibt. Selbst in einem Gebiet wie der Physik, wo die Akademie der Wissenschaften der DDR Traditionen der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft weiterführen konnte, spielte die universitäre Forschung immer noch eine wichtigere Rolle als die außeruniversitäre.



Winfried Eberhardt: Die Geisteswissenschaftlichen Zentren sind ein positives Ergebnis der Transformation.





Ost und West in einem Land: Berlin

Erich Thies
Ziele verwirklicht

EINFÜHRUNG

Seite **68**

Manfred Erhardt
Gemeinsame Strukturen finden

DER „MASTERPLAN“ ZU BEGINN DER 90ER JAHRE

Seite **70**

Richard Schröder
Konkurrieren und sich ergänzen

DREI UNIVERSITÄTEN IN EINER STADT

Seite **74**

Hans Meyer
Verschiedene Verletzungen

DIE HUMBOLDT-UNIVERSITÄT: ELITE UND MASSE?

Seite **78**

Dieter Markusch
Chancen genutzt

DER AUFBAU EINER FACHHOCHSCHULE IN OST-BERLIN

Seite **82**

Uwe Schlicht
Wettbewerb statt Demontage

WENN ICH EINEN WUNSCH FREI HÄTTE ...

Seite **85**

Diskussion mit dem Plenum

Seite **90**

Erich Thies

Ziele verwirklicht

EINFÜHRUNG

Bei laufendem Betrieb mussten die Berliner Hochschulen in den beiden so verschiedenen Teilen der Stadt neu geordnet werden. Die Aufgabe des Wissenschaftsrates war nach Auffassung des damaligen Staatssekretärs beim Berliner Wissenschaftssenates schwierig, doch eine Alternative gab es nicht.

Berlin ist der Ort, an dem mit der Wiedervereinigung Ost und West unmittelbar in einem Land zusammenzubringen waren. Es ist zudem ein Ort von außerordentlicher Symbolkraft für beide Seiten. Berlin West war hoch subventioniert, jung gehalten durch viele Studierende zur Stärkung der Lebenskraft einer Insel, mit der Freien Universität als Symbol freiheitlicher Forschung und Lehre. Berlin Ost war als Hauptstadt der DDR ein Ort der politischen Außendarstellung eines zentralistischen Staates, mit der Humboldt-Universität als Staatsuniversität und einer Akademie der Wissenschaften nach sowjetischem Vorbild. Die Symbolwirkung blieb bis heute erhalten.

Die Aufgabe des Staates bestand nun darin, die Hochschul- und Forschungseinrichtungen im Ostteil Berlins bei laufendem Betrieb zu evaluieren, finanziell abzusichern und verwaltungsmäßig nach den Regeln der Bundesrepublik Deutschland zu ordnen. Eine Alternative hierzu gab es nicht. Oder hätten Sie gewollt, dass die Freie Universität in die Humboldt-Universität eingeht, das heißt die Humboldt-Universität abgewickelt wird? Hätten Sie gewollt, dass die Humboldt-Universität

keine Naturwissenschaften bekommt, sondern statt dessen die Naturwissenschaften der Technischen Universität einspringen? Hätten Sie gewollt, dass bei den Neuordnungsmaßnahmen von Anfang an ein rigider Sparkurs eingehalten wird, der dann dazu führt, die Übergangsprobleme überhaupt nicht mehr lösen zu können? Immerhin hat der Hochschulbereich in Berlin strukturell eine Milliarde Mark in zehn Jahren eingespart.

Ohne die Mitarbeit der vielen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler des Wissenschaftsrates, der Hochschulstrukturkommission und anderer aus den alten Bundesländern wäre es nicht gegangen. In wenigen Jahren wurden Hunderte von Berufungen ordnungsgemäß durchgeführt. Es gab keine Überleitungen. Die Qualität der Humboldt-Universität und anderer Hochschulen im Ostteil der Stadt zeigt, dass das Verfahren richtig war. Die Forschungseinrichtungen aus der ehemaligen Akademie der Wissenschaften entwickelten sich, wie man heute sieht, mit großem Erfolg – zum Beispiel Adlershof und Buch.

Eine Alternative zum massiven Abbau von Personal gab es nicht. Maßgeblich waren die zur Verfügung stehenden Stellen,

und die waren damals jedenfalls noch gut bemessen. Etwa 4.500 unbefristet beschäftigte Mitarbeiter der Humboldt-Universität und etwa 12.000 Mitarbeiter der ehemaligen Akademie der Wissenschaften wurden nicht übernommen. Wäre dies damals nicht so entschieden worden, gäbe es in der Humboldt-Universität und den Forschungseinrichtungen heute ausschließlich unbefristet Beschäftigte.

Die Berufungskommissionen haben bei den Professoren nach Qualität entschieden. Von politischen Belastungen erfuhr die Ehrenkommission der Humboldt-Universität durch die Unterlagen der Gauck-Behörde. Die Akten des Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesen der DDR sowie die Akten der Kreisparteileitung der Humboldt-Universität führten zu Entlastungen beziehungsweise zu Nicht-Berufungen.

Bei diesen Entscheidungen hat es auch Fehlentscheidungen gegeben, die zu verantworten sind. Aber zu dem Verfahren insgesamt gab es keine Alternative. Alle Beteiligten wissen, wie schwierig es war, die abstrakte Idee einer leistungsfähigen und auch personell flexiblen Universität gegen die vielen unmittelbar Betroffenen durchsetzen zu müssen.

Ein kurzer Rückblick: Als ich Herrn Erhardt das erste Mal als Wissenschaftssenator in Berlin erlebte, gab es gerade heftige Abwehr – und zwar quer durch alle Parteien – gegen den baden-württembergischen Anspruch auf Eliteleistung und Wettbewerb. Das sind heute Kategorien, die von allen Ländern klaglos im Munde geführt werden. Es war Erhardts Ziel, nicht nur die Humboldt-Universität zu einer Spitzenuniversität zu machen, sondern auch die Freie Universität, die Technische Universität, die Hochschule der Künste und die Fachhochschulen im Westteil der Stadt in Bewegung zu setzen durch einen bewussten Wettbewerb mit der Humboldt-Universität, der Fachhoch-

schule für Technik und Wirtschaft und den drei Hochschulen für Kunst, Musik und Schauspielkunst im Osten der Stadt. Auch dieses Ziel hat sich partiell verwirklichen lassen. Die Westberliner Szene ist jedenfalls nicht die selbe geblieben.



Erich Thies: Berliner Szene hat Symbolwirkung.

Ich möchte auch auf die außerordentliche Leistung der Berliner Senatsverwaltung für Wissenschaft und Forschung hinweisen. Berlin hatte einen nicht unerheblichen Zeitvorsprung, weil hier eine kompetente, wenn auch später viel gescholtene und gebeutelte Verwaltung zur Verfügung stand, die unmittelbar die Verantwortung für die Einrichtungen im Ostteil der Stadt übernehmen konnte. In den neuen Bundesländern musste diese erst mühsam aufgebaut werden.

Die zweite Wahlperiode ab 1996 war dann bereits durch massive Einschnitte im Hochschulbereich und auch ein gewisses Desinteresse an Wissenschaft und Forschung gekennzeichnet. Man fing an, Wissenschaft und Forschung und Kultur zusammenzunehmen – bei einer unüberwindlichen Dominanz der Kultur in Berlin. Diese Einschnitte konnten auch durch die mit den Hochschulverträgen verbundene Planungssicherheit, die Berlin als erstes Bundesland eingeführt hat, nur zum kleinen Teil relativiert werden.

Prof. Dr. Erich Thies ist Generalsekretär der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder.

Manfred Erhardt

Gemeinsame Strukturen finden

DER „MASTERPLAN“ ZU BEGINN DER 90ER JAHRE

Die Hindernisse, die sich der Zusammenführung der unterschiedlichen Hochschul- und Forschungssysteme in Berlin-Ost und -West entgegenstellten, hat der frühere Wissenschaftssenator in Berlin (1991-1996) selbst nur zu deutlich zu spüren bekommen. Den Rang Berlins als Wissenschaftsmetropole sieht er dennoch bestätigt.

Mit der deutschen Einigung stand Berlin vor der Mammutaufgabe, zwei – in Ost wie in West – opulent ausgebaute, aber nach Struktur, Organisation und in inhaltlicher Beschaffenheit durchaus unterschiedliche Wissenschaftssysteme zu gleicher Qualität zusammenzuführen. Vereinheitlichung der Texturen, hohe Qualität und Leistungsfähigkeit, Wettbewerb und Kooperation, Profilierung durch Schwerpunktbildung und nicht zuletzt Wirtschaftlichkeit wurden als Leitziele ausgerufen.

Diese Leitziele sind von den Repräsentanten und den Gruppenvertretern beider Hochschulsysteme als bedrohlich empfunden und deshalb überwiegend mit offenem oder hinhaltendem Widerstand aufgenommen worden. Eine ganz normale Massenuniversität wolle die Humboldt-Universität werden, hat mir der damalige Rektor der Humboldt-Universität als Zielsetzung gesagt, wohl im Blick auf den Er-

halt der überbordenden personellen Besetzung. Und der damalige Präsident der Freien Universität nahm meine – sicher wenig diplomatische – Äußerung, die Humboldt-Universität müsse so gut werden, dass auch der schwere Tanker Freie Universität sich endlich zu bewegen beginne, als Beweis dafür, dass ich den Osten nicht nur ideell, sondern auch finanziell bevorzuge.

Verhinderungsstärke der Berliner Universitäten und Einigungs- und Durchsetzungsschwäche der Berliner Politik ließen es deshalb geraten erscheinen, die strukturelle, fachliche und personelle Erneuerung ausschließlich mit den Instrumenten auf den Weg zu bringen, die der Wissenschaftsrat empfohlen hatte und die sich dann auch als außerordentlich tauglich und nützlich erweisen sollten. Die Berufung auf den Wissenschaftsrat

Die Berufung auf den Wissenschaftsrat wurde so sehr zum Bindemittel der divergierenden Interessen, dass man dem Wissenschaftssenator vorwarf, in Berlin hätten die Empfehlungen des Wissenschaftsrates Gesetzeskraft.



Manfred Erhardt: Kein Weg ohne Wissenschaftsrat.

und seine Empfehlungen wurden so sehr zum Bindemittel der zentrifugalen Kräfte und der divergierenden Interessen, dass man dem Wissenschaftssenator vorwarf, in Berlin hätten die Empfehlungen des Wissenschaftsrates Gesetzeskraft. Jedenfalls wäre ohne den Wissenschaftsrat ein gangbarer und schließlich auch angenommener Weg nicht gefunden worden.

Für den Bereich der Hochschulen wurde schon im Frühjahr 1991 eine hochrangig besetzte Landeshochschulstrukturkommission eingerichtet. Dass die Empfehlungen dieser Kommission nicht aufgenommen werden konnten, lag nicht an der Qualität der Empfehlungen, sondern daran, dass die Vorsitzenden der Struktur- und Berufungskommission der Humboldt-Universität sehr rasch arbeiten mussten. Der österreichische Schriftsteller Robert Menasse hat einmal gesagt: „Geduld ist eine schlechte Eigenschaft, denn Vernunft verdirbt mit der Zeit, und deshalb muss man schnell handeln.“ Wie die Struktur- und Berufungskommissionen vorgegangen sind, war sicher richtig, doch es hat dazu geführt, dass die Empfehlungen der Landeshochschulstrukturkommission – die ja zu Schwerpunktbildungen und zu Profilierungen des Gesamtsystems führen sollten und damit Einschnitte nach

Stärke- und Schwächeanalysen in allen drei Universitäten zur Folge gehabt hätten – irgendwie obsolet geworden sind.

Wir haben dann versucht, in einem 1993 ins Abgeordnetenhaus eingebrachten Landeshochschulstrukturplan diese Empfehlungen aufzugreifen. Sie sind mit knapper Not durch das Abgeordnetenhaus gegangen, sind aber damals auf den erbitterten Widerstand aller drei Universitäten gestoßen. Wenn ich etwas beklagen möchte – und dies nicht nur im Rückblick, sondern auch im Vorblick auf das, was auf Berlin zukommt –, dann ist es die Unfähigkeit der drei Berliner Universitäten, nicht nur im Protest zusammenzustehen, sondern gemeinsam strukturelle Lösungen zu finden und qualitätsorientierte Entscheidungen zu treffen.

Keine einzige Überleitung

Wir haben damals im Gegensatz zum Verfahren in anderen neuen Bundesländern keine einzige Überleitung bei Professoren vorgenommen – auch das war eine Zumutung für den Osten dieser Stadt –, sondern wir haben alle vorhandenen Professoren auf die Ist-Stellenpläne gesetzt, einen Soll-Stellenplan definiert und diese Soll-Stellen sämtlich ausgeschrieben. Sie sind dann über die Struktur- und Berufungskommissionen besetzt worden.

Die beiden einzigen Vergünstigungen, die wir konzipiert haben, waren folgende: Das Hausberufungsverbot wird zeitweilig ausgesetzt, und: Die Struktur- und Berufungskommissionen haben jeden auch daraufhin zu bewerten, ob es systembedingte Defizite gegeben hat. Gemeint waren Defizite, die aus nicht vorhandenen Einrichtungen oder aus nicht vorhandener Literatur resultierten oder aus der Unmöglichkeit, in der International Scientific Community mitzureden. In diesem Fall wurde bei einer positiven Prognose – näm-

lich wenn dieses Defizit innerhalb von drei bis fünf Jahren abgebaut werden konnte – der Betreffende so behandelt, als ob es bereits abgebaut worden sei.

Auf diese Weise sind sämtliche Professorenstellen besetzt worden. Das Verfahren hat meiner Meinung nach dazu geführt, dass all diejenigen, die aus der Humboldt-Universität zu HRG-Professoren berufen worden sind, mit Selbstbewusstsein sagen konnten: Wir haben uns demselben Verfahren unterzogen, unter

dem auch die anderen an die Universität gekommen sind. Es gab keine zwei Klassen oder das Stigma des bloß Übergeleiteten.

Das jetzige kollegiale Miteinander in der Humboldt-Universität führe ich zu einem großen Teil auf dieses Verfahren zurück.

Auch die wissenschaftlichen Mitarbeiter wurden von den Struktur- und Berufungskommissionen im Hinblick auf die Zweckbestimmung von Soll-Stellen evaluiert, und zwar hinsichtlich der Eignung, aber auch der persönlichen Integrität.

Die Neustrukturierung war von einem ganz erheblichen Personalabbau begleitet: Erreichen der Altersgrenze, freiwilliges Ausscheiden, Abschluss von Auflösungsverträgen oder Kündigung. Insgesamt – und dort stecken die persönlichen Schicksale – sind an der Humboldt-Universität 3.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ausgeschieden, an der Charité weitere 1.500. Es ging darum, Strukturentscheidungen zu treffen, die dauerhaft finanzierbar sind.

Die Zahl der Studienplätze in Berlin sollte bis zum Jahr 2003 um 15.000 auf 100.000 abgebaut werden. Heute kämpfen die Hochschulen bekanntlich um die Zielzahl 85.000. Der Anteil der Fachhochschul-Studienplätze wurde damals –

teilweise zu Lasten der Universitäts-Studienplätze – von ehemals 16,4 Prozent auf 30 Prozent erhöht. Die ehemaligen Ingenieurhochschulen in Lichtenberg und Wartenberg sowie die Hochschule für Ökonomie, ehemals für Planökonomie, wurden aufgehoben und, soweit möglich, in die neue Fachhochschule für Technik und Wirtschaft eingebracht.

Außerdem haben wir im Osten der Stadt nach baden-württembergischem Vorbild eine Berufsakademie eingerichtet. Die Zahl ihrer Studienplätze musste allerdings aufgrund der Berliner Finanzsituation sehr beschränkt werden. Die Wirtschaft Berlins, die bekanntlich nicht sehr stark ist, hätte viel mehr betriebliche Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt, als der Staat auf der anderen Seite Studienplätze vorhalten konnte.

Trotz dreier Senatsbeschlüsse, alle drei Universitätskliniken fortzuführen, wurden 1997 Charité und Virchow-Klinikum zusammengeführt. Die Initiative ging vom Virchow-Klinikum aus. Die drei Künstlerischen Hochschulen im Osten der Stadt konnten als jeweils selbstständige kleine Einheiten überleben. Sie haben sich, mit je eigener Qualität, nicht nur in Deutschland, sondern auch international eine Position geschaffen, die es angeraten erscheinen lässt, ihre Selbstständigkeit auch weiter zu erhalten.

Zahlreiche Studiengänge wurden entweder an einem Ort zusammengeführt oder verlagert oder ganz eingestellt. Von 1992 bis 1994 hat der Hochschulbereich Einsparungen gegenüber 1991 in Höhe von 277 Millionen Mark erbracht. Gleichzeitig wurden uns Mehrausgaben in Höhe von 279 Millionen Mark bewilligt, das heißt, es ist – jedenfalls in meiner Amtszeit – fast in einem Patt ausgegangen.

Die nach dem Hochschulstrukturplan fälligen Entscheidungen sollten zügig umgesetzt werden und ab dem Jahre 2003 zu

”

Die Zahl der Studienplätze in Berlin sollte bis zum Jahr 2003 um 15.000 auf 100.000 abgebaut werden. Heute kämpfen die Hochschulen bekanntlich um die Zielzahl 85.000.

Einsparungen von insgesamt 137 Millionen Mark führen. Selige Zeiten, brüchige Welt, kann man da nur wieder mit Robert Menasse sagen. Ich verstehe heute um so weniger, warum es damals nicht möglich war, dass drei Universitätspräsidenten und ein Senator gemeinsam der Berliner Politik einen Strukturplan hätten präsentieren können. Denn die Berliner Politik ist ja um so schwächer, je stärker die drei Universitäten zusammenstehen, und zwar im Blick auf eine gemeinsame Wissenschaftsstruktur in dieser Stadt, die Brandenburg nicht ausklammert und den Blick auf das Ganze richtet.

Forschung in Berlin-Ost etabliert

In der DDR waren 54 Prozent der Forschungspotenziale der Akademie der Wissenschaften in Berlin-Ost konzentriert. Der Wissenschaftsrat hat damals das Ziel verfolgt, diese Wissenschaftspotenziale stärker zu dislozieren, das heißt, dafür zu sorgen, dass Benachteiligungen in den neuen Bundesländern ausgeglichen wurden. Ich weiß noch, wie der damalige Bundesforschungsminister Paul Krüger zu mir kam und sagte: „Jetzt muss Berlin abgeben, nach Mecklenburg-Vorpommern!“ Ich habe ihm geantwortet – und da kann ich nur ins Schwäbische verfallen: „Mir gebet nix!“

Der Wissenschaftsrat hat damals die AdW-Institute evaluiert, und 37 Prozent der positiv evaluierten Potenziale blieben in Berlin. Im Ostteil der Stadt wurden neu errichtet: das Max-Delbrück-Centrum für Molekulare Medizin als HGF-Einrichtung sowie eine Außenstelle eines schon bestehenden HGF-Zentrums; acht WGL-Institute und drei Außenstellen; ein neues Max-Planck-Institut im Osten der Stadt – übrigens zwei neue Max-Planck-Institute dann auch im Westen Berlins – und drei Außenstellen von Max-Planck-Instituten; zwei Institute der Fraunhofer-Gemein-

schaft und vier Außenstellen von FHI-Instituten; sechs geisteswissenschaftliche Zentren, von denen vier dauerhaft in Berlin bleiben sollten, und das Institut für Angewandte Chemie, das jetzt endlich der FHG zugeschlagen werden soll.

Ferner wurde die Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften neu konstituiert, und von besonderer Bedeutung war auch, dass es gelungen ist, die Forschungs- und Technologie-Parks in Berlin-Adlershof und in Berlin-Buch zu einem Schwerpunkt der Stadtpolitik zu machen. Wir haben ferner 13 Forschungsverbände eingerichtet, um die bis dato nicht vorhandene Vernetzung der Forschungspotenziale voranzubringen.

Die 37 Prozent der positiv evaluierten Potenziale der ehemaligen AdW beweisen eindrücklich den Rang Berlins als Wissenschaftsmetropole. Dieser Rang wird – so meine ich – jetzt leider wieder aufs Spiel gesetzt. Das ist unverständlich, denn in Berlin wird ein Drittel der Gelder für die außeruniversitären Forschungsinstitute eingesetzt, und zwei Drittel der notwendigen Mittel werden vom Bund und den Ländern refinanziert.

Im Blick auf die Zukunft hoffe ich, dass es gelingt, nicht nur im Protest zusammenzustehen, sondern – nach einer Stärke-Schwäche-Analyse – gemeinsam Strukturen zu finden, die qualitätsorientiert und dauerhaft finanzierbar sind. Ohne die Hilfe des Wissenschaftsrates wird es auch diesmal nicht gehen, weil der Berliner Politik die Kategorie „Wissenschaft“ fehlt und die Einschätzung nach wissenschaftlicher Qualität nicht unbedingt systemleitend ist.

Die positiv evaluierten Potenziale der ehemaligen Akademie der Wissenschaften beweisen eindrücklich den Rang Berlins als Wissenschaftsmetropole.

Prof. Dr. Manfred Erhardt ist Generalsekretär des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft.

Richard Schröder

Konkurrieren und sich ergänzen

DREI UNIVERSITÄTEN IN EINER STADT

Das Nebeneinander der Universitäten in Berlin ist ein deutscher Sonderfall. So jedenfalls schildert es der frühere Vizepräsident der Humboldt-Universität und empfiehlt zum Erhalt der Hochschulen mehr Profilbildung und Effizienz.

Im internationalen Vergleich sind drei Universitäten in einer Stadt nichts übermäßig Auffälliges. Dass Berlin trotzdem ein deutscher Sonderfall ist, liegt daran, dass in Deutschland Universitäten staatliche Institutionen sind. Und bei der staatlichen Planung gibt es für höchstens zwei Universitäten in einer Stadt einen plausiblen Grund: nämlich das Nebeneinander der traditionellen und der technischen Universität, die sich erst nach und nach den Rang einer Universität verschaffen musste.

Hochschulen nach Regionalprinzip

Nach dieser Logik ist als dritte Hochschule oder Universität in einer Stadt dann höchstens noch eine Hochschule der Künste denkbar. Denn der Staat hat kein Interesse an Dubletten. Seit die Kleinstaaterei in Deutschland etabliert ist, hat jeder deutsche Staat – wenn er groß genug war – eine Landesuniversität gegründet. Und wenn er groß genug war, dann war auch für jede seiner Provinzen eine Universität vorgesehen.

In Deutschland werden Universitätsgründungen seit alters her nach dem Regionalprinzip und nicht nach dem Konkurrenzprinzip vollzogen. Als die Berliner Universität gegründet wurde, wurde die Viadrina in Frankfurt (Oder) prompt geschlossen. Dafür wurde aber in Breslau – für Schlesien – eine Universität gegründet. Die war hinreichend weit weg von der Friedrich-Wilhelms-Universität in Berlin, um nicht Dublette zu sein.

Wo es dagegen neben staatlichen auch private Universitäten gibt, sind Konkurrenz und Wettbewerb selbstverständlich. Sie müssen sich durch den Erfolg rechtfertigen. Der Berliner Sonderfall ist also weder die Technische Universität noch die Hochschule der Künste, sondern das Nebeneinander von Humboldt-Universität und Freier Universität. Und hier ist auch noch die Potsdamer Universität zu nennen, die von der Freien Universität nicht viel weiter entfernt ist als die Humboldt-Universität – drei Universitäten zwar nicht

In Deutschland werden Universitätsgründungen seit alters her nach dem Regionalprinzip und nicht nach dem Konkurrenzprinzip vollzogen.

in einer Stadt, aber in einer Stadtlandschaft.

Entstanden ist diese deutsche Singularität sozusagen aus Versehen, durch sukzessive Anwendung des Regionalprinzips. Als Berlin geteilt wurde und die sowjetische Besatzungsmacht die Berliner Universität ideologisch in den Griff nahm, kam es zu einem Exodus in die Westsektoren, so wie seinerzeit Prager Universitätsmitglieder unter Protest nach Leipzig ausgezogen sind und dort eine neue Universität gegründet haben.

Die neu gegründete Berliner Universität trug den Namen Freie Universität zu Recht. In den 60er Jahren aber hat sie ihr Profil verändert. Sie wurde die Hochburg der studentischen Proteste, ein hochschulpolitisches Experimentierfeld, über dessen Resultate man ungeniert verschiedener Meinung sein darf. West-Berlin lag eben auch hinter der Mauer und wurde ein Spezialmilieu oder Biotop, geliebt von studentischen Exoten.

Die heftigen Auseinandersetzungen, die an der Freien Universität damals tobten, hatten nun eine merkwürdige Auswirkung auf die Technische Universität. Wahrscheinlich sind angehende Ingenieure schwerer für Mao oder Che Guevara zu begeistern – wie dem auch sei, es kam jedenfalls wieder zu einem kleinen Exodus. Die Technische Universität baute immer stärker aus in Fächern, die man in einer Technischen Universität zunächst nicht erwarten würde: Lehrerausbildung, Jura, die Philologien und anderes mehr, das bis dahin nur technikbezogen oder im Studium generale üblich war. Die TU wurde gewissermaßen die konservative Universität Berlins.

Und schließlich: Die West-Berliner Universitäten hatten eine Kuratorial-Verfassung, was vorzüglich wäre, wenn sie eine gewisse Distanz zu Verwaltung und Politik schaffen würde. Dem war aber da-

durch vorgebeugt, dass die 22 Mitglieder, darunter drei Senatoren und viele Abgeordnete, bei den übrigens öffentlichen Kuratoriumssitzungen nur die Redeschlachten fortsetzten, an die sie anderswo schon gewöhnt waren.

Humboldt-Universität hat Renommee

Mit dem Fall der Mauer und der Vereinigung von West- und Ost-Berlin hatte Berlin also drei Universitäten. Die dritte, die alte Berliner Universität war die Universität der Hauptstadt der DDR, ebenfalls hoch subventioniert, hochgradig ideologisiert – allerdings je nach Fach verschiedenen Grades –, und nach dem Prinzip des sozialistischen Leiters der Kommandowirtschaft zentralisiert.

Bei den Demonstrationen des Herbstes 1989 waren von ihren Studenten nur wenige zu sehen. Sie demonstrierten erst, als sie aus Anlass der Währungsunion Sorge hatten, dass ihr Stipendium in Zukunft nicht reicht. Im Dezember 1990 demonstrierten sie noch einmal, nämlich dafür, bei ihren bisherigen Professoren auch das Examen ablegen zu können. Obwohl schwer zu sagen war, was sie mit einem Examen in planwirtschaftlicher sozialistischer Ökonomie anfangen wollten, wenn die Planwirtschaft verschwunden war.

Im Jahre 1990 wollte sich die Humboldt-Universität fast ein Jahr lang selbst erneuern. Praktiziert wurde so etwas wie ein inneruniversitärer Personal-Verschiebebahnhof. Doch diese Art der Selbsterneuerung ist gründlich gescheitert. Erst als die Berliner Verwaltung das gesamte Lehrpersonal evaluiert und – durch gemischt zusammengesetzte Struktur- und Beru-

Die heftigen Auseinandersetzungen, die an der Freien Universität damals tobten, hatten eine merkwürdige Auswirkung auf die Technische Universität. Sie baute immer stärker aus in Fächern, die man in einer Technischen Universität nicht erwarten würde.

funkskommissionen, halb Humboldtianer, halb Auswärtige – eine neue Struktur der Fakultäten geschaffen hatte, ging es voran. Das ist hier bereits geschildert worden.

Ich will nur noch nachtragen: Im Ergebnis sind etwa ein Drittel Ostdeutsche und zwei Drittel Westdeutsche berufen worden. In den anderen Universitäten der ehemaligen DDR ist das Verhältnis umgekehrt. Die bis dahin weitgehend unbefristeten Mittelbaustellen wurden befristet, um Qualifikationsstellen zu schaffen. Wo das in den neuen Bundesländern versäumt worden ist, leidet man noch heute darunter.

Die Humboldt-Universität hat durch diese Erneuerung sowie durch ihren Standort und den alten guten Ruf der Friedrich-Wilhelms-Universität in den vergangenen zehn Jahren an Renommee gewonnen. Natürlich gab es zunächst an der Freien Universität Klagen, die Humboldt-Universität werde bevorzugt, obwohl sie eigentlich nur die Abwicklung verdient habe. Inzwischen haben sich diese Wogen erheblich geglättet, können allerdings wieder heftiger werden, je nachdem, wie in Zukunft die Auseinandersetzungen um das Hochschulsystem in Berlin weitergehen werden. Das Nebeneinander zweier Volluniversitäten in einer Stadt ist für Deutschland jedenfalls ein neues Problem.

Nicht alles wegkürzen

Inzwischen ist einiges geschehen. Mit der Einführung neuartiger Kuratorien ist die Chance verbunden, dass jede Universität stärker ihr eigenes Profil erarbeitet. Die Hochschulverträge haben ein höheres Maß an Planungssicherheit und finanzieller Eigenverantwortung geschaffen. Allerdings wird dies alles enorm beeinträchtigt durch das Haushaltsdesaster Berlins. Die

neue Struktur der Humboldt-Universität war noch nicht etabliert, da wurde die Stellenplanung um ein Fünftel gekürzt. Noch stärker war die Freie Universität von Kürzungsaufgaben betroffen. Die FU und die TU haben etwa die Hälfte ihrer Professoren verloren.

Die personalbezogenen Studienplätze Berlins sind von 115.000 auf 85.000 gekürzt worden, und ob die Zahl zu halten ist, darüber wird jedes Jahr neu gestritten. Die Sonderbedingungen West-Berlins und die der Hauptstadt der DDR sind weggefallen. Das rechtfertigt auch, dass nicht einfach der Status quo von 1989 fortgeschrieben wird. Es sollte aber weiterhin so bleiben, dass die Berliner Universitäten deutschlandweit den höchsten Ausländeranteil haben – 12,3 Prozent gegenüber dem Bundesdurchschnitt von 8,7 Prozent –, und auch den höchsten Anteil von Studenten, die nicht Landeskinder sind – 47 Prozent gegenüber bundesweit 31 Prozent. Etwas Besseres als diese Mischung kann man für den Fortgang der deutschen Einheit gar nicht erfinden. Auch die relativ hohe Bereitschaft zu einem Studienaufenthalt im Ausland, namentlich bei Studenten aus dem Osten, ist hochofrendlich. Das ist weiterhin wünschenswert und darf wohl auch etwas kosten.

Der Wissenschaftsrat hat im Jahr 2000 eine Stellungnahme zur Strukturplanung der Hochschulen Berlins vorgelegt, der die Prinzipien Ergänzung und Konkurrenz verbinden möchte.

- Es soll bei drei Universitäten – also Freie Universität, Humboldt-Universität und Technische Universität – bleiben. In der Tat würde eine Reduzierung nur zu immobilem Gigantismus in einigen Bereichen führen.

Die Berliner Universitäten haben deutschlandweit den höchsten Ausländeranteil und auch den höchsten Anteil von Studenten, die nicht Landeskinder sind. Das sollte so bleiben und darf wohl auch etwas kosten.

- Die großen Fächer sollen an jeder Universität erhalten bleiben. Sie sollen miteinander konkurrieren, aber Spezialprofile in der Forschung entwickeln.
- Bei einigen kleinen Fächern soll eine Flurbereinigung stattfinden. Es soll genügen, wenn sie einmal in Berlin vertreten sind.
- Bei anderen kleinen Fächern sollen die Kooperation und die Abstimmung aufeinander zur Bildung interuniversitärer Institute oder Zentren führen. Ob das gelingt oder nicht, hängt von der Tendenz zur Besitzstandswahrung ab, die in Berlin allerdings stark ist.

Drei Universitäten in einer Stadt – das widerspricht dem deutschen Territorialprinzip. Ihre Existenzberechtigung müssen die Universitäten selbst beweisen. Die ideale Lösung wäre, dass sie nicht durch den Verordnungsweg, auch nicht durch

übergeordnete Gremien, sondern aus universitärem Eigeninteresse Exzellenz, Profil und Effektivität erreichen.

Prof. Dr. Richard Schröder lehrt Philosophie und Systematische Theologie an der Humboldt-Universität zu Berlin. Seit 1993 ist er Verfassungsrichter des Landes Brandenburg.



Richard Schröder: Die drei Universitäten in Berlin müssen ihre Existenzberechtigung selbst beweisen.

Hans Meyer

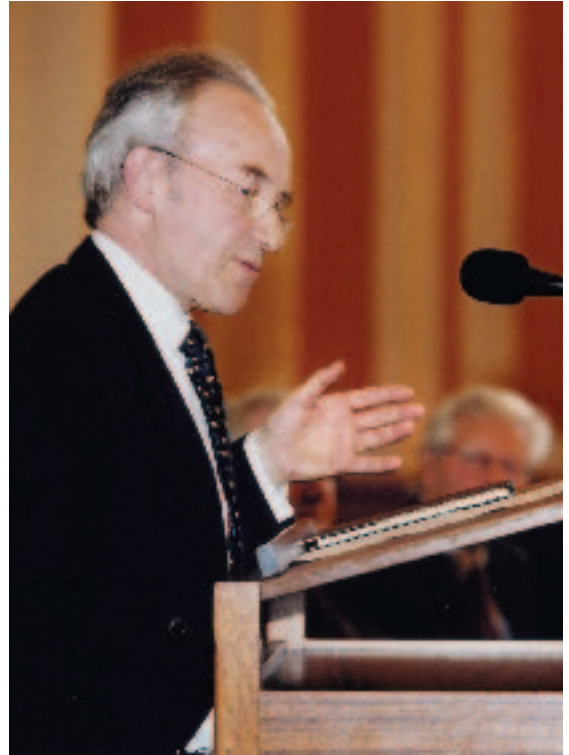
Verschiedene Verletzungen

DIE HUMBOLDT-UNIVERSITÄT: ELITE UND MASSE?

Die Umstrukturierung der Berliner Humboldt-Universität bedeutet nach Ansicht ihres früheren Präsidenten einen Wechsel in der Professorenschaft, der nicht immer gerecht verlief. Für die Ausbildung in den Massenfächern möchte der Juraprofessor die Politik in die Verantwortung nehmen.

Die Humboldt-Universität: Elite und Masse? Der Titel stammt nicht von mir. Gegen Elite habe ich nichts, vielmehr ist Wissenschaft von Haus aus elitär. Die diskriminierende Bezeichnung Masse für die übrigen – und gemeint sind wohl im Wesentlichen die Studierenden – sollten wir uns verkneifen. Es geht immerhin um 25 Prozent eines Jahrgangs, von dem wir nicht müde werden zu behaupten, ihre Hochschulausbildung sei zur Erhaltung unseres Lebensstandards notwendig.

Die „Folterinstrumente“ – von der Kapazitätsverordnung über die curricularen Normwerte bis zum zentralen Verteilungssystem – haben wir selbst geschaffen. Es liegt in der Hand der Politik zu sagen, welche Kapazität für eine sinnvolle Ausbildung vorhanden ist. Die Politik ist aber zu feige, zu erklären, dass sie die Kosten für diese Ausbildung nicht zu tragen gewillt ist. Die Universitäten – und das schließt die Humboldt-Universität mit ein – sind auch nicht willens, in den Massenfächern von der Vorstellung abzugehen,



Hans Meyer: Elitewechsel nicht ohne Meinungsverschiedenheiten.

dass ein selbst organisiertes Studium das Ideal sei. Freilich nicht unter den Bedingungen der Überfüllung und angesichts der Tatsache, dass die meisten ohne jegliche Vorbereitung darauf sich zur Universität aufgemacht haben.

An dieser Stelle möchte ich eine Vorstellung korrigieren, die vor allem von Juristen vorgebracht worden ist. Da es sich

“

Wir waren uns im Westen nicht einig darüber, wohin die Reform gehen sollte.

um einen Beitritt handelt habe – und nach dem Artikel 23 des Grundgesetzes eben jenes im Beitrittsgebiet in Geltung zu setzen gewesen sei –, habe die Sonderla-

ge im Wissenschaftsbereich nicht berücksichtigt werden können. In Wirklichkeit aber hätte alles unterhalb der Verfassung – zum Beispiel das HRG – und sogar die Verfassung selbst partiell von der Geltung ausgenommen werden können. Tatsächlich ist dies in einem wichtigen Teil, der Finanzverfassung, im Osten so gehandhabt worden.

Wenn man es gewollt hätte, hätte man es also machen können. Und warum hat man es nicht gewollt? Weil wir im Westen uns zwar alle einig waren über die Notwendigkeit der Reform im Wissenschaftsbereich, aber keineswegs einig darüber, wohin die Reform gehen sollte. Auf die Idee, dass man dem Osten die Freiheit geben könne, selbst zu überlegen, wie er das Universitätssystem gestalten wolle, ist im Westen niemand gekommen.

Noch ein Wort zur Masse. Ein wichtiges Kennzeichen ist, dass es sich um die einzige Mitgliedsgruppe der Universität handelt, die gegenüber der Universität keine Verpflichtungen hat. Vielleicht ist deshalb auch die Beteiligung bei den Wahlen so niedrig, wie wir es in keinem anderen System, das auf Mitbestimmung setzt, tolerieren würden. Aber hier tolerieren wir das. Masse verhindert Elitenbildung nicht.

Die Elite wird im Weichbild der Professuren herangebildet. Das funktioniert heute noch wie früher.

Kommen wir zur Elite. Von den Ost-Universitäten hatte es die Humboldt-Universität am leichtesten, professorales Personal von hoher Qualität aus dem Westen oder westlichen Ausland zu gewinnen. Der Name, die Tradition, die Lage im Herzen der Stadt, die Erwartungen, die sich an die neue Bundeshauptstadt knüpften, wirkten zusammen. Mindestens fünf Fächer an der Humboldt-Universität dürften heute zu den am besten besetzten in der Bundesrepublik Deutschland zählen.

Die juristische Struktur- und Berufungskommission hatte sich zur Schonung der anderen Ost-Universitäten schon bald darauf geeinigt, niemanden auf eine Liste zu setzen, der an einer anderen Ost-Universität an einem aussichtsreichen Platz stand, sehr zum Ärger mancher Bewerber. Und wir haben das durchgehalten.

Wen übernehmen, wen nicht?

Was geschah aber mit den Ost-Eliten? Die Lage in Berlin war in dieser Hinsicht besonders schwierig, und zwar weil West-Berlin ein innerlich verletzter Stadtteil war. Ich erinnere mich, wie ich in meiner Zeit als Vorsitzender der Berufungs- und Strukturkommission einen Antrittsbesuch beim Dekan der Juristischen Fakultät an der FU machte. Bei ihm waren vier Institutsdirektoren. Die erste Frage, die gestellt wurde, war: „Herr Meyer, wollen Sie an der Humboldt-Universität eine rote Kadenschmiede aufbauen?“ Das war so fern von meinen Vorstellungen und von allem, was wir in der Kommission gemacht hatten, dass diese Frage nur im Kopf eines Menschen auftauchen konnte, der verletzt war.

“
Wir standen bei der Frage, wen übernehmen wir und wen nicht, unter einer besonders starken Beobachtung.

Dieser Verletztheit und Aggressivität sind wir während der ganzen Zeit unserer Tätigkeit begegnet. Das ging bis zu Leserbriefen in den renommierten Tageszeitungen. Wir standen also bei der Frage, wen übernehmen wir und wen nicht, unter einer besonders starken Beobachtung. Die Ost-Kollegen mussten sich einer doppelten Überprüfung unterziehen – und ich habe es immer als ungerecht empfunden, dass man das im Westen nicht auch machte –, nämlich die Überprüfung zum einen auf ihre wissenschaftliche Qualität und zum anderen auf ihre persönliche Integrität.

Doppelte Überprüfung

Nun war gerade im juristischen Bereich – und es geht nur um diesen, wenn ich aus meiner Tätigkeit als Vorsitzender der Struktur- und Berufungskommission heraus spreche – die Lage desolat. Und zwar nicht, weil die Leute so schlecht waren, sondern weil es unüblich war, etwas zu produzieren. Produzieren konnte man nur, wenn man den Segen vom Zentralkomitee hatte, meist nicht allein, sondern immer nur im Verbund mit anderen. Was konnte einen also reizen, etwas zu produzieren? Folglich hatte man sich auf die Lehre verlegt und war nicht geübt zu produzieren. Die Frage: Sind die nun eigentlich gut oder können sich entwickeln? war also schwer zu beantworten.

Das andere war die Tätigkeit als informeller Mitarbeiter (IM). Es scheint evident zu sein, dass das eine der schäbigsten Tätigkeiten gewesen ist, die man sich vorstellen kann. Doch im

Laufe meiner Arbeit mit den Personalakten bin ich vorsichtiger geworden in der Bewertung der IM-Tätigkeit. Die Berliner

Politik war: Ein IM muss weg. Das entsprach aber keineswegs dem Einigungsvertrag, der nicht besagte, dass jemand zu entlassen ist, wenn er IM war, sondern wenn er wegen seiner IM-Tätigkeit untragbar war. Ich bin der Meinung, dass man Leute, die sich sehr eng mit dem Regime eingelassen hatten, aber glaubhaft erklärten, dass sie das bedauern, auch hätte übernehmen können. Das ist aber nicht geschehen.

Interessant ist, dass – jedenfalls im juristischen Fachbereich – die Besten IM gewesen waren. Die Konsequenz war, dass man von den Besten die meisten gar nicht nehmen konnte. Hier gab es durchaus Divergenzen zwischen den Meinungen der Kommission und der Senatsverwaltung, die – westlich geprägt – außerordentlich hart war.

Die Professoren, die übernommen wurden, sind nur auf C3-Stellen übernommen worden. Das war im Sinne der Bewertung korrekt, im Sinne der Gerechtigkeit gegenüber einer Vita, die nur anders verlaufen konnte als im Westen, aber vielleicht ungerecht.

Schließlich noch der Mittelbau: Er hatte das Recht, in seinem Status zu bleiben. Er saß durchweg auf Lebenszeitstellen. Die Universität konnte so intensiv ausbilden, weil sie einen breiten Mittelbau, also sehr viel Lehrkapazität, hatte. So hat man auch Vollbeschäftigung geschaffen: Man setzte auf einen Platz zwei Personen und bezahlte diese nur zur Hälfte.

Das Problem war, dass ein Mittelbau auf Lebenszeit den Generationenwechsel verhindert. Es gibt keine neuen Impulse, und das ist tödlich für die Universität. Zur Ehre des juristischen Mittelbaus muss gesagt werden, dass alle – bis auf zwei, die in jedem Fall die Stellung behalten wollten – von ihrem Recht Abstand genommen und sich auf Zeitstellen haben setzen lassen. Es wurde genau mit ihnen abgespro-

” Interessant ist, dass – jedenfalls im juristischen Fachbereich – die Besten IM gewesen waren. Die Konsequenz war, dass man von den Besten die meisten gar nicht nehmen konnte.

chen, welche Chance sie haben, noch zu promovieren oder sich zu habilitieren, oder ob sie keine Chance dazu haben – in diesem Fall hatten sie ein oder zwei Jahre Zeit, sich umzuorientieren.

Es war eine Lösung, die für beide Seiten gut war, und das konnte nur gelingen, weil der Mittelbau an der Humboldt-Universität klug genug war, sich nicht an einer Rechtsposition festzuhalten, auf der er verhungert wäre. Denn niemand der Professoren hätte sich um ihn gekümmert, und auch die Studenten hätten gar nicht gemerkt, dass da überflüssiges Personal ist.

len, ist das ein grober Verstoß gegen die Idee, die mit diesen Verträgen verbunden ist.

Verträge einhalten

Elite *und* Masse. Die Humboldt-Universität ist eine Massenuniversität wie die anderen. Alle drei Berliner Universitäten sind Großuniversitäten, und ich halte die Frage, ob Fächer ein-, zwei- oder dreimal in Berlin vorhanden sind, für ziemlich belanglos. Entweder wollen Sie, dass Berlin einen wesentlichen Bestandteil seiner Kapazität – und die Universitäten gehören zu den wertvollen Kapazitäten von Berlin – beseitigt, dann müssten Sie korrekterweise eine Universität schließen. Doch wenn Sie sich aus Gründen der Finanznot zunächst die Universitäten vornähmen, wäre das für die Stadt ein Schaden, der in den nächsten 50 Jahren nicht wieder gutzumachen wäre.

Ich darf an den Vertrag erinnern – immerhin habe ihn selbst ausgearbeitet – und die Klausel darin, die verhindert, dass das Land sich auf eine schlechte Finanzlage berufen kann. Der Sinn der Verträge war, gegen eine freiwillige Gabe von zwanzig Prozent an das Land Berlin für die Universitäten Planungssicherheit zu haben. Das Land Berlin hat immer großen Wert darauf gelegt, dass die Verträge zu seinen Glanzleistungen gehörten. Wenn jetzt erneut zwanzig Prozent gekürzt werden sol-

Prof. Dr. Dr. h. c. Hans Meyer lehrt an der Juristischen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin.

Dieter Markusch

Chancen genutzt

DER AUFBAU EINER FACHHOCHSCHULE IN OST-BERLIN

Die Fachhochschule für Technik und Wirtschaft in Ost-Berlin ist heute mit 8.000 Studierenden eine erfolgreiche und leistungsfähige Einrichtung. Ihr Gründungsrektor gibt ein Bild von dem schwierigen Weg dorthin und von den Zukunftserwartungen der Hochschule.

Neben der Domäne der Forschung an den Universitäten steht das Primat der Lehre an den Fachhochschulen. Diese Art der Arbeitsteilung war vor etwas mehr als zehn Jahren aus Ost-Berliner Sicht heftig umstritten. Die Gründung einer – übrigens großen – Fachhochschule im Ostteil wurde zwar von West-Berliner Seite schon früh als günstig erkannt, vor allem wegen der Überlast an den dortigen Fachhochschulen. Die Realisierung verlief aber nicht schmerzfrei.

Aufbau mit viel Unterstützung

Die Geschichte ist spannend, dennoch nicht spektakulär. Nukleus war die Ingenieurhochschule in Berlin-Lichtenberg, in der sich eine beherzte Initiativgruppe des Lehrkörpers unter Inkaufnahme von persönlichen Risiken und Repressalien und gegen die alte Hochschulleitung für eine Überführung in eine Fachhochschule einsetzte. Die Hochschule für Ökonomie in Karlshorst und die Ingenieurhochschule Berlin-Wartenberg schlossen sich nicht an, sondern gingen eigene Wege und scheiterten. Berlin-Lichtenberg kündigte bereits zum Wintersemester

1990/91 die Fachhochschule für Technik an.

Buchstäblich in Tag- und Nacharbeit sind sämtliche Gründungsdokumente, die Satzungen, Rahmenordnungen, Studien- und Prüfungsordnungen sowie abgestimmte Curricula aller damaligen zehn Studiengänge bis hin zu einer akademischen Selbstverwaltung vorbereitet und dem letzten DDR-Bildungsminister, Hans Joachim Meyer, auf den Tisch gelegt worden. Der Anfang war gemacht. Zu unserer großen Genugtuung erfüllte sich in der nächsten Etappe die wichtigste Voraussetzung, die positive Evaluierung der Bildungseinrichtung durch die Arbeitsgruppe Fachhochschulen des Wissenschaftsrates. Schon ein Jahr später ging die konzeptionell weiterentwickelte Fachhochschule für Technik und Wirtschaft Berlin, FHTW, offiziell in Gründung.

Der weitere Weg war mühevoll, aber von außerordentlicher Motivation geprägt. Wir sind bis heute dankbar für die hilfreiche Begleitung durch den damaligen Senator Manfred Erhardt und seine Senatsverwaltung. Schließlich mussten wir alles neu lernen,

”
In dieser Phase gemeinsamer Anstrengung waren weder westliche Herablassung noch östliches Selbstmitleid typisch.



Dieter Markusch: West-östliche Kooperation hat funktioniert.

auch – dies sei scherzhaft hinzugefügt –, dass es für die Ausstattung der Mensaküche mit Schöpfkellen und Bratpfannen behördliche Verordnungsblätter gibt.

Wir profitierten auch von der Unterstützung durch die Kolleginnen und Kollegen der Technischen Hochschule Berlin-Wedding. Zwanzig Jahre Insider-Erfahrungen wurden uns übermittelt. Das waren Beschleuniger in unserem Um- und Aufbauprozess der Fachhochschule Ost.

In dieser Phase gemeinsamer Anstrengung waren weder westliche Herablassung noch östliches Selbstmitleid typisch. Vielleicht hatten wir allesamt zu viel zu tun, vielleicht war die Kooperation über die alten Gräben hinweg schon zu intensiv, vielleicht ließ das unsere Einheit im „Reagenzglas“ des täglichen Hochschulbetriebes auch einfach nicht zu. Schließlich waren unsere Studentinnen und Studenten täglich mit qualifizierter Lehre und

Ausbildung zu versorgen. Keine Lehrveranstaltung durfte ausfallen. Auf uns wurde besonders geschaut.

Ich erinnere ferner daran, dass auf dem Weg zur akademischen und administrativen Erneuerung ein innerer Neuanfang notwendig war. Wieder war es die Initiativgruppe, die bereits Anfang 1991 unsere Hochschulangehörigen zur freiwilligen Überprüfung auf Stasi-Mitarbeit durch die Gauck-Behörde aufrief und die Schaffung eines Ehren-Ausschusses initiierte. Trotz anfänglicher Widerstände erreichten beide Maßnahmen Akzeptanz und Wirkung.

Forschung weiter ausbauen

Zusammengefasst kann man bei aller Bescheidenheit in der Tat von der bestmöglichen Nutzung einer Chance und von einer imposanten Aufbauarbeit Ost sprechen, wenn auch die Belastung nicht sel-

ten bis an die Grenze ging. Manchem – mich eingeschlossen – scheint es so, als sei er in fünf Jahren zehn Jahre älter geworden.

Aber aus der Leistung erwuchs Zuversicht. Heute bietet die FHTW in ihren ingenieur-, wirtschafts- und kulturwissenschaftlichen Bereichen 29 Studiengänge an und ist mit über 8.000 Studierenden die größte Fachhochschule in den neuen Bundesländern und Berlin. Nicht zuletzt wegen ihrer Reformfreudigkeit und des Gedeihens eines großen Existenzgründerzentrums an der Hochschule wurde sie im vergangenen Jahr vom Centrum

für Hochschulentwicklung (CHE) und vom Stifterverband zur best-practice-Hochschule erklärt.

Ein arabisches Sprichwort lehrt uns: Man kann den Wert des Lebens nur rückwärts erkennen, aber man muss es vorwärts leben. Meine Erwartungen und Visionen stimmen mit

denen vieler meiner Kolleginnen und Kollegen aus den Fachhochschulen überein. Bewahrung und Ausbau des Wissenschaftsstandortes Berlin müssen tätiger politischer Wille bleiben. Dazu gehört die stärkere Förderung der Forschung an den Fachhochschulen, unter anderem durch spürbare Entlastung im Lehrdeputat.

40 Prozent der Berliner Studienplätze gehören in die Fachhochschulen. Das hat der Wissenschaftsrat so empfohlen. Zurzeit liegt die Zahl weit darunter und unter dem Bundesdurchschnitt. Die FHTW braucht einen gemeinsamen Campus in Berlin und darf nicht länger räumlich zersplittert sein. Die sich anbietenden und gewollten Synergie- und interdisziplinären Effekte müssen endlich für die Studierenden und Lehrenden besser erlebbar und nutzbar werden.

Und schließlich: Die weise Aufforderung zum lebenslangen Lernen darf nicht eine hohle Phrase werden. Sie muss dazu führen, dass das Angebot von Weiterbildung im Fernstudium insbesondere über E-learning durch die Hochschulen und Universitäten auch leistbar und finanzierbar ist.

” Man kann in der Tat von einer imposanten Aufbauarbeit Ost sprechen, wenn auch die Belastung nicht selten bis an die Grenze ging. Manchem scheint es so, als sei er in fünf Jahren zehn Jahre älter geworden.

Prof. Dr. Dieter Markusch lehrt an der Fachhochschule für Technik und Wirtschaft in Berlin.

Uwe Schlicht

Wettbewerb statt Demontage

WENN ICH EINEN WUNSCH FREI HÄTTE...

Berlin, das kaum noch Industrie besitzt, muss in Köpfe investieren. Dies meint der Berliner Journalist Uwe Schlicht und registriert besorgt, dass Berliner Politiker diese Chance seit Jahren verspielen.

Wer einen Wunsch frei hat, wird sich hüten, eine vor-schnelle Wahl zu treffen. Die Mythen bieten erschreckende Beispiele für übereilt ausgesprochene Wünsche. König Midas zum Beispiel wollte, dass sich alles, was er berührt, in Gold verwandelt. Er ist verhungert. Welcher Wunsch soll für Berlin gelten? Dass Berlin eine Wissenschaftsstadt bleibt? Oder dass Berlin die 85.000 Studienplätze, die seit 1996 gefährdet sind, in Zukunft ausfinanziert? Oder dass der schleichende Abbau der Freien Universität gestoppt wird und diese wieder faire Konkurrenz-Chancen zur Humboldt-Universität erhält? Es gibt in Berlin so viele unerwünschte Wünsche, dass jede gute Fee verzweifeln würde.

„Schaut auf diese Stadt“, rief einst der sozialdemokratische Bürgermeister Ernst Reuter die „Völker der Welt“ auf. Seit 1995 bietet diese Stadt folgendes Bild: Durch Verfassungsänderung wurde die Zahl der Senatsressorts auf acht begrenzt. Seitdem steht fest: Alle Beteuerungen in Hochglanzbroschüren und Regierungser-

klärungen zur herausragenden Bedeutung der Stadt des Wissens sind Propaganda. Vier Senatoren haben je ein Ressort zu vertreten, alle anderen müssen mit Kombinationen vorliebnehmen.

Wissenschaft und Kultur ist seitdem die gängige Verbindung, und sie hat sich unter den bisherigen drei Amtsträgern als Mesalliance erwiesen. Das hatte Konsequenzen. Wenn die Hochschulpräsidenten und die Leiter der Forschungsinstitute etwas erreichen wollten, gingen sie zum damaligen Regierenden Bürgermeister Eberhard Diepgen zum Kamingespräch. Doch nach der Berliner Verfassung hat der Regierende Bürgermeister keine Richtlinienkompetenz. Und wenn der Koalitionspartner SPD nicht wollte, dann halfen die Kamingespräche wenig.

In einem dieser Kamingespräche wurde das Kompetenzzentrum Molekulare Biomedizin verabredet. Heute will Klaus Wowereit als der Nachfolger Diepgens einen Teil dieses Kompe-

Alle Beteuerungen in Hochglanzbroschüren und Regierungserklärungen zur herausragenden Bedeutung der Stadt des Wissens sind Propaganda.

tenzzentrums dem Rotstift opfern: das Klinikum Benjamin-Franklin der Freien Universität. Es sei denn, die Expertenkommission, die Wowereit durch öffentlichen Druck aufgezwungen wurde, kann das verhindern.

Wirtschaft als Partner

Es hat sehr lange gedauert, bis sich die führenden Vertreter der Wirtschaft – Siemens, IBM, DaimlerChrysler Services, Schering – und die Präsidenten der Hochschulen von den Versprechungen und Phrasen der Politiker in dieser Stadt nicht mehr einlullen ließen. Sie haben die Initiative „An Morgen denken“ gegründet, als Partnerschaft von Wirtschaft und Wissenschaft.

Diese Partnerschaft rang sich zur Empfehlung der zweitbesten Lösung durch, nämlich der Zusammenlegung von Wissenschaft und Wirtschaft in einem Ressort. Kopfschütteln und Entsetzen in der Republik waren die Folge. Gehen doch in

der Deutschen Kultusministerkonferenz traditionell Schule und Wissenschaft oder Kultur und Wissenschaft zusammen. Kopfschütteln und Stirnrunzeln auch beim Wissenschaftsrat und in der Hochschulrektorenkonferenz.

„Schaut auf diese Stadt“: Das für Deutschland so revolutionäre Zusammengehen von Wirtschaft und Wissenschaft in einem Senatsressort konnte als Idee nur in Berlin geboren werden, weil die Situation in dieser Stadt spätestens seit 1996 so verfahren und provinziell ist, dass jeder Weg zu einer Bewusstseinsänderung gewagt werden muss. Denn es geht der Partnerschaftsinitiative „An Morgen denken“ nur um eins: deutlich zu machen, dass Ausgaben für Bildung und Wissenschaft Zukunftsinvestitionen sind und nicht bloße konsumtive Ausgaben. Mit anderen Worten: Hochschulen, Forschungsinstitute und Universitätsklinika sind genauso wichtige Standortfaktoren wie Wirtschaftsunternehmen, Computerfirmen, Großindustrie und Rohstoffressourcen.



Uwe Schlicht: Hochschulen sind genau so wichtige Standortfaktoren wie Wirtschaftsunternehmen.

Aber welche Signale gehen von Berlin aus? Während Bayern und Baden-Württemberg ihre Zukunftsfonds für wissensbasierte Arbeitsplätze mit drei, beziehungsweise zwei Milliarden Euro ausstatten, streicht die Regierungskoalition in Berlin selbst den mageren Investitionsfonds von 125 Millionen auf 10 Millionen Euro zusammen. Dabei sollte eine Stadt wie Berlin, die ihre Rolle als bedeutender Wirtschaftsfaktor ausgespielt hat, auf die Investition in die Köpfe setzen, in der Hoffnung, dass daraus wissensbasierte Arbeitsplätze entstehen und so eine neue Wirtschaftsstruktur von unten her aufgebaut werden kann. Insofern gehört die Errichtung der beiden Wissenschaftsparks in Adlershof und Buch zu den wenigen richtungsweisenden Entscheidungen der Stadtregierung, an denen der Senat auch nach den Krisenjahren seit 1996 festhält.

„Eine Stadt wie Berlin, die ihre Rolle als bedeutender Wirtschaftsfaktor ausgespielt hat, sollte auf die Investition in die Köpfe setzen, in der Hoffnung, dass daraus wissensbasierte Arbeitsplätze entstehen.“

„Schaut auf diese Stadt“: Der letzte Politiker, der den Namen eines Wissenschaftssenators wirklich verdient hatte, war Manfred Erhardt. Von ihm stammt der wahre Masterplan, aus den beiden Wissenschaftszentren Ost- und Westberlin eine große Wissenschaftsmetropole zu formen – mit der Humboldt-Universität und der Charité als künftigen Eliteeinrichtungen.

Im weltweiten Wettbewerb um Renommee wusste Erhardt, dass Berlin auf Humboldt-Universität und Charité nicht verzichten kann. Zugleich wollte er jedoch die Förderung der Humboldt-Universität nutzen, um die „schwerfälligen Tanker“ Freie Universität und Technische Universität auf Reformkurs zu zwingen. Das ist gelungen und hat sich in einem Aufschwung vor allem an der Freien Universität niedergeschlagen.

Aber Berlin konnte einen Senator vom Format eines Manfred Erhardt nicht aushalten. Nie wäre Erhardt auf die Idee gekommen, den so fruchtbaren Wettbewerb der drei Universitäten in eine Demontage der Freien Universität münden zu lassen. Mit Brandenburg hatte Erhardt verabredet, an Berlins Massenuniversitäten maßvoll Studienplätze abzubauen, dafür in Cottbus, Frankfurt an der Oder und in Potsdam neue Studienplätze aufzubauen. Die Verabredung zwischen Berlin und Brandenburg wurde in den Folgejahren immer brüchiger. Brandenburg reduzierte sein Ausbauprogramm von 34.000 zugesagten Studienplätzen auf 26.000 herab, und aus der maßvollen Reduzierung in Berlin von 115.000 auf 100.000 Studienplätze folgte de facto die Zertrümmerung einer großen Universität mit 30.000 Studienplätzen. Die Berliner Hochschulen mussten ein Einsparvolumen von einer Milliarde Mark erbringen.

Wenn in dieser Situation der damalige Präsident der Humboldt-Universität, Hans Meyer, das Instrument der Hochschulverträge erfand, so war das ein Notbehelf. Die Wissenschaftspolitiker der Stadt dagegen feierten die Hochschulverträge seit 1997 wie einen neuen Masterplan. Aber nach der Schließungsdrohung für das Universitätsklinikum Benjamin-Franklin und der Ankündigung des neuen Finanzsenators Thilo Sarrazin, bis zum Jahr 2006 beim Staatszuschuss für die Hochschulen zwanzig Prozent einzusparen, sind Planungssicherheit und Vertrauen dahin.

Vertrauensbasis entzogen

Die Verträge legen so Zeugnis ab von der Unfähigkeit des Berliner Senats, ein neues Hochschulgesetz zu verabschieden – das in den Regierungserklärungen versprochen worden war –, sowie in den jährlichen Haushaltsverhandlungen Prioritä-

ten zu setzen. Bei jeder Finanzkrise kommt seit 1997 hinter den Kulissen erneut die Diskussion auf, ob man die Hochschulverträge nicht doch aufgeben oder zumindest unterlaufen könne. So war es auch vor der Fortschreibung der Verträge für die Jahre 2003 bis 2005 im vergangenen Jahr. Die Hochschulverträge, zu denen sich die Übergangsregierung von SPD und Grünen mit Ach und Krach durchgerungen hatte, sind so unterfinanziert, dass nach dem Jahr 2005 voraussichtlich 100 Millionen Euro fehlen.

„Schaut auf diese Stadt“: Nach dem Weggang von Senator Erhardt begann man in beiden großen Parteien – CDU und SPD – eine utopische Diskussion mit gravierenden Folgen. Den Politikern war die Wissenschaftsstadt zu teuer geworden. In Planspielen dachte man sich eine Stunde Null nach der Wiedervereinigung aus, in der man ohne Rücksicht auf Vorhandenes alles hätte neu gründen können. Die Antwort war immer dieselbe. Demnach hätten wir in Berlin nur noch eine traditionelle Volluniversität, die Humboldt-Universität in Mitte, und eine Alternativuniversität in Charlottenburg, die Technische Universität.

Bei den Universitätsklinikum lauteten die Vorschläge ähnlich. Die Charité hätte man als einziges Universitätsklinikum behalten.

Dass diese Gedanken bis heute in den Köpfen der verantwortlichen Politiker herumgeistern, hat der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit kürzlich in einem Rundfunk-Interview bewiesen: Hätten wir heute noch die Chance zu einer Neugründung, dann würde Berlin nur ein Universitätsklinikum besitzen, sagte er.

Betrachtet man in diesem Licht die Entwicklung seit Mitte der 90er Jahre, so wird einem bewusst, dass die Freie Universität um ihr Überleben kämpft. Sie droht ihren

Status als Volluniversität einzubüßen. Sie hat die meisten Studienplätze verloren und muss auf die Hälfte ihres Professo- renbestandes verzichten. Sie hat zuerst die Zahnklinik Nord an die Humboldt-Universität abgeben müssen, danach das hochmoderne Virchow-Klinikum im Wedding. Beiden Verlagerungen hat die Charité der Humboldt-Universität ihren so rasanten Erfolg bei der Einwerbung von Drittmitteln mit zu verdanken. Wenn die Freie Universität das ihr verbliebene Universitätsklinikum auch noch verliert, bedeutet das den Verlust von 25 Millionen Euro an Drittmitteln. Wenn die Expertenkommission das nicht verhindern kann, wird die Freie Universität im Wettbewerb mit der Humboldt-Universität hoffnungslos unterlegen sein.

Wie werden die deutschen Wissenschaftler diese Signale werten? Sie werden es sich überlegen, ob sie in eine Stadt gehen, in der den Hochschulverträgen die Vertrauensbasis entzogen wird, in der das von Abgeordnetenhaus und Senat feierlich besiegelte Versprechen zur Sanierung der Charité am Standort Mitte innerhalb von zehn Jahren nicht eingehalten wird und in der es zwar eine proklamierte Priorität für die Bildung gibt, aber im Verständnis der Politiker die Bildung mit dem Abitur endet. Sollte es angesehene Wissenschaftler auch weiterhin reizen, trotz verlockender Konkurrenzangebote aus Bayern und Baden-Württemberg oder den USA nach Berlin zu kommen, dann werden sie die Humboldt-Universität der Freien Universität vorziehen.

Weitere Einsparungen werden auf die Hochschulen in der Stadt zukommen. Sollte die Forderung von Finanzsenator Sarrazin offizielle Politik werden, näm-

Deutsche Wissenschaftler werden es sich überlegen, ob sie in eine Stadt gehen, in der es zwar eine proklamierte Priorität für die Bildung gibt, aber im Verständnis der Politiker die Bildung mit dem Abitur endet.

Die Freie Universität kämpft um ihr Überleben. Sie droht ihren Status als Volluniversität einzubüßen.

lich beim Staatszuschuss so scharf zu sparen, dann sind 22.000 Studienplätze gefährdet. Keine Universität bleibt dann ungeschoren – auch nicht die Humboldt-Universität. Da Sarrazin diese Einsparungen bis zum Jahr 2006 sehen will, wird der Bruch der Hochschulverträge unvermeidlich.

Dann sind nach der Berliner Logik folgende Szenarien denkbar: Warum braucht diese Stadt drei Wirtschaftswissenschaften? Zwei genügen doch – eine an der Humboldt-Universität und eine zweite – für Wirtschaftsingenieure – an der Technischen Universität. Wozu dann noch die Wirtschaftswissenschaften an der Freien Universität? Oder: Braucht die Stadt wirklich zwei juristische Fakultäten? Könnte man nicht eine an die Fachhochschule verlagern und damit deren Spektrum erweitern? Oder: Warum sollte die Freie Universität nicht die Lehrerbildung an die Fachhochschulen abgeben?

sehen Jahr 1968. Vielleicht rettet der Wissenschaftssenator Thomas Flierl von der PDS das Klinikum vor dem von Wowereit gewünschten Untergang. „Schaut auf diese Stadt“: So hinterlistig kann Geschichte sein.

Weiterer Fächerabbau?

Eine weitere Frage könnte lauten: Warum benötigt Berlin dreimal Physik, Chemie und Informatik an den Universitäten? Will man die Humboldt-Universität als letzte Volluniversität in Berlin möglichst erhalten, dann dürfte ein weiterer Fächerabbau vor allem die Freie Universität treffen.

Die Politiker haben die Freie Universität mit der angedrohten Aufgabe des Klinikums auf eine schiefe Ebene gesetzt. Einst hatte der sozialdemokratische Bürgermeister Willy Brandt die Amerikaner um Hilfe gebeten, um das erste Spitzenkrankenhaus nach dem Zweiten Weltkrieg in Berlin zu errichten. Daraus wurde das FU-Klinikum in Steglitz. Bei seiner Eröffnung verdeutlichte der damalige amerikanische Botschafter Cabot Lodge, worum es auch noch ging: um eine Erneuerung der Berlingarantie durch die USA im kriti-

Uwe Schlicht ist Journalist in Berlin. Er leitete viele Jahre das Hochschulressort des Berliner „Tagespiegel“.



Diskussion mit dem Plenum

Johann W. Gerlach:

Wir haben Koordinierung zwischen den Universitäten versucht, aber die Zeiten waren nicht so. Die Freie Universität hat damals gemeint, ständig nur zu verlieren, und in der Humboldt-Universität, in der ich sehr wohl diskrete Gespräche geführt habe, konnte keiner für eine Koordinierung sein, weil es mit jeder koordinierten Stelle eine Chance weniger gegeben hätte. Es ging um Existenzfragen für Personen. Außerdem stand jede Koordinierung in Berlin unter Finanzdruck. Sie wäre nur zur Einsparung und nicht etwa zur Verbesserung erfolgt.

In der Wissenschaft – ganz gleich, welche hohe Qualität der Einzelne hat – ist das Programm der Koordinierung nicht auf die Abschaffung der eigenen Stelle und Funktion, sondern auf gemeinsames besseres Arbeiten gerichtet. Deswegen kann es Strukturentscheidungen immer nur von oben oder mit Hilfe beratender, koordinierender Stellen geben. Die persönliche Fähigkeit, Strukturpolitik zu machen, ist einfach begrenzt.

Wenn aber die Möglichkeiten gesichert sind, ergeben sich Strukturmaßnahmen, die ungewöhnlich gut sind. Nehmen Sie die Naturwissenschaften – dort hat sich zwischen FU und HU viel mehr bewegt als etwa in der gefeierten Zusammenarbeit zwischen Mannheim, Heidelberg und Stuttgart, obwohl diese drei Universitäten so unterschiedlich sind, dass Koordination dort leichter fällt. Berlin kann seine Quantität nur mit Qualität legitimieren. Und zur Qualität gehören auch Koordinierungen und Konzentrierungen. Aber sie müssen in einem Klima geschehen, in dem nicht jede Maßnahme der Strukturpolitik ein Sparopfer zur Folge hat.

Manfred Erhardt:

Aus meiner Sicht war die größte Zumutung, die ich einer Hochschule gegenüber gewagt habe, der neuen Fachhochschule im Osten zu sagen, die Entwicklung gehe vom „Muttermehrwesen“ Technische Fachhochschule im Westen aus. Und der TFH habe ich gesagt: Eure Aufgabe ist es, die neue Fachhochschule zu einer Qualität zu entwickeln, wie man sie bei einer Tochter oder einem Sohn wünscht. Das war eine Zumutung, aber die Lichtenberger haben diese Zumutung nach einigem Schlucken angenommen, und die TFH im Westen hat die Zumutung, die Konkurrenz zu entwickeln, schließlich mit Ehrgeiz so betrieben, dass heute Konkurrenz und Wettbewerb da sind. Es war Ihr Verdienst, Herr Markusch, nicht beleidigt zu reagieren, sondern diese Zumutung zu akzeptieren.

Leider ist dies im Universitätsbereich nicht gelungen, weil die Konkurrenzsituation von vornherein sehr viel stärker war. Die Frage war: Wer wird zur Aufgabe gezwungen, und steht die Berliner Universität entweder in Dahlem oder in Mitte?

Hans-Wilhelm Groscurth:

Man muss aber auch daran erinnern, dass zahlreiche Hochschullehrer von FU und TU gerade in der Übergangszeit zur Aufrechterhaltung der Lehre und Ausarbeitung von Lehrplänen an der Humboldt-Universität sehr viel geleistet haben. Es gab zum einen die offizielle Ebene und zum anderen das persönliche Engagement der einzelnen Hochschullehrer für mehr Zusammenarbeit der Hochschulen. Ich glaube, das muss man trennen.

Gelungen ist meiner Meinung nach der Wandel der Universität während des Er-

neuerungsprozesses. Man darf ja nicht vergessen, dass es in Berlin eine Oberverwaltungsgerichtsentscheidung gab, die die Abwicklung von sechs Fächern an der Humboldt-Universität für rechtswidrig erklärt hatte. Und dass der damalige Rektor der Humboldt-Universität dann erklärt hat, er hielte an dem Erneuerungsprozess fest. Dies zeigt, wie die Rechtsprechung hinter dem faktischen Geschehen zurückblieb. Auch die Studentenschaft darf man nicht vergessen. Die Studentenschaft der Humboldt-Universität war sehr schnell vermischt, und sie hat bei der Erneuerung eine maßgebliche Rolle gespielt. Von Vorsitzenden der Struktur- und Berufungskommissionen weiß ich, dass die Studenten dort wichtige Gesprächspartner waren, die Entscheidungen mit vorwärtsgetrieben haben – mehr als der bedrohte Mittelbau oder die Professorenschaft.

Die Bilanz zeigt: Es gab die Bereitschaft, eine gewisse Durchmischung zu erreichen, die im Endeffekt nicht gelungen ist, weil Stasi-Verquickungen auftauchten. Doch bis heute habe ich Zweifel, ob die Sonderrolle, die die Geschichtswissenschaft gespielt hat, berechtigt war. Die Geschichtswissenschaft der DDR war belastet, das sei zugestanden, aber bei dieser Art der Erneuerung hat die Geschichtswissenschaft doch fast jedem habilitierten West-Historiker in den neuen Bundesländern zu einer Professur verholfen. Diesem Phänomen ist viel zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt worden.

Manfred Erhardt:

Herr Groscurth, ich habe die Studenten im Kuratorium anders wahrgenommen.

>>>

Johann W. Gerlach: Berlin kann seine Quantität nur mit Qualität legitimieren.



”



Eberhard Lämmert: Eine Universität, die man zur Konkurrenz auffordert, kann nicht ganze Bereiche abgeben.

Sie haben sich sehr schnell mit den politischen Repräsentanten verbündet. Es war im Grunde genommen eine Neo-Politisierung, die die Studenten – jedenfalls die Elite der Studenten aus der DDR – betrieben haben, und es war nicht so sehr eine Orientierung an der Wissenschaft und ihren Strukturen.

Eberhard Lämmert:

Es geht nicht an, von denselben Universitäten, die man zur Konkurrenz um der Exzellenz willen auffordert, zu verlangen, dass sie ganze Bereiche an die jeweils andere Universität abgeben. Die Idee, dass etwa die eine Universität Vorderasien, die andere Hinterasien zu ihrem Forschungs- und Lehrgebiet macht, schließt jeweils ein Viertel der Menschheit aus der Beobachtung einer großen Universität aus.

Dies wurde zwar abgewehrt, dennoch musste die Slawistik beispielsweise von einer Universität wie der FU – die immerhin noch zu den größeren deutschen Universitäten gehört – an die Humboldt-Universität abgegeben werden. Und das 150 Kilometer von einem slawischen Europa entfernt. Wenn man Konkurrenz fordert, dann muss man den Universitäten erlauben, sie dort zu suchen, wo sie die Hoffnung haben, dass sie erfolgreich sind. Andernfalls muss man eine Landesuniversität machen.

Manfred Erhardt:

Ich halte es für das tragende Prinzip der Weiterentwicklung der Berliner Wissenschaftslandschaft, dass Konkurrenz nur funktionieren kann, wenn nicht alle Fächer nur einmal da sind. Man muss dafür sorgen, dass unter wissenschaftlichen Ge-

sichtspunkten Strukturen herrschen, die beides ermöglichen, Konkurrenz und Kooperation. Der Sinn der Empfehlungen der Landeshochschulstrukturkommission war, Mehrfachangebote in den einzelnen Universitäten zu halten, aber sie so zu profilieren, dass die Schwerpunkte unterschiedlich sind und so die Kooperation notwendig wird.

Man musste die FU teilweise vor einer Selbstdemontage bewahren. Ich möchte nur daran erinnern, dass die Kunstgeschichte der FU von mir daran gehindert werden musste, aus eigenem Antrieb an die Humboldt-Universität zu wollen. Und ich halte es heute noch für eine Fehlentscheidung, die Sportwissenschaft von einer so großen Universität wie der Freien Universität wegzunehmen und sie an der Humboldt-Universität zu zentralisieren. Dies sind Strukturentscheidungen, die man eigentlich rückgängig machen müsste, wenn man vernünftige kooperative und konkurrierende Strukturen schaffen will.



Die Europa-Universität
Viadrina in Frankfurt (Oder)



Wo stehen wir? Was steht an?

Max Kaase

Integration gelungen

EINFÜHRUNG

Seite **96**

Hans Joachim Meyer

Die Aufbauleistung ist zukunftsweisend

GESELLSCHAFTLICHE UND POLITISCHE
HERAUSFORDERUNGEN IN DEN NEUEN LÄNDERN

Seite **99**

Christoph Mühlhaus

Starke Forschung lockt Unternehmen

WIRTSCHAFTLICHE PROBLEME IN DEN NEUEN LÄNDERN

Seite **103**

Dieter Simon

Das Märchen von Berlin

WIE REAGIERT DIE HOCHSCHUL- UND WISSENSCHAFTSPOLITIK?

Seite **106**

Diskussion mit dem Plenum

Seite **109**

Max Kaase

Integration gelungen

EINFÜHRUNG

Der Politik- und Sozialwissenschaftler Max Kaase stellt in seiner Bestandsaufnahme fest, dass die Wissenschaftssysteme Ost und West erfolgreich zusammengewachsen sind. Die Zukunftsaufgabe liege darin, das deutsche Hochschulsystem international konkurrenzfähig zu machen.

Als im Herbst 1990 die Besuche der Institute der drei DDR-Akademien begannen, fragten sich die Mitglieder der Wissenschaftlichen Kommission des Wissenschaftsrates, ob die unvermeidlichen Schließungs- und Verkleinerungsempfehlungen ohne eine Finanzierungsgarantie für neue Strukturen ihnen nicht den Vorwurf von Abräumen und Zerstören der in der DDR gewachsenen außeruniversitären Forschungsstruktur eintragen würde.

In dieser emotional schwierigen Situation war es BMFT-Staatssekretär Dr. Gebhard Ziller, der uns zusicherte, dass alle vom Wissenschaftsrat beschlossenen Empfehlungen auch finanziert würden. Erst mit dieser Zusage gewannen wir die innere Unabhängigkeit, die für sachgerecht befundenen Umstrukturierungen in den Beratungsprozess einzubringen.

und aus Aufstellungen der Deutschen Forschungsgemeinschaft.

Seit 1991 haben sich, bezogen auf die Gesamtausgaben in Deutschland, die Anteile der Ausgaben der Hochschulen für



Max Kaase: Wir können heute von einem integrierten Wissenschaftssystem ausgehen, bei allen Unterschieden im Detail.

Wo stehen wir?

Als empirisch arbeitender Sozialwissenschaftler möchte ich einige verfügbare Daten nennen. Diese stammen im Wesentlichen aus dem vom Bundesministerium für Bildung und Forschung im Januar vorgelegten „Faktenbericht Forschung 2002“

Lehre und Forschung in den neuen Ländern kontinuierlich erhöht und auf einem angemessenen Niveau um 19 Prozent stabilisiert.

- Die Anteile der neuen Länder an den Wissenschaftsausgaben aller öffentlichen Haushalte sind zwischen 1993 und 2000 gestiegen, liegen aber noch immer auf dem sehr niedrigen Niveau von knapp 13 Prozent.
- Der Zusammenbruch der anwendungsbezogenen Forschung in der DDR drückt sich in den neuen Ländern deutlich in den entsprechenden FuE-Zahlen des Wirtschaftssektors aus.
- Insgesamt stellt sich die Hochschullandschaft einigermaßen konsolidiert dar. Ein zentrales Problem der ostdeutschen Hochschulen ist allerdings die unzureichende Grundausstattung für die Forschung.

Forschungsgemeinschaft fördert

Als die deutsche Vereinigung als reale politische Option erkennbar wurde, hat die DFG die Einbeziehung von Forschern aus der DDR in ihre Förderung auch unkonventionell betrieben (zum Beispiel durch das Huckepackverfahren, in dem westdeutsche Wissenschaftler für ihre DDR-Kollegen stellvertretend Anträge stellten). Zwischen 1997 und 2001 hat sich die Förderung der Wissenschaftler im Osten kontinuierlich erhöht und inzwischen in den Summen auf einem Niveau zwischen 18 und 19 Prozent aller von der DFG bewilligten Projekte stabilisiert.

Auch der Anteil an den Graduiertenkollegs liegt mit 18,2 Prozent in den neuen Ländern im Januar 2002 in dieser Größenordnung. Bei den Sonderforschungsbereichen ist die entsprechende Zahl allerdings mit 12,6 Prozent im Januar 2002 deutlich niedriger, ein Umstand, der vermutlich durch das erwähnte Grundaus-

stattungsproblem der ostdeutschen Universitäten mitbedingt ist.

Die Umstrukturierung der DDR-Wissenschaftslandschaft durch die Etablierung einer starken außeruniversitären Forschungspräsenz findet auch einen gewissen Ausdruck in der DFG-Förderung. Für die Periode 1996 bis 1998 stiegen die Forschungsmittel an außeruniversitären Einrichtungen in allen neuen Ländern überdurchschnittlich an.

Da es sich bei den Einrichtungen nicht zuletzt um Neugründungen der Blauen Liste (jetzt WGL) handelt, lässt sich annehmen, dass sich diese Einrichtungen in der Forschungsförderung bewährt haben. Das zeigt sich auch daran, dass von den 82 zwischen 1995 und 2001 vom Wissenschaftsrat evaluierten Instituten der Blauen Liste keines der neun negativ oder drei gemischt bewerteten Institute in den neuen Bundesländern liegt.

Die Forschungslandschaft der neuen Bundesländer hat sich im deutschen Wissenschaftssystem also erfolgreich etabliert. Für die Wissenschaftsanteile im Wirtschaftssektor gilt allerdings: Vor allem in Bezug auf die großen Unternehmen sind die neuen Länder allgemein und daher auch in ihrer Forschungsausstattung eindeutig notleidend.

Was steht an?

Wir können im Jahre 2002 von einem integrierten Wissenschaftssystem ausgehen, bei allen Unterschieden im Detail. Die größte Zukunftsaufgabe liegt in der systematischen Erörterung der unter dem Druck der Internationalisierung deutlich gewordenen Schwächen des deutschen Hochschulwesens und ihrer Beseitigung. Hierzu gehören

- die unzureichende vertikale Differenzierung (etwa die Aufgabe der in der DDR bewährten Fachschulen);

- die unzureichende horizontale Differenzierung (im Sinne von bewussten regionalen fachlichen Schwerpunktsetzungen sowie der Öffnung für private Hochschulen);
- die Aufgabe der politisch-ideologisch bedingten Voreingenommenheit gegenüber Studiengebühren, in Verbindung mit einem gerechten und leistungsfähigen System der Förderung von Studierenden;
- die Restrukturierung von Studiengängen und Abschlüssen in internationaler Perspektive, unter anderem um die internationale Passung zu erhöhen und die hohen Studienabbrecherquoten zu reduzieren;
- die Einbettung des Konzepts der Juniorprofessur in eine Entwicklungslogik, welche deren Voraussetzungen und Chancen langfristig durchdenkt.

Die seit Gründung der Bundesrepublik immer wieder aufflammende Diskussion über die Struktur des deutschen Föderalismus hat seit einiger Zeit auch den Bereich der Gemeinschaftsaufgaben erfasst, die im Zuge der Finanzverfassungsreform 1969 als Artikel 91 Grundgesetz eingeführt worden waren. Es wäre ein Zeichen der vorausschauenden Klugheit, wenn sich die Akteure in Hochschulen und Wissenschaftsverwaltungen auf eine politisch induzierte Kontroverse rechtzeitig vorbereiteten.

bereits ein Problem der Hochschulauslastung ergeben würde.

Diese summarische Betrachtung verdeckt jedoch die eklatanten Unterschiede zwischen den alten und den neuen Ländern, die auf den dramatischen Einbruch der Geburtenrate in den neuen Ländern ab 1991 zurückzuführen sind. Ab 2006 wird sich diese Entwicklung auf die Chancen der Hochschulen in den Ländern auswirken, Studierende zu rekrutieren. Es wäre dringend notwendig, dass sich die Wissenschaftspolitik mit der Herausforderung der demographischen Wende befasst. Diese Herausforderung zu meistern, ist aber ebenfalls Aufgabe der Hochschulen.

Der vollständige Text dieses Vortrags mit allen Daten ist im Internet unter www.stifterverband.org nachzulesen.

Demographische Wende

Nach der „Vorausberechnung der Schüler- und Absolventenzahlen 1999 bis 2015“ der Kultusministerkonferenz vom Februar 2001 wird die Zahl der Schüler mit Fachhochschul- und Hochschulreife in der Bundesrepublik bis 2008 ansteigen, um dann kontinuierlich abzufallen. Ab 2013 liegen sie leicht unter dem Stand von 1999, ohne dass sich daraus – primafacie –

Prof. Dr. Max Kaase ist Vizepräsident der European Science Foundation und lehrt an der International University Bremen.

Hans Joachim Meyer

Die Aufbauleistung ist zukunftsweisend

GESELLSCHAFTLICHE UND POLITISCHE HERAUSFORDERUNGEN IN DEN NEUEN LÄNDERN

Der scheidende sächsische Minister für Wissenschaft und Kunst zieht eine gesamtgesellschaftliche Bilanz seit der Wende. Er erläutert die Wurzeln von Fremdenfeindlichkeit in den neuen Bundesländern und nennt das größte zukünftige Problem für Bildung und Wissenschaft: die sinkende Geburtenrate.

Generell kann man sagen, dass die Ostdeutschen 1990 aus einem maroden und absaufenden Kahn auf ein stattliches Schiff umstiegen, das jedoch seinerseits etwas schräg im Wasser lag und jedenfalls reparaturbedürftig war. Dass letzteres damals nur von ganz wenigen in Ost und West gesehen wurde und von vielen bis heute nicht akzeptiert wird, das ist das eigentliche gesamtdeutsche Problem, wenn auch mit spezifischen Facetten in Ost und West.

Geburtenrate sinkt

Die größte Herausforderung von Bildung und Wissenschaft im Osten ist zugleich eine der wichtigsten gesamtdeutschen Gemeinsamkeiten: Es ist die demographische Katastrophe, die die Zukunft Deutschlands bedroht. Diese Gemeinsamkeit ist zunächst ein typisches Kind der bundesdeutschen Gesellschaft, die auf individuelle Selbstverwirklichung fixiert ist und Familien, also den Ort der kommenden Generationen, jahrzehntelang ideologisch

und strukturell diskriminierte, insbesondere durch das System der Altersversorgung, das Berufstätige zu Lasten von Eltern und vor allem von Müttern begünstigte. Überdies wurde jede öffentliche Debatte über die vorhersehbaren verheerenden Konsequenzen mit geradezu hysterischer Energie als unsozial, wenn nicht sogar als faschistoid tabuisiert.

Nach meiner Überzeugung liegt hier die Wurzel für das in Deutschland geringe gesellschaftliche Interesse an Bildung und Wissenschaft. Diese liefern ihre wichtigsten Früchte erst nach langer Zeit und vorzugsweise unseren Nachkommen. Warum sollte dies Menschen interessieren, die sich systembedingt der Illusion hingeben, eine Generation könne jeden im Alter auch ohne nachfolgende Generation, das heißt auch ohne Kinder zu haben, finanziell absichern. Nichts wurde im Osten so rasch übernommen wie diese Haltung.

Die größte Herausforderung von Bildung und Wissenschaft im Osten ist zugleich eine der wichtigsten gesamtdeutschen Gemeinsamkeiten: Es ist die demographische Katastrophe, die die Zukunft Deutschlands bedroht.

Innerhalb eines Jahres – nämlich 1991 – fiel in Sachsen die Geburtenrate um zwei Drittel.

Damals versuchte ich, dies als Folge eines doppelten Kulturschocks zu erklären. Eines negativen – durch den Wegfall bisher selbstverständlicher Sicherheiten der Lebensplanung – und eines positiven – durch den plötzlichen Zugang zu vielen Chancen und Freuden. Inzwischen sind mehr als zehn Jahre vergangen, und das Geburtenniveau im Osten liegt immer noch unter dem seinerseits kläglichen Niveau im Westen.

Verschärft wird die Situation durch den wieder stärker werdenden Wegzug von jungen Menschen in die alten Bundesländer, wo mehr Lehr- und Arbeitsstellen und ein höheres Einkommen locken, nachdem zeitweilig diese Entwicklung gestoppt und punktuell sogar umgekehrt werden konnte. Für den Westen bringt die neue Wanderungsbewegung eine Minderung seines demographischen Problems. Für Bildung und Wissenschaft im Osten bedeutet dies einen Teufelskreis.

Einerseits können wir im Osten nur niedrigere Gehälter zahlen und sind damit nicht konkurrenzfähig. Andererseits liegt das Einkommen unseres Öffentlichen Dienstes erheblich über dem unserer gewerblichen Wirtschaft.

Einerseits können wir im Osten nur niedrigere Gehälter zahlen und sind damit nicht konkurrenzfähig. Andererseits liegt das Einkommen unseres Öffentlichen

Dienstes erheblich über dem unserer gewerblichen Wirtschaft. Überdies kostet uns im Rahmen unserer nicht erweiterbaren Haushalte jede Gehaltserhöhung weitere der ohnehin bedrohten Stellen.

Die jetzt in den Schülerzahlen wirksam werdenden Folgen des Bevölkerungsrückgangs bedrohen vieles von dem, was in den Jahren nach 1990 in harter Anstrengung und nicht selten auch in heftigem Konflikt bei den Schulen und Hochschulen bewahrt, ausgestaltet und neu ge-

schaffen worden ist. Die unvermeidliche Schließung von Schulen nimmt in nicht wenigen Orten die Zukunftshoffnung und verstärkt dadurch den negativen Trend.

Die zu befürchtende Abnahme von Studierenden aus dem eigenen Land bis 2010 schwächt die Bereitschaft, Studienangebote so auszustatten, dass junge Leute aus ganz Deutschland und dem Ausland zum Studium in den Osten Deutschlands kommen und dann erwägen, dort nach dem Studium zu arbeiten und zu leben. Dadurch droht dem Osten Deutschlands ein weiterer Verlust beim Anteil an Eliten der deutschen Gesellschaft.

Finanzausgleich weiter nötig

Durch Entscheidungen des Bundes und der Länder wurden Mitte 2001 die finanziellen Rahmenbedingungen für die ostdeutschen Länder längerfristig gesichert. Das war ein wichtiger Akt der gesamtdeutschen Solidarität. Dennoch ist zu beachten: Der Solidaripakt als die eine der beiden Säulen dieser Sicherung dient dem weiteren Ausbau der Infrastruktur bis auf das für den westlichen Teil der Bundesrepublik typische Niveau. Die Leistungen aus dem Solidaripakt bleiben bis 2008/09 in etwa gleich, um dann bis 2019 deutlich abzunehmen.

Damit die so verbesserte Infrastruktur wirtschaftlichen Nutzen bringt, bedarf es vor allem beruflich aktiver Menschen und unternehmerischer Initiative, aber eben auch einer diese Faktoren fördernden Landespolitik. Der Länderfinanzausgleich als zweite wichtige Säule gibt den ostdeutschen Bundesländern ein den westdeutschen Nehmerländern vergleichbares Einnahmenniveau.

Zurzeit kann Sachsen – bekanntlich nicht das leistungsärmste unter den ostdeutschen Bundesländern – 49,9 Prozent seiner im Staatshaushalt vorgesehenen

„ Einerseits können wir im Osten nur niedrigere Gehälter zahlen und sind damit nicht konkurrenzfähig. Andererseits liegt das Einkommen unseres Öffentlichen Dienstes erheblich über dem unserer gewerblichen Wirtschaft.

Ausgaben aus eigenen Einnahmen decken. Es bedürfte also eines langjährigen schnelleren Wirtschaftswachstums als im Westen, um in absehbarer Zeit einen solchen Zuwachs der eigenen Steuereinnahmen zu haben, dass zusätzliche landespolitische Aktivitäten möglich werden. Tatsächlich geht jedoch die Schere zwischen Ost und West seit 1996 wieder auseinander. Anders gesagt: Auch eine Aufwärtsentwicklung im Osten wird den Ländern dort erst nach erheblicher Zeit neue Handlungsräume eröffnen.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Osten Deutschlands ist komplex und widersprüchlich. In relativ kurzer Zeit sind enorme Summen investiert worden. Gewiss wurde davon auch einiges in den Sand gesetzt. Sehr viel wichtiger ist die Veränderung der Proportionen zwischen Humankapital und den wissenschaftlich-technologischen Voraussetzungen seines Einsatzes. Kurz gesagt: In modernen Industrieanlagen brauchte man für ein paar Hundert Arbeitsplätze, die an die Stelle von ein paar Tausend Arbeitsplätzen zur Zeit der DDR traten, Investitionssummen in meist dreistelligen Millionenbeträgen (in DM). Beim Aufbau des in der DDR arg vernachlässigten Dienstleistungssektors entstand ein großer, aber oft finanziell labiler Mittelstand.

Kaum Industrieforschung

Der Anstieg an Produktivität und Arbeitsplätzen wird heute durch den dramatischen Rückgang des Baugewerbes überdeckt. Die wirtschaftliche Entwicklung im Osten, nicht zuletzt der Erfolg wichtiger Investitionen in zukunftsbedeutsamen Gebieten wie der Mikroelektronik, konnte sich auf hervorragend ausgebildete und leistungswillige Fachkräfte stützen. Das hat jedoch nicht zum Wiedererstehen der Industrieforschung geführt, die 1990/1991



Hans Joachim Meyer: Die wissenschaftlichen Aufbauleistungen sind trotz mancher Bitterkeit ein deutliches Zukunftszeichen.

flächendeckend aufgegeben wurde. In Bezug auf sein öffentlich finanziertes wissenschaftliches Potenzial inner- und außerhalb der Hochschulen kann der Osten mit dem größeren westlichen Teil der Bundesrepublik mithalten. Bei den FuE-Aufwendungen kamen dagegen 1999 auf jeden Erwerbstätigen im Westen 1.171 Euro, im Osten 282 Euro. In der privatfinanzierten Industrieforschung kommt der Osten also kaum vor.

Durch unseren eigenen, einzig realistischen und darum völlig richtigen Entschluss, der Ordnung des Grundgesetzes beizutreten, wurden wir Osis über Nacht Lehrlinge der Bundesrepublik Deutschland. Nach ersten Misserfolgen und unangenehmen Streiterfahrungen verhalten sich nun nicht wenige von ihnen in gesamtdeutschen Debatten wie früher im Marxismus-Leninismus-Seminar: Sie halten, solange es geht, den Mund und denken sich ihren Teil. Geschimpft wird vorzugsweise unter Gleichgesinnten, was eine argumentative Auseinandersetzung mit den Problemen meist erspart. Der Staat und die Politik – jedenfalls in Gestalt der Bundesrepublik – stehen vielen fern und erscheinen gleichwohl als allmächtig. Da-

her kann es auch nur am bösen Willen liegen, wenn es nicht so ist, wie es sein sollte.

Die Identifikation mit öffentlichem Interesse geht oft nicht über den eigenen Ort hinaus, erreicht allenfalls das Land, wenn es – wie in Sachsen – einen geschichtlich gewachsenen und persönlichen Bezug gibt. Vielen ist die Nische immer noch eine bevorzugte Daseinsform, nicht nur für das persönliche Leben, sondern auch als Abwehr nationaler und internationaler Zumutungen.

Mangel an Internationalität

Jede Art von internationaler Verantwortung abzulehnen, insbesondere die Teilnahme an militärischen Einsätzen, und dies als nicht hinterfragbare Friedensliebe zu betrachten, ist eine weit verbreitete Haltung. Ein besonderer Aspekt ist der Mangel an Erfahrung im Umgang mit Unvertrautem und Andersartigem, der zu misstrauischer Unfreundlichkeit gegenüber Fremden führen kann und leider auch bei einigen in dumpfe und brutale Ausländerfeindlichkeit umschlägt.

„Akte von Ausländerfeindlichkeit bedrohen nicht zuletzt die Anziehungskraft der ostdeutschen Hochschulen wie auch der neu geschaffenen Max-Planck-Institute auf fähige und leistungswillige junge Menschen jenseits unserer Grenzen.“

Nicht zuletzt wird dies ermöglicht, weil bürger-schaftliche Bereitschaft, gegen solches Reden und Handeln aktiv Partei zu ergreifen, zu gering ausgebildet ist, und weil der Rechtsstaat eine vielen Ost-Deutschen völlig unbegreifliche Handlungsunwilligkeit an den Tag legt. Ist dies vielleicht

die Folge einer in der alten Bundesrepublik schon lange betriebenen Überdehnung des Individualrechts zu Lasten des Gemeinwohls?

Akte von Ausländerfeindlichkeit bedrohen nicht zuletzt die Anziehungskraft der ostdeutschen Hochschulen wie auch

der neu geschaffenen Max-Planck-Institute auf fähige und leistungswillige junge Menschen jenseits unserer Grenzen. Lassen Sie mich zwei Zahlen als Beweis für diese Attraktivität nennen: Das Dresdner Max-Planck-Institut für Molekulare Zellbiologie und Genetik hat 47 ausländische Gastwissenschaftler und Doktoranden und das Dresdner Max-Planck-Institut für die Physik komplexer Systeme sogar 76 ausländische Doktoranden, davon 63 aus Osteuropa, Asien und Lateinamerika.

Im Osten ist 1989 die Utopie des zentralplanwirtschaftlichen Sozialismus krachend zusammengestürzt. Im Westen scheint mir die Einsicht überfällig, dass die Vorstellung realitätsfern ist, man könne den Risiken und Schwierigkeiten des Lebens entkommen, indem man ein möglichst enges Netz von individuellen Rechtstiteln knüpft, deren Vollzug und fortwährende Verfeinerung durch Politik und Administration von Richtern kontrolliert und vorangetrieben wird. Die deutsche Gesellschaft ist in einem erschreckenden Maße handlungsunfähig und handlungsunwillig. Sie ist handlungsunfähig durch eigene Regelungen und handlungsunwillig durch Desinteresse an der Zukunft dieses Landes.

Als 1989/90 die deutsche Einheit und Freiheit friedlich erreicht wurde, entstand die Chance, sich als demokratische Nation zu begreifen, aber dies wird so gut wie nicht genutzt. Statt dessen stolpern wir Deutschen eher widerwillig und maulend durch die Geschichte. Die wissenschaftlichen Aufbauleistungen sind dagegen trotz mancher Bitterkeit und manchen Misslingens ein deutliches und bedeutsames Zukunftszeichen.

Prof. Dr. Hans Joachim Meyer ist sächsischer Staatsminister für Wissenschaft und Kunst und Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken.

Christoph Mühlhaus

Starke Forschung lockt Unternehmen

WIRTSCHAFTLICHE PROBLEME IN DEN NEUEN LÄNDERN

In den neuen Bundesländern wird wenig Industrieforschung betrieben. Der Geschäftsführer der Buna Sow Leuna Olefinverbund GmbH, Schkopau, schildert das Konzept für ein regionales Forschungsnetzwerk, das Industrieunternehmen ermuntern soll, ihre Forschungsabteilungen in Mitteldeutschland anzusiedeln.

Wie der Wissenschaftsrat die Strukturanpassung in den neuen Bundesländern und speziell in Berlin begleitet hat, habe ich mit Aufmerksamkeit gehört. Als Vertreter der Industrieforschung nehme ich einen anderen Blickwinkel ein: Wir hatten keinen Wissenschaftsrat, wir hatten die Treuhandanstalt. Im Jahr 1990 hatte unser Unternehmen, die BUNA, 18.700 Beschäftigte. Davon waren 1.200 in der Forschung tätig, von ihnen waren nach heutigen Begriffen etwa 400 Forscher. In der Treuhandanstalt gab es den Grundsatz: „Forschung ist nicht privatisierungsfähig“.

schung, wurden aber nicht von einem neutralen Wissenschaftsrat begleitet, sondern von Gutachtern, die wiederum von den Gesellschaftern beauftragt waren. Dann kamen die Unternehmensberater, die McKinseys, die Arthur D. Littles und so weiter. Sie haben aufgeschrieben, was der Auftraggeber hören wollte.

Die Wahrheit war, dass wir weiter forschen mussten. Seit Juli 1990 befanden wir uns in einem ganz anderen Markt, dem westeuropäischen Markt mit anderen Gesetzen. Wir mussten unsere Polymere weiter verkaufen und die Qualität sofort den neuen Standards anpassen. Wenn uns nicht die Qualität beschäftigte, dann waren es neue Zertifikate oder neue Umweltauflagen, die ebenfalls einen hohen Entwicklungsaufwand bedeuteten.

Eine andere Aufgabe war die Entwicklung von Verfahren, die man üblicherweise in Lizenz erwirbt. Ein Beispiel: Zu DDR-Zeiten hatten wir Verhandlungen ge-

In der Treuhandanstalt gab es den Grundsatz: Forschung ist nicht privatisierungsfähig.

Investoren bringen Know-how mit

Dieser Grundsatz bewahrheitete sich bei der schnellen Privatisierung von Geschäftsfeldern. Die Investoren brachten ihr Know-how mit, und selten wurde die Forschung benötigt. Es gab aber Unternehmen – und zu denen gehörte die BUNA –, die nicht so schnell privatisierungsfähig waren. Wir hatten weiterhin die For-

führt, um für schaumfähige Polystyrole eine Lizenz zu kaufen. Die Devisenknappheit ließ das Geschäft nicht zu, aber nach der deutschen Einheit wollten wir es vollziehen. Allerdings gab es kein Unternehmen mehr, das einem Staatsbetrieb – und ein Treuhandbetrieb war faktisch ein Staatsbetrieb – eine solche Lizenz verkaufen wollte. Die Sorge ging um, wo man uns nach der Privatisierung wiederfinden würde. Das heißt also, wir forschten weiter, allerdings schon reduziert auf einen vernünftigen Kern.

Regionale Vernetzung

Im Jahr 1995 erfolgte die Privatisierung. Heute bin ich in dem Unternehmen Dow Chemical tätig. Damals war ein politischer Meinungsumschwung festzustellen. Die Industrieforschung war in den neuen Bundesländern sehr ausgedünnt, und es bestand der politische Auftrag an den Investor, die Forschung zu evaluieren. Gibt es Chancen, Forschungselemente in den amerikanischen Konzern einzubauen? Das war für Dow Chemical eine harte Herausforderung, weil sie in den Geschäftsfel-

dern, die wir hatten, schon alles besaßen. Das Ergebnis der Evaluation war aber positiv für uns. Wir konnten sehr viel Know-how einbringen und hatten das Glück, zwei für Dow Chemical neue Geschäftsfelder zu betreiben. Heute nehmen wir von Mitteldeutschland aus für beide Geschäftsfelder internationale Kompetenzen wahr. Dow hat eine globale Organisation, das heißt, es gibt immer nur ein Kompetenzzentrum. Für zwei Produktgruppen liegt die Zuständigkeit bei uns, und bei anderen Produktgruppen arbeiten wir in internationalen Teams mit.

Es erfolgte eine weitere Reduzierung der Forschungsabteilung. Mit heute 185 Forschern sind wir für einen Dow-Konzern auf einem vernünftigen Level. Gleichzeitig investierte der Mutterkonzern sehr viel: 42 Millionen Mark für neue Ausrüstung und Einrichtung. An sich könnten wir relativ gelassen in die Zukunft schauen, aber die Entwicklung geht genauso weiter wie der Wettbewerb im Konzern. Neue Forschungseinrichtungen kann man an anderen Standorten installieren, und die Experten sind schnell transferiert. Dies führte uns zu der Überlegung, etwas für die Zukunft zu schaffen, was uns keiner wegnehmen kann: eine regionale Vernetzung!

Als wir 1997 begannen, ein regionales Netzwerk der Mitteldeutschen Kunststoff-Technik aufzubauen, haben wir festgestellt, dass es eine Reihe leistungsfähiger Institute gab, aber sehr wenig Industrieforschung betrieben wurde. Es gab zwar einige kunststoffverarbeitende Unternehmen in der Region, aber oft spielten Innovationen eine untergeordnete Rolle. Die Hauptthemen waren Eigenkapitalschwäche oder Marktzugang. Inzwischen arbei-

„An sich könnten wir relativ gelassen in die Zukunft schauen, aber der Wettbewerb im Konzern geht weiter. Neue Forschungseinrichtungen kann man an anderen Standorten installieren, und die Experten sind schnell transferiert.“



Christoph Mühlhaus: Viel Know-how in die Forschung eingebracht.

ten 80 Unternehmen an dem regionalen Netzwerk mit.

Es war damals typisch für Forschungsinstitute, dass sie nicht nur ihre Aufträge aus Westeuropa hatten, sondern auch ihre Kontakte in diese Richtung lenkten. In der eigenen Region gab es nur noch wenige Verbindungen. Trotzdem ist es gelungen, ein Netzwerk aufzubauen, das sich schrittweise weiter entwickelt hat: erst Erfahrungsaustausch, dann gemeinsame Projekte. Beim Erfahrungsaustausch können viele mitwirken, bei gemeinsamen Projekten gibt es vielleicht zwei bis fünf Partner, die zusammenarbeiten können.

Inzwischen ist es gelungen, diese Kooperationen in ein neues Konzept zu überführen, das die Landesregierung Sachsen-Anhalt im so genannten Strategie-Dialog aufgegriffen hat, den wir gemeinsam führen. Das Netzwerk soll so erweitert werden, dass es auch international Beachtung findet.

Dazu sind drei Bausteine vorgesehen: zunächst die Ansiedlung eines Fraunhofer-Demonstrations-Zentrums zu Polymersynthesen in Mitteldeutschland, dann der Ausbau oder Neubau eines Fraunhofer-Instituts für Werkstoffmechanik, das ja schon in Halle beheimatet ist. Der dritte Baustein ist eine Neuausrichtung der Martin-Luther-Universität in Halle in den Bereichen der Prozesstechnik und Materialwissenschaften. Hierbei sind ebenfalls Neubauten und neue Einrichtungen vonnöten. Unsere Vision ist, so kompetent zu werden, dass neue Unternehmen beschließen, sich in Mitteldeutschland anzusiedeln und hier auch Forschung zu betreiben.

in Mitteldeutschland Produktionsstandorte aufzubauen. Bisher ist es uns aber nur unzureichend gelungen, diese Unternehmen davon zu überzeugen, auch die Forschung nach Mitteldeutschland zu verlagern. Wir gehen nun davon aus, dass es uns mit dem Netzwerk schrittweise gelingt, dieses Ziel umzusetzen. In der Kombination von Fraunhofer-Instituten und der Martin-Luther-Universität würde auch die Attraktivität der Hochschullandschaft verbessert, was sich nicht zuletzt positiv bei gemeinsamen Berufungen von Professoren auswirkt.

Die demographische Falle ist auch eine Sorge, die uns umtreibt. Wo nehmen wir in einigen Jahren unseren Nachwuchs her? Wie gestalten wir die Ausbildung in Naturwissenschaften und Technik so attraktiv, dass sich die Wünsche der Studierenden in diese Richtung verlagern? Wir sind bei einer schwierigen Ausgangssituation gestartet, und ich weiß, dass nicht alle so viel Glück hatten wie unser Unternehmen, mit einer stabilen Industrieforschung Jahre hindurch zu agieren. Ich weiß, dass es erhebliche Strukturprobleme in der Kunststoffverarbeitung gibt, also gerade in dem Bereich, der in der Wertschöpfungskette hinter uns steht. Wir müssen noch sehr viel tun, um zu neuen Strukturen zu kommen, die in die Zukunft weisen.

Wir haben die Vision, so kompetent zu werden, dass neue Unternehmen beschließen, sich in Mitteldeutschland anzusiedeln und hier auch Forschung zu betreiben.

Unternehmen angelockt

Wir haben durch unser Konzept *value park* eine Reihe von Firmen der Kunststoffverarbeitenden Industrie veranlasst,

Dr. Christoph Mühlhaus ist Geschäftsführer der Buna Sow Leuna Olefinverbund GmbH, Schkopau.

Dieter Simon

Das Märchen von Berlin

WIE REAGIERT DIE HOCHSCHUL- UND WISSENSCHAFTSPOLITIK?

Der Präsident der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften erzählt das bittere Märchen von der Berliner Wissenschaftspolitik. Bislang werde auf ein Happy End gewartet.

Wie reagiert die Hochschul- und Wissenschaftspolitik?“ Worauf denn, fragt man unwillkürlich zurück. Ja nun, auf das Großthema: Wo stehen wir? Was steht an? Gegenwart und Zukunft, Präsens und Futur, wie sehen sie aus? Auf so schwierige Fragen soll also die Hochschul- und die Wissenschaftspolitik reagieren, was sofort zu der weiteren Frage führt: Welcher Art denn diese politischen Akteure sind, von denen Reaktionen erwartet werden, obwohl man doch von Politikern eigentlich Aktionen erwarten sollte. Offen gestanden, es war mir zu mühsam, nach solchen reaktionsbereiten Charakteren zu forschen, zumal zu befürchten stand, dass sich ihre Reaktionen, Antworten und Beschreibungen wie üblich im düsteren Unterholz des realpolitischen Dschungels verlaufen würden.

Es war einmal ein kleines Land...

Wer keine Antworten zur Verfügung hat und sein Publikum gleichwohl ein wenig unterhalten möchte, ist von altersher gut bedient, wenn er in die Schatztruhe der Fabeln und Märchen greift. Ich erzähle das Märchen von der Berliner Wissenschaftspolitik:

Es war einmal ein kleines Land, das rund herum von seinen Gegnern eingeschlossen war. Wie ein Pfahl stak es im Fleische des Feindes. Seine Bewohner galten deshalb als besonders tapfer und wurden aus der Ferne liebevoll umsorgt; so liebevoll und so umfassend, dass sie eines Tages völlig vergessen hatten, dass man auch für sich selbst sorgen könnte. Ihre Arbeitsorgane verkümmerten und ihre Genussorgane vergrößerten sich in einem bis dahin unbekanntem Umfang.

Ob dieser Prozess endlos weitergegangen wäre oder irgendwann ein Ende im seligen Nirwana der totalen Betreuung gefunden hätte, blieb leider ungeklärt, denn völlig überraschend platzte der feindliche Ring, der das Ländchen umgab. Die bösen Gegner verschwanden, und der gepöppelte Pfahl steckte unversehens nicht mehr im fremden, sondern im eigenen Fleisch.

Jetzt war guter Rat teuer, denn die vielen Stätten, an denen man sich bisher kulturell amüsiert hatte, und die nicht weniger zahlreichen Stätten, von denen man in Zukunft wissenschaftlich leben wollte und sollte, bedurften der Überprüfung, der

Völlig überraschend platzte der feindliche Ring, der das Ländchen umgab, die bösen Gegner verschwanden, und der gepöppelte Pfahl steckte unversehens nicht mehr im fremden, sondern im eigenen Fleisch.

Reinigung und der Vereinigung. Aber wer sollte sich dieser Aufgabe widmen, wenn alle nur noch das Verteilen, nicht aber das Erwerben hinreichend beherrschten?

Erfreulicherweise stürzte sich der aus der Provinz herbeigeeilte forsche Ritter Manfred mit solcher Bravour auf das Problem, dass er zwar im Zentrum der Landschaft einen ziemlich großen Hügel von Schulden zurückließ. Um den herum entfaltete sich jedoch eine sauber gerodete, wohlvermessene und exakt verplante Region. Es fehlten nur noch die Paläste und die Gärten, und fast wäre alles wieder so gewesen wie früher.

Die auf dem ehemaligen Pfahl Ansässigen waren es deshalb sehr zufrieden. Sie blickten optimistisch in die Zukunft und hatten obendrein und unerwartet einen echten Wissenschaftsminister am Werke gesehen, was einem einfachen Sterblichen nicht täglich zustößt. Es sollte freilich ihr letztes derartige Erlebnis gewesen sein. Davon wussten sie allerdings damals noch nichts, weshalb sie noch recht hoffnungsfroh und nicht ohne Vergnügen auf den kleinen, schnell drehenden Nachfolger

blickten, der ihnen jedoch als unvergessliche Bereicherung lediglich die inzwischen berühmt gewordene Bemühungszusage hinterließ und im übrigen immer wieder so geschickt hinter dem Erichsfelsen in Deckung ging, dass sein letztlich geringes Interesse für die Sache der Wissenschaft nicht eigentlich offenbar wurde.

Als er aus dem Amte schied, waren die Pfahlbürger zu generöser Nachsicht bereit. Denn schließlich war inzwischen deutlich geworden, dass auch der beste Wille nichts vermag, wenn es dem bösen Finanzierer nicht gefällt. Wenn ein Staatswesen unter der Schuldenlast kracht, kommt es offenbar nicht mehr darauf an, ob überhaupt ein Wille vorhanden ist oder nicht.

Es war inzwischen augenfällig geworden, dass der stolze Pfahl hohl geworden war und morsch bis in sein entschwundenes Mark. Seine Bürger waren deshalb weder besonders erstaunt noch besonders erschrocken, als die dem Kreisel folgende willensstarke Importware so schnell ver-

„
Inzwischen war deutlich geworden, dass auch der beste Wille nichts vermag, wenn es dem bösen Finanzierer nicht gefällt.“



Dieter Simon: Wer keine Antworten hat, ist gut bedient, wenn er in die Schatztruhe von Märchen greift.

glühte, wie sie aufgeflammt war, und die wenig berauschende Situation eintrat, dass sich eigentlich kein Hochwürdiger mehr für das wohlfeile Amt interessieren mochte. Als endlich ein Kandidat entdeckt worden war, machte dieser denn auch keinerlei Versuch mehr, das Fehlen seiner Leidenschaft für die weiten Wälder des Wissens zu verbergen oder sie wenigstens mit seiner ebenfalls fehlenden Begabung zu versöhnen, die immer noch nicht blühende Landschaft zu bestellen.

Dann brach der Pfahl endgültig zusammen. Es schleppte sich auseinander, was nicht zueinander gehörte. Der neue Charme warf sich anmutig in die Bresche, piff und zwitscherte und versuchte unbefangenen sein Möglichstes; möglich war ihm allerdings nichts und dies um so mehr, als er den einzigen Fachmann seines Hauses schleunigst exmittiert hatte. Schon traten die endlichen Sieger auf und änderten schnell, was geändert werden musste. Erneut wurde die politische Sprache deutlich bereichert, diesmal um den Slogan „Und das ist auch gut so“. Und wie schon zu Platons gemächlichen Zeiten trat die Philosophie in den Dienst der Politik. Ihre erste Entscheidung war denn auch durch und durch philosophisch, das heißt unverständlich für den nicht-philosophischen Rest der Welt. Sie läuteten dem gerade erst aufgeblühten Teil der medizinischen Forschung verbiestert die Totenglocke.

ten sie sich nachts in ihren Betten hin und her. Dann kam ihnen die Erleuchtung.

Sie fielen auf die Knie und beteten zum Herrn ihres Erdkreises, zum großen Onkel, dass er sie von ihrem Leid erlösen möge: „Lieber Onkel Gerhard“, so flehten sie, „bitte befrei uns von dem Übel und übernimm uns und unser Territorium zur Gänze in deine Verantwortung. Verwandle unsere Regierung in kleine kommunale Oberhäupter, wie es ihren Fähigkeiten entspricht. Gib uns und ihnen kein Geld, denn wir und sie können doch nicht damit umgehen. Tilge unsere Schulden und gib uns etwas zum Naschen. Nimm uns das Wahlrecht und mache uns exterritorial, wie es einst dem jenseits des großen Wasser gelegenen Distrikt Columbia geschehen ist, und wir wollen dir dankbare und wunderbare Hauptstadt-Menschen sein.“ So jammernten sie. Aber der große Gerhard zählte gerade seine Wähler und hörte nichts. Und ob er sie jemals hören wird, ist bislang völlig ungewiss.

So kommt es, dass sie immer noch auf den Knien liegen und schlotternd auf ein Wunder warten, das sich jedoch nicht einstellen will. Und wenn sie nicht sterben werden, dann bleiben sie dort liegen.

„Lieber Onkel Gerhard“, so flehten sie, „bitte befrei uns von dem Übel und übernimm uns und unser Territorium zur Gänze in deine Verantwortung.“

Befrei uns von dem Übel

Da erschrakten die Bewohner des kleinen Landes sehr, weil sie fürchteten, dass ein so deutliches Zeichen des Wahnsinns von Anbeginn der Amtszeit ihrer neuen Regierung als Hinweis auf das rasch nahende Ende der gesamten Region gedeutet werden müsse. Mürrisch standen sie tagsüber an den Ecken ihrer Stadt. Schlaflos wälz-

Prof. Dr. Drs. h. c. Dieter Simon ist Präsident der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften. Er war von 1989 bis 1993 Vorsitzender des Wissenschaftsrates.

”

Diskussion mit dem Plenum

Hartmut Grübel:

Herr Simon, ich erinnere mich an den 3. Juli 1990, als Ihnen – dem damaligen Vorsitzenden des Wissenschaftsrates – die Politik den Antrag machte, die Evaluierung zu übernehmen. Sie wussten, was Sie taten, als Sie damals annahmen – Ihre Haltung ist besonders ehrenwert. Der Antrag kam nicht von einem Staat, sondern von den beiden deutschen Staaten. Auch die Vertreter der Wissenschaftsorganisationen der damaligen DDR baten den Wissenschaftsrat, die Evaluierung zu übernehmen.

Zu Recht wird anerkannt, wie viel uneigennützig und harte Arbeit von den Evaluierungsgruppen West investiert wurde. Dabei sollten wir aber nicht vergessen, dass vom 3. Juli 1990 an, als der Antrag auch von den Bürgern Ost gestellt wurde, sie diese Umbauarbeit we-

sentlich mitgetragen haben. Der Umbauprozess beinhaltete die Evaluierung und die materielle Sanierung der Einrichtungen. Dabei gilt es, die Rolle der Partneereinrichtungen im Westen und die Wissenschaftlichen Räte in den Ost-Instituten gleichermaßen zu erwähnen. Rund eine Milliarde D-Mark wurde in den Umbau der Institute gesteckt, im Wesentlichen nach dem Votum der zweiten Garde der Wissenschaftlichen Räte. Viele haben Verantwortung übernommen, die heute nicht mehr sichtbar sind. Zur Geschichte des einigermaßen gelungenen Umbaus gehört auch das Engagement derer, die trotz eigener beruflicher Unsicherheit in diesem Prozess Verantwortung übernommen haben.

Jürgen Schlegel:

Herr Kaase, Sie haben den Artikel 91b Grundgesetz erwähnt, der auf den Prüfstand müsse. Wenn ich zehn Jahre nach dem Aufbau neuer Forschungseinrichtungen in den neuen Bundesländern Bilanz ziehe, stelle ich fest, dass die Aufbauleistung nur möglich war, weil Bund und Länder gemeinsam Verantwortung übernommen haben. Denn es ging dabei um mehr als um die Finanzierung. Der Aufbau des Wissenschaftssystems in den neuen Bundesländern ist ein Beweis dafür, dass es den 91b geben musste und als Gemeinschaftsaufgabe Forschungsförderung weiterhin geben muss.

Max Kaase:

Die Gemeinschaftsfinanzierung ist ein wichtiges Thema. Hintergrund ist die Fö-

>>>



Jürgen Schlegel: Die Aufbauleistung war nur möglich, weil Bund und Länder gemeinsam Verantwortung übernommen haben.

”



Christian Bode: Die ostdeutschen Hochschulen sollten die Osterweiterung positiv nutzen.

deralismusdiskussion. Es ist ein Thema, über das gesprochen werden muss, und wir sind gut beraten, uns auf diese Diskussion mit guten Argumenten vorzubereiten. Damit habe ich aber noch keine Position bezogen, in welcher Richtung diese Diskussion verlaufen soll.

Reimar Lüst:

Mich bedrücken die unterschiedliche Bezahlung und die unterschiedlichen Pensionsregelungen für Professoren, die an ein und derselben Universität tätig sind. Dieses Problem muss noch einmal diskutiert werden. Ich weiß um die rechtlichen Schwierigkeiten, aber mir lässt der Sachverhalt keine Ruhe.

Hans-Joachim Meyer:

Herr Lüst hat eine der bittersten Konsequenzen des Einigungsprozesses ange-

sprochen. Das Problem können die ostdeutschen Länder aber nicht allein lösen, denn sonst entstehen noch größere strukturelle Verwerfungen sowohl in der Relation der Einkommen zwischen gewerblicher Wirtschaft und öffentlichem Dienst als auch innerhalb der für längere Fristen feststehenden Haushalte.

Meine Zuneigung zum Föderalismus lässt mich nicht die derzeitigen Gefahren übersehen. Wir haben eine ausgeprägte Tendenz, den Föderalismus zu einem Partikularismus zu verkehren. Dieser Partikularismus lebt vom Egoismus insbesondere der reichen Bundesländer.

Ich bin davon überzeugt, dass gerade im Blick auf die schwierige demographische Situation Bildung, Wissenschaft und Kultur von zentraler Bedeutung sind. Ohne die Verantwortung der Länder ändern zu wollen, bin ich der Auffassung, dass das Maß von



Gemeinsamkeit in einem sehr viel höheren Grade erkannt und angenommen werden muss, als das derzeit der Fall ist. Eine gemeinsame Rahmenbedingung für die Wissenschaft, in der Forschung wie im Hochschulbau, scheint mir selbstverständlich. Man muss das auch im europäischen Kontext sehen. Der eine oder andere scheint der Meinung zu sein, in dem sich vereinigenden Europa wird die bundesstaatliche Klammer von geringerer Bedeutung sein, und wir werden uns mit unseren jeweiligen Nachbarn zweckmäßig und vorteilhaft arrangieren. Wenn man das Ganze unter die Losung des Endes des Nationalstaates stellt, dann kann man sich einer breiten politischen Unterstützung sicher sein. Das scheint mir im Moment eine Gefahr.

Johann Gerlach:

Der Wissenschaftsrat ist die einzige Klammer zwischen Politik und Wissenschaft, der es gelingen kann, diese Gemeinschaftsaufgabe zu bewältigen. Konkurrenz oder Profil sind legitime Maßnahmen gegen Verkrustungen, gegen Lahmheit, gegen Nicht-Wettbewerb. Aber diese Tendenzen bedeuten auf der anderen Seite einen Drive zur Dezentralisierung und zum Egoismus, der tatsächlich das Gesamte gefährden kann. Im Bereich der Wissenschaft ist der Wissenschaftsrat die einzige Institution, die auch durch interne Diskussionen wirken kann, damit das Bewusstsein für diese nötige Klammer erhalten bleibt.

Christian Bode:

Hier ist eine gewisse resignative Stimmung aufgekommen. Wir sollten uns aber nicht daran beteiligen, Resignation zu verbreiten. Der DAAD hat dazu beigetragen, ein Stückchen Deutsche Einheit zu verwirklichen, nämlich im internationalen Bereich. Wir ha-

ben sämtliche Stipendiaten der DDR übernommen, es waren rund 10.000. Unter extrem schwierigen Bedingungen haben 90 Prozent ihren vorgesehenen Abschluss gemacht, mit zum Teil enormem Engagement sogar abgewickelter Hochschullehrer. Das sei auch einmal erwähnt. Die ostdeutschen Hochschulen nehmen an unseren Programmen mindestens proportional Teil, und zwar im Wettbewerb. Das alles sind positive Zeichen. Abschließend will ich auf die revolutionären europäischen Umwälzungen verweisen. Wir sollten die Osterweiterung positiv nutzen. Ich sehe hier auch eine Chance für die ostdeutschen Hochschulen, die noch entschiedener angepackt werden muss. Gar nicht zu sprechen von dem globalen Bildungsmarkt, wo es eine enorme Nachfrage gibt und wo Deutschland künftig auch eine größere Rolle spielen könnte. Es gibt interessante und lohnende Aufgaben: Packen wir sie an.

Max Kaase:

Diejenigen von uns, die an dem Prozess der Umgestaltung der Wissenschaftslandschaft 1990 bis 1993 beteiligt waren, werden es vielleicht nicht so gern offen aussprechen, weil es so unbescheiden klingt. Aber unter den gegebenen Rahmenbedingungen haben wir unsere Aufgabe einigermaßen gut erledigt. Dabei haben wir die Menschen zu keinem Zeitpunkt aus dem Auge verloren. Diesen positiven Akzent sollten wir mitnehmen.

Wilhelm Krull

Entwicklungschancen nutzen

Veränderungen des gesamtdeutschen Wissenschaftssystems sind dringend notwendig, meint der Generalsekretär der VolkswagenStiftung mit Blick in die Zukunft. Dies gilt besonders vor dem Hintergrund der internationalen Entwicklung.

Der Rückblick zeigt, dass der außeruniversitäre Sektor am stabilsten ist, sowohl organisatorisch als auch finanziell, und dass bei der Transformation auch viel inhaltlich Neues auf den Weg gebracht worden ist und wir keineswegs bloß die Dinge von West nach Ost übertragen haben. Mehr noch: In der Klimafolgenforschung oder der molekularen Medizin sind zum Beispiel die heute führenden Einrichtungen in Ost-Deutschland.

Bei den Hochschulen ist durch die Finanzkrisen der jüngsten Zeit aus einer produktiven Unruhe eine große Verunsicherung geworden. Man wird darüber nachdenken müssen, wie man die angefangene Selbsterneuerung in einem zweiten Anlauf zu einer inhaltlichen Selbsterneuerung, auch zu einer Neuformierung von Studiengängen, Disziplinen und so weiter bringen kann.

In diesem Kontext spielt das Thema Entstaatlichung eine große Rolle. Es wird ganz wesentlich sein, dass das nicht mit einer Flucht aus der

Verantwortung verbunden ist. Dazu neue Gedanken zu entwickeln, ist eine wesentliche Aufgabe der künftigen Konzepte.

Angesichts des raschen Wandels zur Wissensgesellschaft und der damit einhergehenden Veränderung der Bedingungen im Umfeld fordern auch die neuen wissenschaftsimmanenten Entwicklungen dazu heraus, klar zu erkennen, dass wir insbesondere im Bereich der bisweilen überaus trägen, manchmal geradezu reformresistenten Strukturen und Organisationsformen handeln müssen.

Ungelöste Fragen

Dazu gehört mehr Ehrlichkeit im Umgang mit den Schwächen unseres eigenen Wissenschaftssystems. Die Probleme, die sich jetzt in Ostdeutschland stellen, sind Probleme des gesamtdeutschen Wissenschaftssystems. Wenn ich einen Wunsch frei hätte, würde ich mir vor allem weniger Ängstlichkeit und ein hohes Maß an Kreativität im Aufgreifen von Veränderungschancen wünschen.

Was kann der Wissenschaftsrat tun? Bei der Umsetzung der vom Wissen-

”

Die Probleme, die sich jetzt in Ostdeutschland stellen, sind Probleme des gesamtdeutschen Wissenschaftssystems.

schaftsrat gegebenen Empfehlungen hat es eine ganze Reihe von Ungerechtigkeiten gegeben. Diese Ungerechtigkeiten wird der Wissenschaftsrat selbst nicht beseitigen können, er hat auch von Anfang an betont, dass die individuellen Personalentscheidungen nicht seine Sache sind.

„ Wir haben Anfang der 90er Jahre einen Vorschlag in Richtung eines europäischen Research Councils, einer europäischen DFG, gemacht. Diese Diskussion wird jetzt wieder aufgegriffen.

Gleichwohl besteht hier ein Problem, und über eine Lösung müssen wir neu nachdenken. Die südafrikanischen Gerechtigkeitskommissionen wären vielleicht ein Modell, aber eine Patentlösung habe ich nicht.

Zwei Arbeitsgruppen des Wissenschaftsrates beschäftigen sich im Moment mit

Defiziten, die mit der Neuformierung des Wissenschaftssystems nach der Wende zu tun haben. Die eine befasst sich mit der nach wie vor ungelösten Frage einer nationalen Repräsentanz der deutschen Wissenschaft. Diese Arbeitsgruppe wird sicher gefordert sein, einen neuen Vermittlungsversuch zwischen „den sieben Zwergen“ und dem Rest der Welt zu finden. Die andere Arbeitsgruppe beschäftigt sich mit der strategischen Forschungsförderung. Dort wird ganz entscheidend sein, dass man über die Chancen einer inhaltlichen, aber auch organisatorischen Erneuerung nachdenkt und für Deutschland passende Lösungen auch vor dem Hintergrund internationaler Entwicklungen findet.

Zwei andere Arbeitsgruppen würde ich persönlich für dringlich halten. Einmal geht es um die grundlegende Situation der Geisteswissenschaften. Wie sollen die Geisteswissenschaften künftig im deutschen Wissenschaftssystem positioniert sein und sind die Zentren – inneruniversitär oder auch überregional – tatsächlich das geeignete Modell? Hier werden jenseits der Lehrerbildung die Aufgaben neu zu definieren sein, um den Geisteswissenschaft-

ten in den Universitäten auch in Zukunft einen angemessenen Platz zu bieten.

Der andere Punkt: Durch die Veränderungen, die sich auf der europäischen Ebene, mit dem europäischen Forschungsraum, ergeben werden, wird es Zeit, an die Empfehlung zur Internationalisierung der Wissenschaftsbeziehungen von Anfang der 90er Jahre wieder anzuknüpfen. Wir haben damals einen Vorschlag in Richtung eines europäischen Research Councils, einer europäischen DFG, gemacht. Diese Diskussion wird jetzt interessanterweise von anderen Ländern wieder aufgegriffen, etwa von Dänemark, Schweden oder Großbritannien. Diese Offenheit setzt voraus, dass wir uns neu darüber unterhalten, was zu tun ist.



Wilhelm Krull: Mehr Ehrlichkeit im Umgang mit den Schwächen unseres Wissenschaftssystems.

Auch bei der privaten Forschungsförderung müssen wir teilweise neue Wege gehen. Wir werden überlegen müssen, ob die Formen, in denen wir bisher gefördert haben, noch zu den veränderten Rahmenbedingungen passen. Ich will nur ein Stichwort nennen: Stiftungsprofessuren, die nach fünf Jahren in die Staatsfinanzierung übergehen, scheinen mir in Anbetracht der degressiven Haushaltsentwicklung in vielen Universitäten vielleicht gar nicht mehr fortsetzbar zu sein. Das gleiche betrifft auch die Anschubfinanzierung für institutionelle Reformen, deren Nachhaltigkeit wir bisher aus dem Zuwachs heraus meinten finanzieren zu können. Von solchen Zuwächsen wird man nicht mehr ausgehen können.

Chance durch Osterweiterung

Und schließlich: Mit dem sich nach Osten erweiternden EU-Europa sind für Deutschland geopolitisch, aber auch wissenschaftspolitisch ganz neue Chancen verknüpft. Ich hoffe, dass es uns gelingt, diese Entwicklungschancen zu nutzen.

Dr. Wilhelm Krull ist Generalsekretär der VolkswagenStiftung und war bis 1993 Referatsleiter in der Geschäftsstelle des Wissenschaftsrates.

Winfried Schulze

Vor dramatischen Herausforderungen

Die Entwicklung nach 1990 hat nach Meinung des früheren Wissenschaftsratsvorsitzenden gezeigt, dass es kein Ende der Gestaltbarkeit gibt. Das macht ihn optimistisch für die künftigen Aufgaben in der Wissenschaftspolitik.

Für den Historiker ist es extrem schwierig, im Zehnjahresabstand zurückzublicken und zu urteilen. Eigentlich äußern wir uns nur dann, wenn wir die Akten gelesen haben und dann die Zeitzeugen befragen. All dies konnte hier nicht gemacht werden, und deshalb möchte ich, was ich hier sage, unter diesen methodischen Vorbehalt stellen.

Bemerkenswert ist, dass das Wissenschaftssystem in den vergangenen zehn Jahren ein prinzipiell anderes geworden ist. Mit allem, was in diesen Jahren an systemevaluatorischen Aufgaben geleistet worden ist – das gesamte Wissenschaftssystem ist ja auf den Prüfstand gestellt worden –, ist eine neue Bewusstseinslage entstanden, die für die zukünftige Entwicklung genutzt werden sollte.

Bei der Evaluation der Blauen-Liste-Institute haben wir insgesamt zwölf Empfehlungen gegeben zur Schließung oder zur Teilschließung von Institutionen. Vor dem Hintergrund der Erfahrung bundesrepublikanischer Verfestigungserscheinungen ist dies ein bemerkenswertes Ergebnis. Leider ist mein Wunsch nicht zum Tragen gekommen, dass in unser Papier zur WGL hineingeschrieben werden soll-

te, diese Forschungseinrichtungen prinzipiell nur auf Zeit einzurichten und nach einem gewissen Ablauf zu sehen, ob sie weiter gefördert werden sollen. Das wäre ein wichtiges Signal gewesen für eine „Verflüssigung“ auch in diesem Bereich der Forschungslandschaft.

Für die geisteswissenschaftlichen Zentren müssen wir ein Verfahren finden, das sie über die nächsten Jahre hinweg rettet, wenn in einigen Jahren die Förderungen auslaufen. Eine Chance haben sie nur bei einem Gesamtblick auf das geisteswissenschaftliche System.

Wie sieht es mit dem Vertrauen in die Hochschul- und Wissenschaftslandschaft aus? In den vergangenen Jahren haben wir ein System entwickelt, in dem das Urvertrauen, das der Ordinarius oder der Institutsleiter früher hatte, grundsätzlich abgeschafft worden ist. Wir haben ein neues Kontrollsystem geschaffen, und selbst die Direktoren von Instituten der Max-Planck-Gesellschaft müssen sich in bestimmten Abständen Eva-

In den vergangenen Jahren haben wir ein System entwickelt, in dem das Urvertrauen, das der Ordinarius oder der Institutsleiter früher hatte, grundsätzlich abgeschafft worden ist.



Winfried Schulze: Geschichte ist ein offener Prozess.

luationen und kritischen Beiträgen unterwerfen.

In den Universitäten sind wir inzwischen „enteignet“ worden, wir haben keine Berufungszusagen mehr, wir müssen uns alles durch die Departments bewilligen lassen. Diese neue Situation erfordert – um neue Motivation zu generieren – Vertrauen in die staatliche Seite. Vorgänge, wie sie hier in Berlin drohen oder zumindest diskutiert werden, sind natürlich überhaupt nicht geeignet, solch neues Vertrauen in die staatliche Seite aufzubauen.

Wir stehen hier in Berlin vor einer Situation, in der Kürzungen der Zuwendungen für den universitären Bereich unausweichlich erfolgen werden. Mein Eindruck ist, dass die Universitäten allein – nur ausgestattet mit der Forderung nach Profilbildung und Wettbewerb – diesen Prozess nicht bewältigen können. Deshalb plädiere ich heftig dafür, einen Berliner Landeshochschulrat einzurichten, der unter Wahrung des Gesamtsystems den Universitäten bestimmte Bereiche zuweist, in denen

sie Konkurrenz entfalten können, der aber auch dafür sorgt, dass bestimmte Bereiche in Berlin nicht kaputt gehen. Wir hatten die Situation, in der uns drohte, dass die osteuropäische Geschichte in Berlin nicht mehr adäquat vertreten zu sein würde. Solche Situationen können im Grunde nur durch einen Landeshochschulrat verhindert werden, der allerdings nicht ohne Kraft und ohne Konsequenzen sein darf.

Differenziertes Gesamtsystem

Die deutsche Wiedervereinigung hat bewiesen, dass Geschichte ein offener Prozess ist. Es gab – schon seit der Französischen Revolution – Stimmen, die meinten, die Geschichte wäre an ihr Ende gekommen. Wir sind selbst davon überrascht worden, dass ab 1989/90 eine neue Gestaltbarkeit offensichtlich wurde. Wenn ich die Situation der Jahre nach 1949 und der nach 1989 betrachte, finde ich, dass die Bundesrepublik Deutschland zu bemerkenswerten innovativen Leistungen und Anstrengun-

gen fähig gewesen ist. Von dem, was in den 50er Jahren und was nach 1990 beim Forschungsaufbau geleistet worden ist, sollte ein bisschen in die Normalpolitik übergehen. Denn wir stehen jetzt vor dramatischen Herausforderungen.

Der Wissenschaftsrat hat in den vergangenen Jahren eine ganze Reihe von Hinweisen gegeben, was auf uns zukommt: Der Aufbau einer differenzierten Hochschullandschaft, von der Berufsakademie bis zur Top-Universität, und eines Gesamtsystems, das fähig ist, einen höhe-

ren Anteil von tertiär Qualifizierten in die Arbeitswelt zu entlassen, und dies vor dem Hintergrund der demographischen Konsequenzen der nächsten Jahre.

Außerdem stehen wir vor gewaltigen Investitionen in den Wissenschaftsbereich. Große neue Aufgaben kommen auf uns zu, Milliardenaufwand für Großgeräte,

Projekte wie das TESLA-Projekt – all dies muss in einem größeren Zusammenhang neu diskutiert werden. Was können wir uns leisten, national und im europäischen beziehungsweise im internationalen Kontext? Wir haben in Deutschland inzwischen ein System entwickelt, in dem diese Dinge kanalisiert werden, in dem die gemeinsame Verantwortung von Bund und Ländern gebündelt wird und in dem der Wissenschaftsrat im Zentrum der Bemühungen steht. Ich hoffe, dass der Wissenschaftsrat diese Arbeit auch in Zukunft übernehmen wird.

”

Von dem, was in den 50er Jahren und was nach 1990 beim Forschungsaufbau geleistet worden ist, sollte ein bisschen in die Normalpolitik übergehen. Denn wir stehen jetzt vor dramatischen Herausforderungen.

Prof. Dr. Winfried Schulze lehrt Neuere Geschichte an der Universität München und war von 1998 bis 2001 Vorsitzender des Wissenschaftsrates.

Karl Max Einhäupl

Die Analyse vertiefen

Die Bilanz über die Umorganisation des Wissenschaftssystems im Einigungsprozess ist keineswegs abgeschlossen. Der amtierende Vorsitzende des Wissenschaftsrates empfiehlt, die dabei angewandten Verfahren weiterhin zu reflektieren, um aus den Fehlern für künftige, ähnlich grundlegende Struktureingriffe zu lernen.

Ist der Anspruch, den wir uns mit diesem Symposium gestellt haben, nämlich eine Analyse unseres Handelns in der letzten Dekade vorzulegen, eingelöst wor-

den? Gemessen an den Möglichkeiten, die wir dazu hatten, kann man das mit „Ja“ beantworten. Gemessen an dem Wünschenswerten ist es uns noch nicht in vol-



lem Umfang gelungen. Der Akzent hat sehr stark auf der Bilanz und nicht so stark, wie es wahrscheinlich nötig wäre, auf den Perspektiven gelegen.

Dies war nicht zuletzt in der Diskussion um Berlin zu sehen. Vermutlich werden es auch nicht die Zeitzeugen oder die Akteure selbst sein, die eine umfassende oder gar abschließende Bewertung unseres Handelns im Einigungsprozess vornehmen, sondern das werden eines Tages die Historiker tun müssen.

Versäumte Chancen bedenken

Aber muss man das überhaupt angesichts der sich in Zukunft wohl kaum wiederholenden Einmaligkeit dieses Prozesses? Die Antwort ist selbstverständlich: „Ja, man muss.“ Denn unter der zunehmenden Res-

ourcenverknappung wird es immer dringlicher werden, grundlegende Struktureingriffe vorzunehmen, die ähnliche Dimensionen haben werden wie die, die in der letzten Dekade in den neuen Bundesländern stattgefunden haben. Vor dem Hintergrund begangener Fehler, versäumter Chancen, aber auch erzielter Erfolge muss man über die Umorganisation und Integration des Wissenschaftssystems beim Einigungsprozess reflektieren.

Mit Genugtuung habe ich zur Kenntnis genommen, dass die Rolle des Wissenschaftsrates im Einigungsprozess ganz überwiegend als sehr hilfreich und positiv bewertet wurde. Ich würde mir wünschen, dass zu gegebener Zeit die Frage gestellt wird, inwieweit die Verfahren, die zur Anwendung gekommen sind, tauglich waren, das gesteckte Ziel wirklich zu erreichen, und warum es zum Beispiel nicht gelungen ist zu vermeiden, dass erkannte Schwächen im Wissenschaftssystem westlicher Prägung in den neuen Bundesländern implementiert wurden. Die Analyse dieses Prozesses müssen wir weiter vertiefen, um für die Zukunft zu lernen.

”
Vor dem Hintergrund begangener Fehler, versäumter Chancen, aber auch erzielter Erfolge muss man über die Umorganisation und Integration des Wissenschaftssystems beim Einigungsprozess reflektieren.



Karl Max Einhäupl (links) im Gespräch mit dem früheren Wissenschaftsratsvorsitzenden Winfried Schulze.

Prof. Dr. Karl Max Einhäupl ist Vorsitzender des Wissenschaftsrates.

Teilnehmer

Die persönlichen Angaben zur Position beziehen sich jeweils auf den Termin der Tagung im Februar 2002.

Adam, Konrad

Redakteur, Die Welt, Berlin

Anderbrügge, Dr. Klaus

Kanzler, Westfälische Wilhelms-Universität Münster

André, Dr. Doris

Assenmacher, Prof. Dr. Marianne

Rektorin, Hochschule für Angewandte Wissenschaften, Wernigerode

Aufderheide, Dr. Enno

Wissenschaftlicher Geschäftsführer, Hermann von Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren, Bonn

Barck, Dr. Karlheinz

Ko-Direktor, Geisteswissenschaftliche Zentren, Berlin

Bartels, Dr. Gerhard

Vorsitzender, Ausschuss für Bildung, Wissenschaft und Kultur des Landtages Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin

Bauer, Prof. Dr. Monika

Leiterin, Fraunhofer Institut für Zuverlässigkeit und Mikrointegration (IZM), Außenstelle für Polymermaterialien und Composite, Teltow

Benz, Dr. Winfried

Ministerialdirektor a.D., Zülpich

Berg, Prof. Dr. Dr. Gunnar

Vorsitzender, Mathematisch-Naturwissenschaftlicher Fakultätentag der Hochschulen in der Bundesrepublik; Martin Luther-Universität Halle-Wittenberg, Halle/Saale

Berg, Lilo

Redakteurin, Berliner Zeitung

Beyer, Prof. Dr.-Ing. Eckhard

Leiter, Fraunhofer-Institut für Werkstoff- und Strahltechnik (IWS), Dresden

Bienioschek, Dr. Horst

Ministerialrat, Sächsisches Staatsministerium, Dresden

Bierwisch, Prof. Dr. Manfred

Humboldt-Universität zu Berlin

Bittins, Dr. Ursula

Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Wissenschaftsrat, Köln

Bläsi, Dr. Bernhard

Ministerialdirigent a.D., Stuttgart

Block, Prof. Dr. Hans-Jürgen

Direktor, Technologiestiftung Schleswig-Holstein, Kiel

Blum, Prof. Dr. Jürgen

Stellvertretender Vorsitzender des Vorstands, Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt e. V., Köln

Bode, Dr. Christian

Generalsekretär, Deutscher Akademischer Austauschdienst, Bonn

Bodungen, Prof. Dr. Bodo

Institut für Ostseeforschung, Rostock

Bopp, Dr. Ulrich

Geschäftsführer, Robert Bosch Stiftung, Stuttgart

Botterbusch, Reinhart

Ministerialdirigent, Bundesministerium für Bildung und Forschung, Bonn

Brauns, Dr. Hildegard

Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Wissenschaftsrat, Köln

Bremer, Prof. Dr. Thomas

Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Halle

Christaller, Prof. Dr. Thomas

GMD-Forschungszentrum Informationstechnik GmbH, Institut für Autonome intelligente Systeme (AiS), Sankt Augustin

Delissen, Thomas

Regierungsdirektor, Finanzbehörde Hamburg

Deppner, Andrea

SPD-Bundestagsfraktion, Berlin

Dietel, Prof. Dr. Manfred

Direktor, Institut für Pathologie, Universitätsklinikum Charité, Berlin

Donhauser, Prof. Dr. Karin

Humboldt-Universität zu Berlin

Eakin-Thimme, Gabriela

Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Wissenschaftsrat, Köln

Eberhardt, Prof. Dr. Winfried

Geisteswissenschaftliches Zentrum für Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas, Leipzig

Ecker, Ute

Generalsekretärin, Sächsische Akademie der Wissenschaften, Leipzig

Eckey, Wolfgang

Senatsdirigent, Senatsverwaltung für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Berlin

Ederleh, Dr. Jürgen

Geschäftsführer, HIS Hochschul-Informationssystem GmbH, Hannover

Eichler, Dr. Wolfgang

Staatssekretär, Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt, Magdeburg

Einhäupl, Prof. Dr. Karl Max

Vorsitzender, Wissenschaftsrat, Berlin

Engeln-Müllges, Prof. Dr. Gisela

Fachhochschule Aachen

Erhardt, Prof. Dr. Manfred

Generalsekretär, Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft, Essen

Fabich, Dr. Falk

Forschungsverbund Berlin e. V.

Fischer, Hermann

Ministerialdirigent, Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin

Fischer-Lichte, Prof. Dr. Erika

Freie Universität Berlin

Flierl, Dr. Thomas

Senator, Senatsverwaltung für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Berlin

Foschepoth, Prof. Dr. Josef

Rektor, AKAD Hochschulen für Berufstätige, Leipzig

Frohberg, Prof. Dr. Klaus

Direktor, Institut für Agrarentwicklung in Mittel- und Osteuropa (IAMO), Halle

Fröhlich, Ellen

Freie Universität Berlin

Fromm, Beatrice

Generalsekretärin, Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften, Berlin

Gabriel, Prof. Dr. Helmut

Freie Universität Berlin

Gaetgens, Prof. Dr. Peter

Präsident, Freie Universität Berlin

Ganten, Prof. Dr. Detlev

Direktor der Stiftung Max-Delbrück-Centrum für Molekulare Medizin (MDC), Berlin-Buch

Gassert, Dr.-Ing. Herbert

Ehemaliges Mitglied des Wissenschaftsrates, Hirschberg

George, PD Dr. Eckhard

Direktor, Institut für Gemüse- und Zierpflanzenbau (IGZ), Großbeeren

Gerlach, Prof. Dr. Johann W.

Freie Universität Berlin

Gieraths, Dr. Christine

Max-Planck-Gesellschaft, München

Goebel, Prof. Dr. Jens

Vorsitzender, Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kunst des Thüringer Landtages, Erfurt

Goll, Dr. Dietmar

Referatsleiter, Wissenschaftsrat, Köln

Graf zu Dohna, Ludwig

KPMG Deutsche Treuhandgesellschaft AG, München

Groscurth, Hans-Wilhelm

Ehemaliger Referatsleiter, Senatsverwaltung für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Berlin

Große, Prof. Dr. Frank

Wissenschaftlicher Vorstand, Institut für Molekulare Biotechnologie (IMB), Jena

Grübel, Hartmut F.

Stellvertretender Vorstandsvorsitzender, Forschungszentrum Jülich

Grund, Dr. Uta

Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Wissenschaftsrat, Köln

Grunenberg, Nina

Die Zeit, Hamburg

Grunwald, Dr. Reinhard

Generalsekretär, Deutsche Forschungsgemeinschaft, Bonn

Hailbronner, Prof. Dr. Kay

Universität Konstanz

Hamann, Frauke

Zeit-Stiftung, Hamburg

Hegel, Dr. Hannelore

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Forschung und Kultur, Berlin

Heis, Gabriele

Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Wissenschaftsrat, Köln

Hempel, Dr. Gotthilf

Senatsrat, Senatsverwaltung für Wissenschaft, Forschung und Kultur Berlin

Herrmann, Dr. Dieter

Geschäftsführer, Union der Deutschen Akademien der Wissenschaften, Mainz

Hertel, Prof. Dr. Ingolf V.

Direktor, Max-Born-Institut für Nichtlineare Optik und Kurzzeitspektroskopie, Berlin

Herz, Prof. Dr. Dietmar

Vizepräsident, Universität Erfurt

Heß, Dr. Jürgen

Generalsekretär, Hochschulrektorenkonferenz, Bonn

Heuser, Dr. Wolfgang

Verlagsleiter, Raabe Fachverlag, Berlin

Heyden, Wedig von

Generalsekretär, Wissenschaftsrat, Köln

Hirsemann, Prof. Dr. Bernd

Institut für ökologische Raumentwicklung, Dresden

Hoening, Myriam

Journalistin, Berlin

Hoffmann, Prof. Dr. Karl-Heinz

Direktor, Stiftung Caesar, Bonn

Holzcamp, Dr. Jochen

Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Wissenschaftsrat, Köln

Horstmann, Prof. Dr. Axel

VolkswagenStiftung, Hannover

Husung, Dr. Hans-Gerhard

Präsident, Fachhochschule Hamburg

Hüttl, Prof. Dr. Reinhard F.

Technische Universität Cottbus

Imbusch, Dr.-Ing. Alexander

Leiter, Zentralbereich Forschung der Fraunhofer-Gesellschaft, München

Jaeschke, Prof. Dr. Eberhard

Geschäftsführer, Berliner Elektronenspeicherring-Gesellschaft m.b.H. (BESSY), Berlin

Janisch, Prof. Dr. Rainer

Präsident, Fachhochschule Brandenburg, Brandenburg/Havel

Jarausch, Prof. Dr. Konrad M.

Direktor, Zentrum für zeithistorische Forschung, Potsdam

Joost, Prof. Dr. H.-G.

Deutsches Institut für Ernährungsforschung, Bergholz-Rehbrücke

Jost, Dipl.-Verww., M.A. Gunther

Geschäftsführer, Heidelberger Akademie der Wissenschaften, Heidelberg

Kaase, Prof. Dr. Max

Vizepräsident, European Science Foundation; International University Bremen

Kaiser, Dr. Arno

Ministerialdirigent a.D., Krefeld

Kasparick, Ulrich

Mitglied des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, Deutscher Bundestag, Berlin

Kauffold, Prof. Dr. Peter

Minister, Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin

Keim, Prof. Dr. Karl-Dieter

Direktor, Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung e. V. (IRS), Erkner

Kern, Prof. Dr. Horst Franz

Präsident, Philipps-Universität Marburg

Kiebark, Prof. Dr.-Ing. Bernd

Fraunhofer Institut für Fertigungstechnik und Angewandte Materialforschung (IFAM), Dresden

Klein, Prof. Dr. Helene

Rektorin, Fachhochschule Potsdam

Klinger, Prof. Dr. Thomas

Direktor, Max-Planck-Institut für Plasmaphysik (IPP), Greifswald

Kling-Matthey, Dr. Christiane

Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Wissenschaftsrat, Köln

Klinkmann, Prof. Dr. Horst

Rostock

Klinzing, Dr. Larissa

Mitglied des Geschäftsführenden Vorstands, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Frankfurt am Main

Klix, Prof. Dr. h.c. Friedhart

Berlin

Klockner, Prof. Dr. Clemens

Präsident, Fachhochschule Wiesbaden

Klotz, Brigitte

Präsidentin, Fachhochschule Lausitz, Senftenberg

Kniep, Prof. Dr. Rüdiger

Direktor, Max-Planck-Institut für chemische Physik fester Stoffe, Dresden

Knorr, Dr. Heribert

Ministerialdirigent, Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst, Baden-Württemberg, Stuttgart

Kocka, Prof. Dr. Jürgen

Präsident, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung GmbH (WZB)

Köhler, Gerd

Leiter des Vorstandsbereichs Hochschule und Forschung, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Frankfurt am Main

Komusiewicz, Dr. Johan

Ministerialdirigent, Leiter der Wissenschaftsabteilung, Thüringer Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst, Erfurt

Krämer, Prof. Dr. Sybille

Freie Universität Berlin

Kreckel, Reinhard

Direktor des Instituts für Hochschulforschung Wittenberg e. V, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Halle/Saale

Kreisel, Dr. Wolfram

FDP-Bundestagsfraktion, Berlin

Kreiser, Prof. Dr. Lothar

Universität Leipzig

Kreutzmann, Gertrude

Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft und Kultur, Hannover

Kronabel, Dr. Christoph

Heidelberg Innovation GmbH, Heidelberg

Krull, Dr. Wilhelm

Generalsekretär, VolkswagenStiftung, Hannover

Lämmert, Prof. Dr. Eberhard

Direktor, Forschungszentrum für europäische Aufklärung (FEA), Potsdam

Lange, Dr. Josef

Staatssekretär a.D. der Berliner Senatsverwaltung für Wissenschaft, Forschung und Kultur, Bornheim

Lange, Dr. Rainer

Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Wissenschaftsrat, Köln

Lerchner, Prof. Dr. Gotthard

Präsident, Sächsische Akademie der Wissenschaften, Leipzig

Letko, Dr. Gerold

Ministerialdirigent, Kultusministerium Sachsen-Anhalt, Magdeburg

Letzelter, Dr. Franz

Ministerialdirektor a.D., Bonn

Leuze, Prof. Dr. Dieter

Essen

Lömker, Klaus

Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), Bonn

Lunkwitz, Prof. Dr. Klaus

Direktor, Institut für Polymerforschung Dresden e. V.

Lüst, Prof. Dr. Reimar

Max-Planck-Institut für Meteorologie,
Hamburg

Lütkemeier, Dr. Elke

Wissenschaftsrat, Köln

Maeß, Prof. Dr. Gerhard

Universität Rostock

Markusch, Prof. Dr. Dieter

Fachhochschule für Technik und Wirtschaft Berlin

Maurer, Dr.-Ing. Michael

Hauptgeschäftsführer, Arbeitsgemeinschaft industrieller Forschungsvereinigungen „Otto-von-Guericke“ e. V. (AiF), Köln

May, Dr. Thomas

Referatsleiter, Wissenschaftsrat, Köln

Mayer, Prof. Dr. Evelies

Technische Hochschule Darmstadt

Mayr, Prof. Dr.-Ing. Peter

Geschäftsführender Direktor, Stiftung Institut für Werkstofftechnik, Bremen

Merkt, Prof. Dr. Ulrich

Universität Hamburg

Meyer, Prof. Dr. Dr. h.c. Hans

Humboldt-Universität zu Berlin

Meyer, Prof. Dr. Hans Joachim

Staatsminister, Sächsisches Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst, Dresden; Präsident des Zentralkomitees der Katholiken

Mittelstraß, Prof. Dr. Jürgen

Zentrum Philosophie und Wissenschaftstheorie, Universität Konstanz

Morgner, Susann

Pressesprecherin, Humboldt-Universität zu Berlin

Mühlhaus, Dr. Christoph

Geschäftsführer, Buna Sow Leuna Olefinverbund GmbH, Schkopau

Mülke, Dr. Christoph

Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Wissenschaftsrat, Köln

Müller, Prof. Dr.-Ing. Jürgen

Rektor, Fachhochschule Schmalkalden

Müller, Prof. Dr. Dr. Bernhard

Direktor, Institut für ökologische Raumentwicklung (IÖR), Dresden

Mummendey, Prof. Dr. Amélie

Friedrich-Schiller-Universität Jena

Naumann, Michael

Verwaltungsleiter, Wissenschaftsrat, Köln

Neumann, Christiane

Wissenschaftszentrum Berlin

Neuweiler, Prof. Dr. Gerhard

Geschäftsführer, Zoologisches Institut, Ludwig-Maximilians-Universität München

Niemann, Dietmar

Hochschule für Grafik, Leipzig

Niethammer, Prof. Dr. med. Dietrich

Direktor, Universitätsklinik für Kinderheilkunde und Jugendmedizin der Erhard-Karls-Universität Tübingen

Nullmeier, Prof. Dr. Frank

Universität Essen

Nuthmann, Dr. Reinhard

Rostock

Oberender, Prof. Dr. Peter

Universität Bayreuth

Oetker, Dr. Arend

Präsident, Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft e. V., Essen

Ohl, Dr. Andreas

Geschäftsführender Direktor, Institut für Niedertemperatur-Plasmaphysik (INP), Greifswald

Oksaar, Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Els

Institut für Phonetik, Allgemeine Sprachwissenschaften und Indogermanistik, Universität Hamburg

Otto, Ilse

Mitglied der Gruppe Berlin, Deutscher Akademikerinnenbund e. V., Berlin

Parthier, Prof. Dr. Benno

Präsident, Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina, Halle/Saale

Petschel, Dr. Dorit

Technische Universität Dresden

Ploog, Prof. Dr. Klaus H.

Direktor, Paul-Drude-Institut für Festkörperelektronik im Forschungsverbund Berlin

Pobell, Prof. Dr. Frank

Wissenschaftlicher Direktor, Forschungszentrum Rossendorf, Dresden

Pott, Dr. Martin

Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK), Berlin

Pühler, Prof. Dr. Alfred

Universität Bielefeld

Reich, Dr. Brigitte

Leitungsreferentin beim Staatssekretär für Wissenschaft, Senatsverwaltung für Wissenschaft, Forschung und Kultur, Berlin

Reich, Prof. Dr. med. Jens

Stiftung Max-Delbrück-Centrum für Molekulare Medizin (MDC), Berlin-Buch

Reichel, Prof. Dr.-Ing. Dietmar

Rektor, Hochschule Zittau/Görlitz

Reicherl, Patrizia

Pressesprecherin, Fachhochschule Potsdam

Reichrath, Susanne

Abteilungsleiterin Wissenschaft und Forschung, Ministerium für Bildung, Kultur und Wissenschaft des Saarlandes, Saarbrücken

Reinhardt, Dr. Uwe

Staatssekretär, Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft und Kultur, Hannover

Reith, Karl-Heinz

Redakteur, dpa-Hauptstadtbüro, Berlin

Rieger, Prof. Dr. Franz Herbert

Rektor, Fachhochschule für Wirtschaft Berlin

Rosenthal, Prof. Dr. Walter

Direktor, Forschungsinstitut für Molekulare Pharmakologie (FMP), Berlin

Sandberger, Prof. Dr. Georg

Kanzler, Eberhard-Karls-Universität Tübingen

Schacker, Reinhard

Ministerialrat, Bundesministerium für Bildung und Forschung, Bonn

Schäferbarthold, Dieter

Generalsekretär, Deutsches Studentenwerk, Bonn

Scharfenberg, Henriette

Pressesprecherin, Fachhochschule für Wirtschaft Berlin

Scheich, Prof. Dr. Henning

Direktor, Leibniz-Institut für Neurobiologie, Magdeburg

Schipanski, Prof. Dr. Dagmar

Ministerin, Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst des Landes Thüringen; Präsidentin der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder, Erfurt/ Bonn

Schlegel, Jürgen

Generalsekretär, Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung, Bonn

Schlicht, Uwe

Redakteur, Der Tagesspiegel, Berlin

Schloemann, Dr. Johan

Frankfurter Allgemeine Zeitung, Redaktion Berlin

Schluchter, Prof. Dr. Wolfgang

Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg

Schmidt, Prof. Dr. Joachim

Universität Hamburg

Schmidt, Dr. Frank

Ministerialdirigent, Sächsisches Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst, Dresden

Schneider, Dr. Christoph

Leiter der Abteilung II, Fachliche Angelegenheiten der Forschungsförderung, Deutsche Forschungsgemeinschaft, Bonn

Schöneich, Michael

Geschäftsführer, Verband Kommunaler Unternehmen e. V., Köln

Schröder, Prof. Dr. Richard

Humboldt-Universität zu Berlin

Schuchardt, Dr. Erika

Mitglied des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, Deutscher Bundestag, Berlin

Schulz, Dr. Carl-Günter

Paul-Drude-Institut für Festkörperelektronik im Forschungsverbund Berlin

Schulze, Prof. Dr. Winfried

Ludwig-Maximilians-Universität München

Schwab, Prof. Dr. Max

Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Halle/Saale

Schwan, Prof. Dr. Gesine

Präsidentin, Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder)

Schwedler, Jana

Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder)

Schwörer, Dr. Beatrix

Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Wissenschaftsrat, Köln

Siegmund, Prof. Dr. Ernst

Brandenburgische Technische Universität Cottbus

Sies, Prof. Dr. Helmut

Präsident, Nordrhein-Westfälische Akademie der Wissenschaften, Düsseldorf

Simon, Prof. Dr. Drs. h.c. Dieter

Präsident, Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften, Berlin

Spang-Grau, Dr. Inka

Wissenschaftsrat, Köln

Stanitzek, Anna

Wissenschaftsrat, Köln

Stegner, Dr. Ralf

Staatssekretär, Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Schleswig-Holstein, Kiel

Steinberg, Prof. Dr. Christian

Direktor, Leibniz-Institut für Gewässerökologie und Binnenfischerei, Berlin

Steinbock, Prof. Dr.-Ing. Klaus

Rektor, Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur Leipzig (FH)

Steiner, Prof. Dr. Michael

Wissenschaftlicher Geschäftsführer, Hahn-Meitner-Institut (HMI), Berlin

Steinheimer, Dr. Karl-Heinrich

ver.di, Bundesvorstand, Berlin

Stoehr, Jochen

Leitender Senatsrat, Senatsverwaltung für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Berlin

Strassmeier, Prof. Dr. Klaus G.

Direktor, Astrophysikalisches Institut Potsdam

Streich, Bernd

Katholische Fachhochschule Berlin

Stucke, Dr. Andreas

Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Wissenschaftsrat, Köln

Syrbe, Prof. Dr. Max

Bad Herrenalb

Tegelbeckers, Dr. Friedrich

Referatsleiter, Wissenschaftsrat, Köln

ter Meulen, Prof. Dr. Volker

Bayerische Julius Maximilians-Universität Würzburg

Thies, Prof. Dr. Erich

Generalsekretär, Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder, Bonn

Treusch, Prof. Dr. Joachim

Vorsitzender des Vorstands, Forschungszentrum Jülich

Ungva'ri, Prof. Dr. László

Technische Fachhochschule Wildau

van de Loo, Prof. Dr. Jürgen

Medizinische Klinik und Poliklinik, Münster

Vieten, Ulrike

Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Wissenschaftsrat, Köln

Völker, Professor Klaus

Rektor, Hochschule für Schauspielkunst „Ernst Busch“, Berlin

Wächter, Dr. Martina

Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Wissenschaftsrat, Köln

Wagner, Prof. Dr. Friedrich

Direktor, Max-Planck-Instituts für Plasmaphysik (IPP), Greifswald

Wagner, Prof. Dr. Heinz G.

Geschäftsführender Sekretär, Akademie der Wissenschaften, Göttingen

Wagner, Prof. Dr. Gert G.

Forschungsdirektor, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin

Walter, Jürgen

Mitglied des Geschäftsführenden Hauptvorstandes, Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie, Hannover

Wandsleb, Holger

Persönlicher Referent des Bildungsministers, Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur, Schwerin

Wanka, Prof. Dr. Johanna

Ministerin, Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg, Potsdam

Wegener, Prof. Dr. Dietrich

Universität Dortmund

Weigel, Prof. Dr. Sigrid

Vorsitzende, Geisteswissenschaftliches Zentrum (GWZ), Berlin

Wendorf, Dr. Rudi

Leiter der Pressestelle, Fachhochschule, Stralsund

Wickström, Prof. Dr. Bengt-Arne

Vizepräsident, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin

Wiedemann, Prof. Dr. Dieter

Präsident, Hochschule für Film und Fernsehen „Konrad Wolf“, Potsdam-Babelsberg

Wiegner, Dr. Oliver

Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Wissenschaftsrat, Köln

Wildenhain, Prof. Dr. Günther

Rektor, Universität Rostock

Winter, Dr. Ekkehard

Leiter der Programmabteilung, Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft, Essen

Wobus, Prof. Dr. Ulrich

Geschäftsführender Direktor, Institut für Pflanzengenetik und Kulturpflanzenforschung (IPK), Gatersleben

Wyputta, Dr. Ulrike

Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Wissenschaftsrat, Köln

Zacher, Prof. Dr. Hans F.

Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Sozialrecht, München

Zaske, Prof. Dr.-Ing. Jürgen

Wissenschaftlicher Direktor, Institut für Agrartechnik Bornim e. V. (ATB), Potsdam-Bornim

Zintzen, Prof. Dr. Clemens

Vorsitzender, Union der deutschen Akademien der Wissenschaften

Zitelmann, Dr. Thomas

Geisteswissenschaftliches Zentrum Berlin

Zöllner, Prof. Dr. Jürgen

Staatsminister für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur, Land Rheinland-Pfalz, Mainz

Zwanziger, Prof. Dr. habil. Heinz W.

Rektor, Fachhochschule Merseburg

Abkürzungsverzeichnis

| | |
|--------------|---|
| AdW | Akademie der Wissenschaften |
| BLK | Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung |
| CHE | Centrum für Hochschulentwicklung |
| DAAD | Deutscher Akademischer Austauschdienst |
| DFG | Deutsche Forschungsgemeinschaft |
| FHG | Fraunhofer-Gesellschaft |
| FH | Fachhochschule |
| FHI | Fritz Haber-Institut der Max-Planck-Gesellschaft |
| FHTW | Fachhochschule für Technik und Wirtschaft Berlin |
| FU | Freie Universität (Berlin) |
| FuE | Forschung und Entwicklung |
| GESIS | Gesellschaft Sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen |
| HIS | Hochschul-Informationen-System GmbH |
| HRG | Hochschulrahmengesetz |
| HRK | Hochschulrektorenkonferenz |
| HU | Humboldt-Universität (Berlin) |
| IM | Informeller Mitarbeiter (der Staatssicherheit der DDR) |
| MPG | Max-Planck-Gesellschaft |
| MPI | Max-Planck-Institut |
| TU | Technische Universität |
| VWL | Volkswirtschaftslehre |
| WGL | Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz, vormals Blaue Liste |
| WIP | Wissenschaftlerintegrationsprogramm |